Montag, 16. April 1984 - D **

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 91 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Parteispenden: Der Bonner Staatsanwaltschaft liegen Dokumente des SPD-Schatzmeisters Halstenberg vor, aus denen sich der Verdacht einer erheblichen Spendentätigkeit der Gewerkschaften für den Bundestagswahlkampf des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ergibt. (S. 6)

Strauß: Durch die sogenannten heimlichen Steuererhöhungen wird die Bonner Koalition nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden mehr als 30 Milliarden Mark einnehmen und nicht, wie von Finanzminister Stoltenberg eingeräumt, nur 16 Milliarden. (S. 10)

Desinteresse: Die Anziehungskraft der Gewerkschaften bei Jugendlichen hat nach Angaben des DGB-Vorstandsmitglieds Brusis stark nachgelassen. Als Grund führte sie an, daß die Erfolge der Gewerkschaften „nicht mehr so auf der Hand liegen". (S. 4)

Warschauer Pakt: Der Militärrat der Streitkräfte trifft in der zweiten April-Hälfte zu einer Sitzung in Prag zusammen. Etwa zur gleichen Zeit wollen die Außenminister der Pakt-Staaten in Budapest tagen.

Berlin: Aus der ehemaligen kaiserlichen japanischen Botschaft im Tiergarten soll ein deutsch-japanisches Wissenschaftszentrum entstehen. (S. 6)

Seerüstung: Der sowjetishe Aussenminister Groymko hat in einem Brief an den UNO-Generalsekretär eine internationale Vereinbarung gefordert, die es den Seestreitkräften der Großmächte untersagt, längere Zeit „weit entfernt von ihren Küsten zu kreuzen". (S. 6)

Spanien: Wegen Verschwörung zum militärischen Aufstand wurden in Madrid drei Armee-Offiziere zu jeweils zwölf Jahren und einem Tag Haft verurteilt. Sie hatten geplant, einen Tag vor den Parlamentswahlen im Oktober 1982 führende Militärs und Politiker gefangenzunehmen. (S. 7)

Startbahn West: 26 verletzte Polizisten, mehrere zum Teil schwer verletzte Demonstranten und 52 Festnahmen sind die Bilanz der Demonstration am Frankfurter Flughafen. (S. 4)

Jusos: Die Jungsozialisten verlangen von der SPD eine „radikale Opposition" gegen die Bonner Regierung, erklärte der neue Vorsitzende Ulf Skirke. (S. 6)

Israel: Nach Costa Rica hat El Salvador seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt.

Heute: Genscher trifft argentinischen Außenminister Caputo in Buenos Aires. – Strauß in Indonesien. – FDP-Bundestagsfraktionschef Mischnick in Warschau.

ZITAT DES TAGES



» Ein Streik mit knapper Mehrheit kann nicht erfolgreich sein. Deshalb ist es ganz wichtig, daß eine Organisation ein hohes Maß an Zustimmung in der Mitgliedschaft anstrebt, bevor sie ... zum Streik aufrufen darf «

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs zur Entscheidung des Vorstands der IG Druck, Streiks ohne generelle Urabstimmung einzuleiten
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Steuerreform: Die von Stoltenberg geplante Erdgassteuer wird im Wirtschaftsministerium entschieden abgelehnt. (S. 11)

IBM-Deutschland: Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wieder mehr Produkte verkauft als vermietet werden. Beim Inlandsgeschäft in Höhe von 6,36 Milliarden DM entfielen 53 (Vorjahr 44) Prozent auf das Kaufgeschäft, nur noch 23 (31) Prozent auf die Vermietung und 24 (25) Prozent auf Dienstleistungen. (S. 13)

Umschuldung: Nigeria hat mit seinen rund 350 Gläubigerbanken eine Vereinbarung über die Umschuldung des größten Teils seiner überfälligen Kredite von drei Milliarden Dollar erzielt.

KULTUR

Eine neue Welt: Mit 110 sorgfältig ausgesuchten Gemälden wird im Grand Palais in Paris eine malerische Tradition veranschaulicht, die den Europäern bislang fast unbekannt war: Amerikanische Malerei von 1760 bis 1910. (S. 17)

Evolution: Die vor 125 Jahren von Charles Darwin entwickelte Evolutionstheorie darf künftig auch in texanischen Schulbüchern ausführlich behandelt werden. Allerdings muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß es sich bei Darwins Lehre um eine Theorie, nicht um eine Tatsachendarstellung handelt. (S. 18)

SPORT

Fußball: Wegen Verletzungen sagten Klaus Allofs und Jürgen Milewski für das Länderspiel gegen Frankreich am Mittwoch in Straßburg ab. Für sie spielen die beiden Kölner Strack und Littbarski.

Olympia: IOC-Präsident Samaranch hat für den 24. April die IOC-Exekutive einberufen. Er kommt damit einem Wunsch des sowjetischen NOK nach, das den USA die Verletzung der olympischen Charta vorwirft. (S. 7)

Tischtennis: Zum Auftakt der Europameisterschaften in Moskau verlor die deutsche Herren-Mannschaft gegen Jugoslawien (3:5), die CSSR (4:5) und die Sowjetunion (1:5). (S. 15)

Handball: Nationalspieler Erhard Wunderlich wird wahrscheinlich schon heute einen Vertrag mit dem Bundesliga-Aufsteiger TSV Milbertshofen unterzeichnen. Wunderlich spielt seit einem Jahr beim spanischen Klub FC Barcelona.

AUS ALLER WELT

Nierensteine: Eine Erfolgsquote von 92 Prozent konnte mit dem „Nieren-Lithotripter", einer in Deutschland entwickelten Apparatur zur schmerzfreien Beseitigung von Nierensteinen, erzielt werden. Erst 1985 können alle Patienten versorgt werden. (S. 18)

Kfz-Kosten: Das Autofahren wurde in den vergangenen zwölf Monaten um 4,4 Prozent teurer. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten stiegen nur um 3,2 Prozent.

Wetter: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer. 10 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sowjet-Flugzeug dringt in Sperrzone über Toulon ein

Im Marinestützpunkt ankerten ein Flugzeugträger und ein Atom-U-Boot

SAD/rtr/WK. **Toulon/Bonn**

Im militärischen Sperrgebiet über dem französischen Marinestützpunkt Toulon ist es am Wochenende zu einem Zwischenfall mit einem sowjetischen Flugzeug gekommen. Eine Verkehrsmaschine der staatlichen sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot hat nach Angaben informierter Stellen trotz wiederholter Anrufe des zivilen Fluglotsen den strategisch wichtigsten französischen Mittelmeerhafen überflogen und vermutlich das dort ankernde französische Atom-Unterseeboot „Rubis" sowie den Flugzeugträger „Foche" gefilmt. Die Militärbehörden von Toulon gaben am Wochenende bekannt, der Vorfall werde untersucht.

Der Zwischenfall wurde in politischen Kreisen der westlichen Welt mit der Reaktion der Sowjets am 1. September vergangenen Jahres verglichen, als ein südkoreanischer Jumbo in Fernost vom Kurs abgekommen war. Die mit 269 Passagieren besetzte Maschine war daraufhin von einem sowjetischen Kampfflugzeug abgeschossen worden. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) warf vor kurzem in einem Untersuchungsbericht der Sowjetunion vor, sie habe nicht alles getan, um vor dem Feuerbefehl die Maschine eindeutig als Passagierflugzeug zu identifizieren und die Piloten auf ihren Navigationsirrtum aufmerksam zu machen. Alle 269 Insassen waren bei dem Abschuß getötet worden.

Bei dem Zwischenfall über Toulon hatte der zivile französische Fluglotse der Luftraumüberwachung Aix-en-Provence am Freitag bemerkt, daß die Tupolew-124 der Aeroflot plötzlich vom Kurs abwich. Die Maschine befand sich auf dem planmäßigen Flug Moskau–Bukarest–Marseille und nahm Kurs in Richtung der verbotenen Zone über dem Marinehafen Toulon. Das Sperrgebiet ist allen Fluggesellschaften seit Jahrzehnten bekannt.

Die Gegend um den Marinestützpunkt ist mit modernsten überseeischen Funkbrücken und Radaranlagen gespickt. Im Hafen hat das Atom-Unterseeboot „Rubis" zu Überholungsarbeiten festgemacht. Das U-Boot ist mit Mehrfachsprengkopf-Raketen mit einer Reichweite von 4000 Kilometer bestückt. Der Flugzeugträger „Foch" – eines der modernsten Schiffe der französischen Kriegsmarine – wird in Toulon gegenwärtig mit einem Satelliten-Navigationssystem ausgerüstet.

„Welch ein Glück für die Passagiere der Aeroflot, daß sie sich nicht über Korea befanden", rief der Kommentator der französischen Rundfunkstation „France Inter".

Die Aeroflot fliegt wöchentlich einmal die Strecke Moskau–Bukarest–Marseille. Kurz nach 17 Uhr hatte der zivile Fluglotse in der Überwachungsstation Aix-en-Provence die Kursabweichung erkannt und die Besatzung aufgefordert, wieder aus der verbotenen Zone in den ihr zugewiesenen Luftkorridor zurückzukehren. In niedriger Höhe, so die britische Nachrichtenagentur Reuter, habe die Maschine zunächst jedoch die Marinebasis überflogen. Um 17.30 Uhr landete die Tupolew planmäßig auf dem Flughafen Marignane von Marseille. Es wird angenommen, daß die militärische französische Abwehr die Tragflächen nach eingebauten Kameras untersucht und die Besatzungmitglieder vernommen hat. Französische Regierungskreise sind jedoch offenbar bemüht, die Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu belasten. Mit 50minütiger Verspätung erhielt die Tupolew Samstagvormittag die Erlaubnis zum Rückflug nach Moskau.

Die Untersuchung des Jumbo-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Zwei Beispiele

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Wenn zwei das gleiche tun, so müssen die Auswirkungen durchaus nicht die gleichen sein. In dem einen Fall blieb eine Irritation zurück, doch das Leben geht unbehelligt weiter; in dem anderen Fall kostete es 269 Menschen das Leben.

Beide Male spielte die Sowjetunion die Hauptrolle. Am 1. September vergangenen Jahres schoß ihre Luftwaffe im Fernen Osten ein Verkehrsflugzeug vom Typ „Jumbo" ab, weil es angeblich in den sowjetischen Luftraum eingedrungen war. Für den inzwischen als Held dekorierten Mordschützen war das Grund genug, unschuldige Passagiere zu Hunderten in den Tod zu schicken. Noch immer versuchen die Sowjets, diese Untat damit zu rechtfertigen, der „Jumbo" sei ein Spionageflugzeug gewesen.

Nun ereignete es sich in diesen Tagen – am Freitag, dem 13. –, daß eine sowjetische Verkehrsmaschine in den gesperrten Luftraum über dem französischen Marinehafen Toulon eindrang. Wie es der Zufall so wollte, gab es im Hafen für sowjetische Späher Interessantes in Augenschein zu nehmen, einen Flugzeugträger und ein Atom-U-Boot. Doch es fiel kein Schuß. Die Areoflot-Maschine durfte in Frankreich landen, sie durfte auch nahezu fahrplanmäßig abfliegen. Frankreich beschränkte sich darauf, eine Untersuchung des Vorfalls und einen Bericht über das Ergebnis anzukündigen.

Natürlich hat niemand von Frankreich etwas anderes erwartet. Angenommen, die Aeroflot-Maschine hatte tatsächlich außer Passagieren noch Präzisionskameras an Bord, so konnte auch die Sowjetunion getrost davon ausgehen, daß die militärische Erkundung ohne Gefahr für Leib und Leben der Flugreisenden und der sie begleitenden Späher gestartet werden konnte; denn Frankreich ist ein zivilisiertes Land. Dort gilt das Menschenleben mehr als die Abwehr eines Spionageunternehmens oder die Durchsetzung staatlicher Souveränität.

Ist der Umkehrschluß erlaubt? Dann hat die Sowjetunion mit dem Abschuß des „Jumbo" bewiesen, daß sie kein zivilisiertes, sondern ein barbarisches Land ist. Sie entschuldigt sich nicht einmal für die Mordtat. Sie versucht, anderen die Schuld zuzuschieben, erfindet fadenscheinige Begründungen, macht eine vaterländische Ruhmestat aus einem Verbrechen, dessen sich andere Länder und ihre Regierungen schämen würden. Die Gesinnung ist es, die einen schaudern läßt.

Reagan umgeht den US-Kongreß

Hilfe für El Salvador durchgesetzt / „Mittelamerika für die USA lebensnotwendig"

DW / dpa, **Washington / Managua**

Die innenpolitische Auseinandersetzung über die gegenwärtige Mittelamerikapolitik der USA zwischen Präsident Ronald Reagan und dem amerikanischen Kongreß hat sich am Wochenende zum offenen Konflikt gesteigert. Reagan, der überraschend am Wochenende unter Umgehung der Zustimmung des Kongresses die sofortige Lieferung von Waffen und anderer Ausrüstung nach El Salvador angeordnet hat, beschuldigte in einer Rundfunkansprache die Sowjetunion, Kuba und Nicaragua, in Mittelamerika „mit Gewalt den Kommunismus durchsetzen zu wollen".

Der amerikanische Präsident entgegnete damit der heftigen Kritik, auf die die Ankündigung des Weißen Hauses bei Parlamentariern gestoßen war. Mittelamerika sei für die Sicherheit der USA von lebenswichtiger Bedeutung, sagte Reagan. Dort gebe es nicht nur den Panamakanal, sondern auch andere für die Welt wichtige Schiffahrtswege.

Bemühungen von führenden Kongreß-Abgeordneten, noch einen Kompromiß herbeizuführen und der Regierung zunächst 32 Millionen Dollar für El Salvador bereitzustellen, waren am Freitag gescheitert. Das Weiße Haus zog es vor, sich auf die Sondervollmachten zu berufen, die weder zeitlich noch finanziell begrenzt sind. Sie ermöglichen die Freisetzung von sofortigen Hilfsmitteln für eine Dauer von 120 Tagen. Wenn die Kredite nach Ablauf dieser Frist vom Kongreß noch immer nicht genehmigt sind, werden sie automatisch vom Verteidigungshaushalt beglichen. Dem Kongreß, der die Verminung nicaraguanischer Häfen mit Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA verurteilt hat, liegt seit Wochen ein Antrag Reagans auf Genehmigung einer Soforthilfe von 61,7 Millionen Dollar vor.

SEITE 2:
Der Präsident bleibt fest

In Nicaragua haben die Widerstandskämpfer nach Angaben der Sandinisten-Regierung in Managua die „bisher größte Offensive gegen die Revolution" gestartet. Innenminister Thomas Borge erklärte das Territorium des gesamten Landes zur „Kampfzone". Die „Contras", die mit massiver US-Unterstützung im Norden Nicaraguas von Honduras aus und im Süden Nicaraguas von Costa Rica aus operieren, haben nach eigenen Angaben die Region um die Hafenstadt San Juan del Norte an der südlichen Karibikküste Nicaraguas jetzt voll unter Kontrolle.

Die Regierung in Washington hat unterdessen die US-Beteiligung an den Verminungsaktionen verteidigt. UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick erklärte in Dallas, das Vorgehen entspreche voll den Bestimmungen des Artikels 51 der UNO-Charta, die eine „Selbstverteidigung und kollektive Verteidigung" bei einer Bedrohung von außen rechtfertige.

Bonn rechnet mit geringeren Ausreisezahlen

dpa, **Bonn**

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die starke Ausreisewelle aus der „DDR" abebbt. Der für Deutschlandpolitik zuständige Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger (CDU), erklärte am Sonntag in einem Interview von Radio Luxemburg (RTL), die Bundesregierung habe Hinweise, daß die maximal rund 20 000 anstehenden Ausreisefälle vorwiegend im Rahmen der Familienzusammenführung bis Mitte oder Ende Mai abgewickelt sein werden.

Viele der „DDR"-Bürger, die jetzt herüberkämen, hätte ihre Ausreise bereits vor mehreren Jahren beantragt, sagte Jenninger. Unter den Ausreisewilligen seien auch viele junge Menschen, die eigentlich nur zu Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen wollten, dafür aber zu jung seien. Sie hätten deshalb ihre Ausreise beantragen müssen.

Die deutsch-deutsche Grenze ist nach den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, durch den Abbau der Selbstschußanlagen nicht durchlässiger und „im Kern nicht qualitativ besser" geworden. Die Bundesregierung warne eindringlich vor einem solchen „Irrglauben", sagte Hennig gegenüber der „Berliner Morgenpost". Die Grenze sei aber ein „klein wenig menschlicher geworden, indem Menschen nicht mehr zu Tode kommen, die von Deutschland nach Deutschland gehen wollen", sagte Hennig. Die Bundesregierung verurteile den jüngsten Schußwaffengebrauch an der Berliner Mauer.

Flugverkehr nach Berlin wieder gestört

F. D. **Berlin**

In den drei Luftkorridoren von und nach Berlin ist es erneut zu Behinderungen ziviler Passagiermaschinen durch Militärflugzeuge des Warschauer Paktes gekommen. Die westlichen Alliierten bestätigten am Wochenende entsprechende Manöver, die der sowjetische Vertreter in der alliierten Luftsicherheitszentrale häufiger als in den Wochen zuvor angekündigt hatte. Wie der Sprecher der britischen Militärregierung in Berlin, Peter Boon, mitteilte, seien die westlichen Alliierten deshalb erneut bei der Sowjetunion vorstellig geworden. Boon bestätigte, Großbritannien habe seine Unzufriedenheit über die derzeitige Situation in den Berliner Luftkorridoren deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wie aus alliierten Kreisen weiter verlautete, hätten es die Sowjets in zahlreichen Fällen abgelehnt, für bestimmte Flughöhen die Sicherheit westlicher Flugzeuge zu garantieren. Ihr Verhalten in der alliierten Luftsicherheitszentrale sei zunehmend aggressiver geworden.

Am vergangenen Mittwoch hatte der Staatssekretär im US-Außenministerium, Lawrence Eagleburger, den sowjetischen Botschafter in Washington, Anatolij Dobrynin, zu sich gerufen und den Protest Washingtons gegen die Behinderungen im Luftkorridor wiederholt. Vom Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen war das Thema bei seiner Unterredung mit US-Präsident Reagan ebenfalls zur Sprache gebracht worden.

DGB droht mit „Solidaritätsstreiks"

IG Druck berät über weiteres Vorgehen / Politiker mahnen zu Zurückhaltung

DW. **Frankfurt/Bonn**

Die Bonner Regierungskoalition hat am Wochenende an die Tarifparteien in der Druck- wie in der Metallindustrie appelliert, lang dauernde Arbeitskämpfe in der eskalierenden Auseinandersetzung zu vermeiden. Dagegen unterstrichen die Gewerkschaften erneut die Notwendigkeit, Tarifverträge durchzusetzen, die „zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geeignet" seien. Die Auseinandersetzungen dürften zu Beginn dieser Woche zunehmen.

Über das weitere Vorgehen in dem Konflikt will die zentrale Streikleitung der IG Druck und Papier heute in Stuttgart beraten. Sprecher der Gewerkschaft schlossen nicht aus, daß es – wie es am Freitag bereits angekündigt worden war – zu weiteren Warnstreiks kommt. Ein Spitzengespräch in der Druckindustrie kann nach Auffassung der SPD-Sozialpolitikerin Anke Fuchs dazu beitragen, die im Tarifkonflikt erstarrten Fronten „ein wenig aufzulockern". Es könne noch einen Weg geben, an dem sich ausweitenden Arbeitskampf vorbeizukommen.

In einem weiteren Spitzengespräch werden morgen in Düsseldorf Vertreter des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und der IG Metall miteinander beraten. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, sagte erneut, der Arbeitgeberverband gehe „nicht ohne Hoffnung" in dieses Gespräch. Die Offerte der Arbeitgeber – Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,3 Prozent sowie eine Vorruhestandsregelung – lägen über den Abschlüssen der letzten Jahre.

SEITE 10:
Ziel Systemveränderung

Die Tarifauseinandersetzungen sind durch Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit verschärft worden, der vor allem im Konflikt der Druckindustrie Solidaritätsstreiks anderer Gewerkschaften auch innerhalb der Friedenspflicht nicht ausschloß. Er sicherte der IG Druck und Papier „im Bedarfsfall" die Unterstützung des DGB zu. Im Bayerischen Rundfunk sagte er, ein solcher Fall könne eintreten, wenn die Arbeitgeber in der Druckindustrie das Instrument der Aussperrung nutzten. Dies wäre einer der Vorgänge, sagte Breit, der Solidarität „in allerhöchstem Maße notwendig machen" würde.

Diese Äußerungen korrespondierten mit Erklärungen des DGB-Vorstandsmitglieds Siegfried Bleicher in Kiel. Er betonte, falls die Unternehmer den Versuch machen sollten, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen durch Aussperrungen zu unterlaufen und damit unwirksam zu machen, drohe eine ernste gesellschaftliche Machtprobe, die weit über den derzeitigen Tarifkonflikt hinaus ausstrahlen würde. Die Gewerkschaften hätten immer wieder betont, daß Arbeitszeitverkürzung nicht zum Nulltarif zu haben sei. Die Unternehmer sollten ihre, wie Bleicher sich ausdrückte, „arbeitszeitpolitische

■ Fortsetzung Seite 10

Israel will Eskalation verhindern

Truppenentflechtung in Libanon angeboten / Kämpfe in Beirut gehen weiter

DW. **Jerusalem/Beirut**

Namhafte israelische Politker haben am Wochenende durch moderate Äußerungen versucht, eine Eskalation der Spannungen zwischen Jerusalem und Damaskus zu verhindern. Verteidigungsminister Moshe Arens sprach sich für eine Truppenentflechtung der im ostlibanesischen Bekaa-Tal stationierten israelischen und syrischen Verbände aus. „Das wäre eine gute Sache für beide Länder, wenn man unterstellt, daß weder Jerusalem noch Damaskus eine unkontrollierte Eskalation wollen", sagte Arens in einem Interview der „Stimme Israels". Israel habe sowjetische und syrische Vorwürfe, es plane einen Angriff auf Syrien, bereits mehrfach zurückgewiesen, sagte der Minister.

Die Nähe der israelischen und syrischen Truppen im Bekaa-Tal kann aber nach Arens' Auffassung jederzeit „zu einem versehentlichen Ausbruch von Feindseligkeiten" führen. Einen einseitigen Rückzug der israelischen Verbände lehnte Arens dagegen als gefährlich ab. Die einzige Möglichkeit, Syrien von einer Offensive abzuschrecken, besteht nach Arens' Worten in der „Erkenntnis in Damaskus, daß sie keine Chancen haben, und daß sie geschlagen würden".

Der frühere Ministerpräsident Rabin forderte in einem Rundfunkinterview ebenfalls, alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen Krieg mit Syrien zu verhindern. Sollte seine Arbeiterpartei die Wahlen am 23. Juni gewinnen, so werde sie innerhalb weniger Wochen die israelischen Verbände aus Libanon abziehen.

In einem Interview mit der Oppositions-Zeitung „Dawar" betonte Ministerpräsident Yitzhak Shamir, Israel plane keinen Angriff gegen Syrien, behalte sich allerdings Operationen gegen die syrische Armee in Libanon vor. Gleichzeitig warnte Shamir ebenso wie Verteidigungsminister Arens Syrien vor einer Unterstützung palästinenischer Terroraktionen gegen Israel.

Unterdessen gingen auch am Wochenende in der libanesischen Hauptstadt Beirut und ihrer Umgebung die Kämpfe zwischen drusischen und christlichen Milizen weiter. Dabei wurden 25 Menschen, unter ihnen 13 Kinder, getötet. Eine Entflechtungsaktion zwischen den verfeindeten Milizen in Beirut mußte verschoben werden, da sich bislang nicht genug Freiwillige fanden, die dieses Unternehmen überwachen sollen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aus der Sackgasse helfen

Von Enno v. Loewenstern

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat an die Arbeitgeber appelliert, großzügig zu sein. Man müsse den Gewerkschaften aus der Sackgasse heraushelfen, in die sie sich hineinmanövriert haben. „Es darf", sagte Blüm, „bei diesen Verhandlungen keine Sieger und keine Verlierer geben."

Blüms Warnung ist ebenso absurd wie berechtigt. Es darf in der Tat keine Sieger und Besiegten geben; richtiger: die Gewerkschaften, die sich für die 35-Stunden-Woche engagierten und dann angesichts des Widerstandes der Arbeitgeber und des Unverständnisses der Öffentlichkeit klagten, man wolle sie demütigen – sie müssen behutsam aus ihrer Ecke herausgelotst werden. Niemand will demütigen, niemand soll gedemütigt werden.

Nur eben: das Ganze hat mit dieser wehleidigen Ichbezogenheit einen falschen Akzent bekommen. In einer lebenswichtigen Sozialfrage kann nicht die Zartheit von Funktionärseelen im Vordergrund stehen und auch nicht das Interesse bestimmter Organisationen, in einer sich unablässig wandelnden Zeit Machtpolitik im Stil des 19. Jahrhunderts zu betreiben.

Die IG Druck beispielsweise will ein Stück Gesellschaftsveränderung betreiben, indem sie Arbeitsplätze freisprengen und dann über deren Neubesetzung mitentscheiden will. Das würde die Unternehmen auf dem Gebiet der modernen Ausstattung zurückwerfen und viele von ihnen ruinieren, aber die IG Druck bekäme einen personalpolitischen Hebel in die Hand. Was heißt hier Demütigung?

Es geht darum, was für die arbeitenden Menschen – und für die arbeitslosen Menschen – das beste ist. Die 35-Stunden-Woche ist es nicht; die Betroffenen wissen es und die Funktionäre wissen, daß sie es wissen. Daher die Diktatur des Apparats anstelle der Urabstimmung für alle zur gleichen Zeit. Es gibt Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung, die beiden Seiten das Gesicht wahren und den Arbeitslosen nützen würden. Das sollte das Kriterium sein.

Hamburger Postenspiel

Von Uwe Bahnsen

Was Klaus von Dohnanyi auf die unselige Idee gebracht hat, einen so umstrittenen Politiker wie Egon Bahr zum künftigen Direktor des hanseatischen Friedensforschungsinstituts machen zu wollen – einstweilen kann darüber nur spekuliert werden, denn Dohnanyi hat sich dazu nicht selber geäußert. Was er dazu seinen Pressesprecher erklären ließ, hilft auch nicht viel weiter: Bahr wäre „wie kein anderer" in der Lage, „Hamburg zu einem weltweit beachteten Forum des Meinungs- und Erfahrungsaustauschs zu Fragen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung zu machen".

Eben dies bezweifeln in der Hansestadt selbst Senatsmitglieder und andere Spitzengenossen lebhaft, die Dohnanyi mit seiner Offerte an Bahr überrumpelt hat. Niemand, auch die oppositionelle CDU nicht, spricht Bahr das intellektuelle Potential für eine solche Aufgabe ab; ernstlich in Frage gestellt wird aber seine Fähigkeit und Bereitschaft, dieses Institut in wissenschaftlicher Unabhängigkeit zu führen.

Was diese auf äußerst sensiblem Terrain tätige Forschungsstätte absolut nicht verträgt, das ist ein Direktor, der in Bonn und andernorts die Sicherheitspolitik der SPD „verkauft", demzufolge immer wieder politische Kontroversen entfacht; der in Hamburg überwiegend abwesend wäre und deshalb einen geschäftsführenden Direktor haben will, aber die nicht eben kargen Bezüge eines Senatsdirektors kassierte.

Wenn etwas den Eindruck von Postenzuschieberei und Filz unter Genossen erzeugen muß, dann ist es dieses Personalprojekt. Verschärft wird das durch die mehrfachen Ungehörigkeiten im formalen Verfahren gegenüber dem auswählenden Kuratorium. Dabei müßte doch Dohnanyi das abschreckende Beispiel seines Vorgängers Klose vor Augen gestanden haben, der seinerzeit einen luxuriös dotierten Lehrstuhl dem Tübinger Professor Walter Jens zuzuschieben suchte, einem Mann, der auch weniger durch wissenschaftliche Arbeit als durch heftiges Engagement für die SPD-Politik aufgefallen war. Schier könnte man meinen, der politische Geist im Rathaus an der Alster vertreibe unfehlbar den politischen Instinkt.

Grenz-Werte

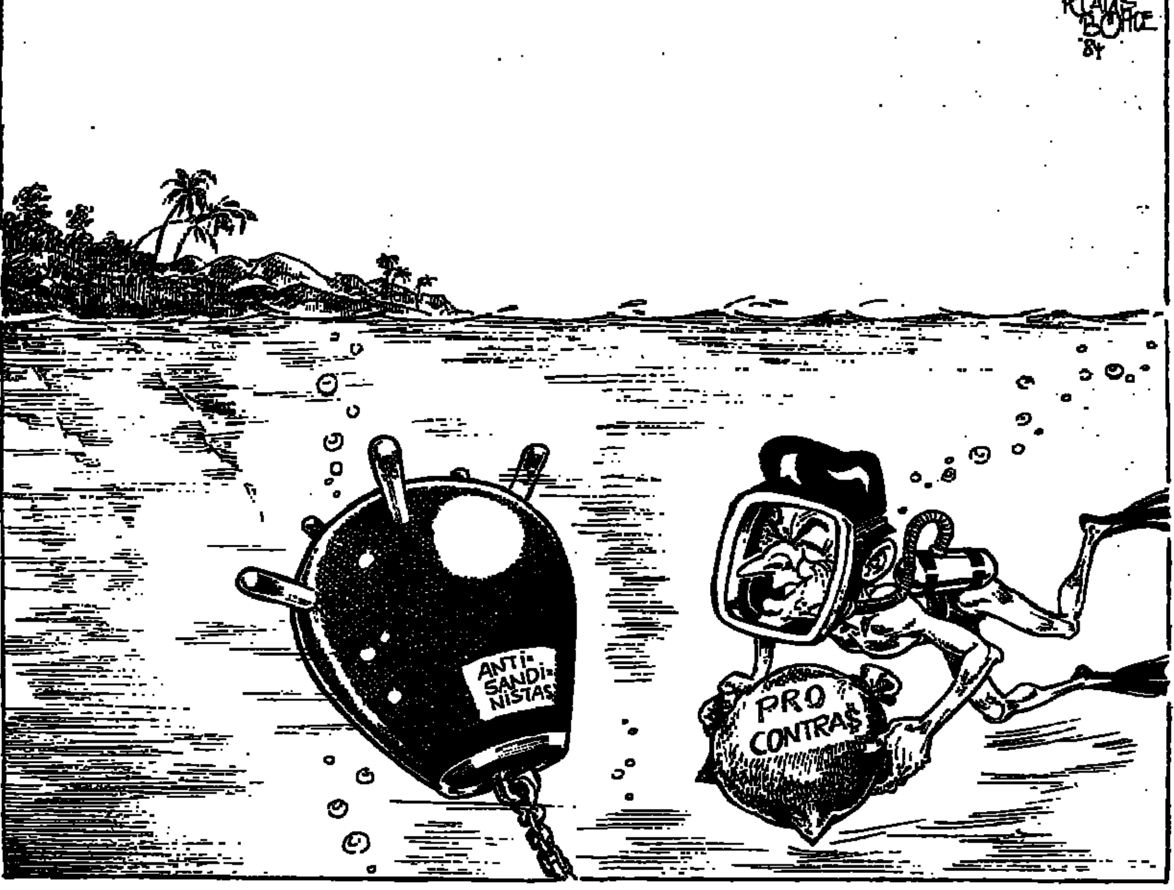
Von Dankwart Guratzsch

Als Vespasian eine Steuer auf die Bedürfnisanstalten Roms anordnete und Titus die Unappetitlichkeit des Vorhabens kritisierte, erwiderte der Kaiser gelassen, seinem Sohn einige Münzen unter die Nase haltend: „Non olet". Die Regel bekommt dieser Tage in einigen Gemeinden an der innerdeutschen Grenze einen besonderen Haut goût. Da hat man nämlich entdeckt, daß „DDR"-Strom um etwa zwanzig Prozent billiger als der von westdeutschen Kraftwerken ist. Drei hessische Gemeinden, Wildeck, Heringen und Philippstal (Kreis Hersfeld-Rotenburg), wollen deshalb ihre Verträge mit der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (EAM) in Kassel kündigen und Strom von drüben beziehen.

Die Sache hat in mehrfacher Hinsicht etwas mit Geruch zu tun; denn die „Mutter" der EAM, die Preußenelektra (Preag), erzeugt den Strom für die Region nicht allzufern von den drei Orten im Kraftwerk Borken, das mit Braunkohle befeuert wird und deshalb als „größte Dreckschleuder Hessens" gilt. Bei dieser Form der Stromproduktion entsteht nämlich Schwefeldioxyd, ein stechend riechendes Gas, das die Wälder und übrigens auch Bauwerke tiefgreifend schädigt. Das Patentrezept der drei Hessen-Orte wirkt genial: Wir haben keine Verantwortung mehr für den Gestank von Borken und sparen auch noch Geld dabei.

Freilich: auch in der „DDR" werden die Kraftwerke mit stark schwefelhaltiger Braunkohle beheizt, und die „Schadstoffmassenströme" treiben bei Ostwind in die Bundesrepublik. Im bayerischen Hof, wo im Februar mit 1,45 Milligramm Schwefeldioxyd pro Kubikmeter Luft die bislang höchste Giftkonzentration gemessen worden ist, führten Eltern den plötzlichen Tod von vier Säuglingen auf die hohe Luftverschmutzung zurück.

Das Ergebnis des „Ringtauschs" könnte sein, daß westdeutsche Kraftwerke stillgelegt werden und Bonn für die „Nachrüstung" der „DDR"-Werke mit modernen Rauchgasfiltern zahlt. Der Osten würde dann zweimal kassieren: erst Devisen für den gelieferten Strom, dann für die schlechte Luft. Wer sich übrigens noch nicht geäußert hat, das sind die Gewerkschaften, die hier im Wege der sozialistischen Billiglohnpolitik unterlaufen werden. Aber die haben ja derzeit andere Sorgen.



Minen-Spiel ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Präsident bleibt fest

Von Günter Friedländer

Präsident Reagan hat mitten im Wahljahr die Entscheidung getroffen, die in diesem Augenblick notwendige Hilfe für El Salvador ohne weitere Beratung mit den beiden Kammern des Kongresses fortzusetzen. Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, milderte den Schock der Gesetzgeber nur unwesentlich mit der Bemerkung ab, man könne wohl als sicher annehmen, daß der Präsident nicht über die 62 Millionen Dollar hinausgehen werde, die der Senat in der vergangenen Woche mit großer Mehrheit bewilligt hat.

Reagan hat gute Gründe für sein Vorgehen: Der Kongreß hat sich am Freitag in die Osterferien begeben, von denen er am 23. April zurückkehren wird. Er hat die Bitte Reagans, vorher über dringend notwendige Hilfssendungen nach El Salvador zu entscheiden, überhört. Die Gesetzgeber wollten keine Kenntnis davon nehmen, daß die Guerrilla nicht nur El Salvador, sondern ganz Zentralamerika übernehmen will, um den Ländern des Sowjetblocks ein Sprungbrett „an der Türschwelle der Vereinigten Staaten" – so Reagan – zu geben; dabei wissen die Comandantes nichts von Osterferien. Sie haben soeben erklärt, daß die Karwoche aufgehoben sei, weil das Land sich im Kriegszustand befinde.

Der Demokrat Clarence Long, Vorsitzender eines Unterausschusses des Abgeordnetenhauses, der sich mit amerikanischer Auslandshilfe beschäftigt, erklärte sich „entmutigt". Es werde ihm in Zukunft sehr schwer fallen, die Hilfe seiner Kommission für den Präsidenten zu bekommen, die er in der Vergangenheit erhielt: „Ich würde mich sicherlich dagegen wehren, El Salvador noch mehr Geld zu geben." Long gibt damit eigentlich nur zu, daß seine Kommission nicht die Lage Mittelamerikas zum Kriterium der Hilfsleistungen macht, sondern die in diesem Wahljahr heftige Fehde des Kongresses mit dem Präsidenten.

Überdies konnte man mindestens in den letzten Wochen kaum von der „Hilfe" sprechen, die Long erwähnt: Reagan hatte den Kongreß im Februar um 178,7 Millionen Dollar zusätzliche Hilfe für El Salvador während des laufenden Jahres gebeten. Da der Kongreß sich nicht willig zeigte, diesem Ersuchen nachzukommen, bat Reagan dann um eine Dringlichkeitsbewilligung von 93 Millionen Dollar, abermals vergeblich. Der Kongreß beschnitt die Summe und bewilligte schließlich 61,7 Millionen.

Dann kam das Problem des Verminens nicaraguanischer Häfen und die Rebellion ängstlicher Republikaner im Kongreß. Der Senat distanzierte sich in der Frage der Minenlegung mit 84 gegen 12 Stimmen von Reagan, der sich nun entschloß, nicht mehr darauf zu warten, daß der Kongreß ihm ein O. K. für die Hilfssendungen nach El Salvador gab.

Juristisch beruft Reagan sich auf den Artikel 21 d des Gesetzes über Waffenexporte, der ihm das Recht gibt, aus den Reserven des Verteidigungsministeriums Waffen zu exportieren, die dann innerhalb der nächsten 120 Tage bezahlt werden müssen. Bleibt die Zahlung El Salvadors aus, springt das Verteidigungsministerium mit seinem eigenen Budget ein. Diese Regelung also ist unproblematisch. Aber die Frage der Hilfe Washingtons für El Salvador kann ohnedies kaum von der Unterstützung der „Contras" getrennt werden, der Nicaraguaner, die gegen die Sandinistas kämpfen. Denn die Sandinistas werden von den Sowjets über Kuba unterstützt und beliefern ihrerseits die kommunistische Guerrilla in El Salvador.



Einen Hafen erobert: Rebellenführer Eden Pastora FOTO: HOAGLAND/STUDIO X

Reagan benutzte die Gelegenheit der Dringlichkeitssendungen für El Salvador, die Legitimität der „Contras" zu unterstreichen. Der populäre „Comandante Zero", Eden Pastora, der einst im Kampf gegen Somoza vornean stand und später von den kommunistischen Junta-Mitgliedern in Managua verdrängt wurde, meldete inzwischen die Eroberung des Hafens von San Juan del Norte. Dabei sollen nach Informationen aus Managua mehr als vierhundert Regierungssoldaten getötet oder verwundet worden sein. „Comandante Zero" erklärte, er werde San Juan del Norte als vierten Hafen Nicaraguas verminen lassen. Peinlicher noch könnte es für die Sandinisten werden, wenn jemand wie Pastora in einem solchen Gebiet ein „freies Nicaragua" ausriefe.

Könnte nun der Alleingang Reagans ihm im Wahlkampf schaden? Kaum. Einerseits ist das Interesse der nordamerikanischen Öffentlichkeit an Mittelamerika sehr viel geringer, als der Kongreß und einige oft zitierte, aber nicht gar so einflußreiche Zeitungen der Ostküste es gern sähen. Umfragen der letzten Wochen ergaben, daß nur sechs Prozent der Amerikaner sich bei der Stimmabgabe im November von den Ereignissen in Mittelamerika leiten lassen werden.

Reagans Vorgehen könnte ihm sogar nützen. Die Amerikaner wollen nämlich einen Präsidenten, der in einer internationalen Krise den Mut hat, das Land zu führen, der von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch macht. Genau das hat Reagan getan. Bisher gibt es kein Anzeichen dafür, daß der Unmut der ohnehin nicht sehr populären Mitglieder des Kongresses vom Mann auf der Straße geteilt wird. So ähnlich hatten auch die Zeitungen seinerzeit ihren Einfluß überschätzt, als sie lärmend dagegen protestierten, daß sie nicht zur Befreiung Grenadas eingeladen wurden. Wenn Ostern vorbei ist, werden Senat und Abgeordnetenhaus wie früher damit beschäftigt sein, ihre eigenen Meinungsverschiedenheiten auszutragen; dabei dürfte der von den Republikanern beherrschte Senat wohl auch zu Reagan zurückfinden.

IM GESPRÄCH Ariel Scharon

Der Tatsachen schafft

Von Volker S. Stahr

Am 11. Februar 1983 beugte sich Ariel Scharon dem Druck der israelischen Öffentlichkeit sowie seiner Kabinettskollegen und trat vom Amt des Verteidigungsministers zurück. Zuvor hatte die zur Untersuchung der Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Schatila eingerichtete Kahan-Kommission dem Verteidigungsminister eine Mitverantwortung angelastet. Wenige Tage später kehrte Scharon als Minister ohne Geschäftsbereich wieder. Der Zorn der Kritiker focht ihn nicht an.

Ein rundes Jahr später erklärte Scharon, er wolle Vorsitzender der Cherut, der stärksten Regierungspartei, und dann Ministerpräsident werden. Er hat den Zeitpunkt gut gewählt: Das Denkmal Begin hat seinen Platz für Yitzhak Schamir geräumt, dessen Popularität, nie groß, durch Wirtschaftskrise und Libanonchaos noch mehr Schaden nimmt. Sogar Israels Siedlungsprogramm in den besetzten Gebieten kommt durch Geldmangel in Gefahr.

Da rufen viele nach Scharon, die sich keinen Diplomaten oder Zauderer, sondern einen Mann wünschen, der Tatsachen schafft. Scharon gilt als glühender Nationalist, ein Anhänger der Gedanken von „Erez Israel" in seinen biblischen Grenzen. Diese Politik betrieb er als Landwirtschaftsminister der Regierung Begin von 1977 bis 1981 mit seiner forcierten Siedlungspolitik. Kompromißlos ist auch seine Politik gegenüber der PLO. Scharon war es, der Israel als Verteidigungsminister 1982 in den damals vielumjubelten Libanon-Feldzug führte. Er sollte der PLO endgültig das Rückgrat brechen. Noch heute meinen nicht wenige seiner Landsleute, erst das damalige Zaudern der Regierung in Jerusalem habe Israel in die gegenwärtig so verfahrene Situation gebracht.

Doch nicht erst der Minister Scharon machte sich seinen Namen als Draufgänger. Der 1928 im heutigen Nordisrael geborene Politiker gehörte bereits im Zweiten Weltkrieg der Haganah an und erlebte nach 1948 als Berufssoldat einen raschen Aufstieg in der neugeschaffenen Armee. Seine Eliteeinheit „101" wurde bekannt



Bewirbt sich um das Amt des Premiers: Scharon FOTO: DPA

durch Vergeltungsaktionen auf arabischen Territorien. Im Yom-Kippur-Krieg 1973 überquerte General Scharon den Suez-Kanal, kreiste die 3. Ägyptische Armee ein und verwandelte den sich scheinbar anbahnenden ägyptischen Sieg in eine Katastrophe, vor der nur der sowjetische Druck auf raschen Friedensschluß Ägypten rettete. Scharon allerdings kam nur knapp um die Kommandoenthebung herum, nachdem er sich über Befehle hinweggesetzt hatte. Die Ernennung zum Generalstabschef verweigerte ihm später Verteidigungsminister Dayan mit der Begründung, daß man sich seine Alleingänge an der Front zwar gefallen lieBe, nicht aber im Generalstab.

1973 wechselte Scharon dann endgültig in die Politik und wurde zum Mitinitiator des Likud-Blocks, jenes Mitte-Rechts-Bündnisses, das 1977 unter Begin an die Macht kam. Er nennt es seine persönliche Tragik, daß „seine militärischen Erfolge stets durch zaudernde Politiker am Verhandlungstisch wieder verwässert wurden". Im Bewußtsein militärischer Stärke Tatsachen schaffen – so lautet die Formel, welche ihm zum Mythos all jener machte, die Israels Existenz durch eine feindliche arabische Umwelt gefährdet sehen. Scharon versteht es wie kein zweiter in Israel, die Massen zu faszinieren – und zu polarisieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zum hohen Stimmergebnis für den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Ariel Sharon bei der Aufstellung der Wahl-Liste seiner Partei heißt es:

Einerseits die tragische Odyssee des entführten Omnibusses und andererseits die dramatischen Ergebnisse der Abstimmung im Zentralkomitee mit der kraftvollen Rückkehr Ariel Sharons: Das war mehr als nur ein Zusammentreffen... Trotz der mit dem Libanon-Krieg, dessen bedeutendster Anhänger er war, eingetretenen Wende, trotz der Infragestellung seiner eigenen Person durch den Untersuchungsausschuß über die Massaker von Sabra und Schatila vor einem Jahr, ist die politische Karriere General Sharons weit davon entfernt, gebrochen zu sein. Hinter seinem Banner sammeln sich ... jene, die in Israel glauben, daß ein „kraftvolles Zuschlagen" anstelle von „Kompromissen" das einzige Mittel ist, um die Araber zur Vernunft zu bringen.

HEILBRONNER STIMME

Zur Legitimationsfrage meint das Blatt:

Daß die Führung der IG Druck bei diesem Streik sich nicht auf eine vorherige Legitimation ihres Willens durch eine allgemeine Urabstimmung stützen kann, hat nicht nur den Unwillen der betroffenen Arbeitgeber hervorgerufen. Auch eine breite Öffentlichkeit reagierte zumindest mit Kopfschütteln. Daran ändern auch noch so vollmundige Verteidigungsreden über diesen Verstoß gegen bisher gültige Regeln des Arbeitskampfes nur wenig. Die IG Metall hält von solchen „neumodischen Taktiken" nicht viel...

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Den Druckerstreik kommentiert die Zeitung:

Sowohl die IG Druck wie auch die Druckindustrie betonten ihre Bereitschaft, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dies darf als Zeichen gewertet werden, daß beide Seiten sich der Verantwortung bewußt sind, die sie bei einer Eskalierung des Arbeitskampfes mit nicht absehbaren Folgen nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft auf sich laden.

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung beschäftigt sich mit der SED-Propaganda:

Ginge es nicht um eine bitterernste Sache, könnte man fast schon schmunzeln, mit welchen Tricks die SED-Propaganda den „DDR"-Bürgern die Lust auf die Ausreise in die Bundesrepublik zu nehmen trachtet. Seit Tagen wird den Mitteldeutschen eingeredet, sie würden im Westen entweder als Billigarbeiter auf dem Arbeitsmarktlage als Belästigung empfunden und als „bessere Türken" behandelt. Jetzt wird ihnen die Bundesrepublik als ein Land vorgeführt, vor dem die eigenen Bürger die Flucht in die Ausreise ergriffen.

Noch immer begreift Bonn den Wert der Ost-Sendungen nicht

Pläne für die Bundessender mit viel Personal- und wenig Sachvorstellungen / Von Carl Gustaf Ströhm

Wieder einmal wird in Bonn Medienpolitik eigener Art gemacht. Diesmal geht es um die Rundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandfunk, die – so heißt es – zusammengelegt werden sollen. Kostenersparnisgründe werden genannt, Personalpolitik (Besetzung des Intendantenpostens einer vereinten Anstalt) dürfte die Hauptrolle spielen.

Leider zeigt sich wieder, daß vielen Politikern die Bedeutung der beiden Sender nicht geläufig ist. Diese Stationen bringen nämlich keine Wählerstimmen, sind also innenpolitisch uninteressant. Der Deutschlandfunk wendet sich hauptsächlich an Hörer in Mitteldeutschland und sendet auch ein Fremdsprachenprogramm in einigen osteuropäischen Sprachen. Die Deutsche Welle dagegen ist der internationale Sender der Bundesrepublik, vergleichbar der Stimme Amerikas oder dem internationalen Service der Londoner BBC.

Schon aus dieser Arbeitsteilung ergibt sich die Frage, ob es sehr klug ist, zwei Rundfunkanstalten mit so unterschiedlichen Aufgaben in einen Topf zu werfen. Der Deutschlandfunk ist ein innerdeutscher Sender, der sich im Zeichen der neuen Entwicklungen zwischen Bundesrepublik und „DDR" um die Deutschen drüben kümmern sollte. Damit ist nicht gesagt, daß der Sender diese Aufgabe in den letzten Jahren auch nur annähernd zufriedenstellend erfüllte, aus welchen hausinternen Gründen auch immer.

Die Hörer der Deutschen Welle hingegen sind von ganz anderer Art: es sind Menschen, die zumeist weder Deutsch sprechen noch je in Deutschland waren. Ihnen also ein germanozentrisches, vielleicht noch mit Bonner innenpolitischen Details gespicktes Programm zu verpassen, wäre der sicherste Weg, sie abzuschrecken. Auch bei der Deutschen Welle hat man freilich den Eindruck, als wisse man in Bonn ebenso wie in den Gremien der Anstalt nicht so recht, was mit diesem Sender bezweckt werden soll. Das mag auch der Grund dafür sein, warum es der Deutschen Welle trotz aller Relaisstationen in fernen Ländern bis heute nicht gelungen ist, eine ähnliche Position wie vergleichbare westliche Sender zu erringen.

Vor allem haben die jetzt bestimmenden Kreise in Bonn die Bedeutung der deutschen Rundfunksendungen für den sowjetischen Machtbereich nicht erkannt. Während die USA ihre Informationsmedien in Richtung Osteuropa und Sowjetunion zielstrebig weiter ausbauen – Sender wie Radio Freies Europa und Radio Liberty sind zu einem Begriff geworden – wird für die Ost-Programme der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks vergleichsweise wenig getan.

Die Bundesrepublik ist ein westeuropäisches Land mit vitalen Interessen in Mittel- und Osteuropa. Die einfache Logik würde es also gebieten, die Selbstdarstellung dorthin zu intensivieren. Stattdessen sind die Rundfunksendungen für Osteuropa zersplittert. In einem Land wie Polen, dorthin strahlt der Deutschlandfunk aus, spielt die Bundesrepublik im Äther so gut wie keine Rolle. Das russische Programm der „Deutschen Welle" hingegen ist vorzüglich und hat Millionen besonders wichtiger, meinungsbildender Hörer in der UdSSR – dank des Engagements der Redaktion; behandelt wird es wie ein Stiefkind.

Um ein neueres Beispiel zu nennen: Bei der Einführung der Sommerzeit hat man, angeblich aus „technischen Gründen", die bisherigen Sendezeiten einfach beibehalten. Das bedeutet, daß man die arbeitende Bevölkerung der UdSSR, die nun eine Stunde früher ihre Wohnung verläßt, mit den Sendungen kaum mehr erreicht. Ebenso ist es bisher nicht möglich gewesen, etwa die nicht-russischen Völker der Sowjetunion, die Ukrainer, Esten, Letten, Litauer und vielen anderen, in ihren Muttersprachen anzusprechen. Dabei handelt es sich um Nationen, die sich stets besonders für Westeuropa und Deutschland interessiert haben. Unkenntnis mag in Bonn eine Rolle spielen, vielleicht auch fortwirkende Leisetreterei: Unter den Regierungen Brandt und Schmidt wurde das Ostprogramm der Deutschen Welle bekämpft, vor allem von Egon Bahr – wobei immer Beschwerden der sowjetischen Seite vorausgingen. Was eine deutsche Regierung eher zur Förderung statt zur Schikane der Ost-Redaktion hätte animieren müssen.

Solange die Bedeutung der deutschen Auslandssendungen nicht verstanden wird und Führungspositionen in diesen Anstalten als Versorgungsposten für ausgediente Politiker dienen müssen, wird es bei der gestopften Trompete bleiben. Gerade die Bonner Politiker reden so gern davon, daß die Amerikaner nicht genug von der Weltpolitik verstünden. Sie selber sollten lernen, über den eigenen Tellerrand zu blicken.

Kein bißchen Frieden um eine erfolgreiche Melodie

Populäre Melodien klingen oft verwandt, Streit um die Urheberschaft ist nicht selten. Nun drängt ein Prozeß um das Lied „Ein bißchen Frieden" die Frage auf: Was ist auf dem Schlagermarkt ein Plagiat?

Von REGINALD RUDORF

Ausgerechnet Ralph Siegels Erfolgslied „Ein bißchen Frieden", mit dem die Bundesrepublik 1982 erstmals den Grand Prix Eurovision gewann, ist in die Mühlen eines Urheberrechts-Prozesses geraten, den Siegel in der ersten Runde verlor: Der Urheber-Senat des Westberliner Landgerichts befand, daß eine Folge von neun Tönen in „Ein bißchen Frieden" von Siegel einem zehn Jahre alten Schlager namens „Alle Liebe dieser Erde" „unbewußt entnommen" worden sei.

„Musikalische Plagiats-Prozesse sind das unerquicklichste, was das Musikgeschäft zu bieten hat", beklagte schon George Gershwin, dem seine Kritiker zeitlebens vorwarfen, bei Puccini kräftig zugelangt zu haben, um seine Evergreens aus der Tontaufe zu heben. Hinzugefügt werden muß: Es sind auch die unergiebigsten Prozesse, da in einem sogenannten Plagiatstreit der Vorsatz des Bezichtigten nachgewiesen werden muß, daß er also die Absicht hatte, die Musik eines urheberrechtlich geschützten Werks zu kopieren. Nur: Bei der Auseinandersetzung zwischen dem Verlag „Magazine-Music" und Siegel ging es nicht um solche Falschmünzerei, sondern allein um eine jener allenthalben im Schaugeschäft ebenso unvermeidbaren wie unbewußten „akustischen Anleihen", die sich durchaus erklären lassen.

Zum einen umfaßt der Stoff, aus dem populäre Schlager gewebt werden, nur eine sehr begrenzte Menge: etwa 100 bis 200 Basis-Melodien. Aus ihnen werden gleichsam in Variationsverfahren, die durchaus originell und damit schöpferisch sein können, immer wieder neue Songs geschneidert. Man denke nur an solche Ähnlichkeiten wie sie zwischen Gershwins „The man I love" und dem von W. C. Handy komponierten „St. Louis Blues" bestehen.

Wie begrenzt die akustische Auswahl in Schlagerlanden ist, zeigt die Häufung sogenannter „Selbstplagiate", ein Widerspruch in sich. Es war Gershwin, der sich immmer wieder dabei entdeckte, sich „gleichsam selbst zu bestehlen".

Zudem erfreuen sich Schlagerlieder aufgrund ihrer schlichten Einprägsamkeit sehr großer Verbreitung und nisten sich so auch im erinnernden Hinterhirn von Komponisten ein, die zumal im Pop-Business stets die Gefahr laufen, sich an den 100 bis 200 melodischen Basis-Modellen zu vergreifen.

Aber die Melodie bleibt darum doch unangefochten das wichtigste Kennzeichen einer Komposition – und das deutsche Recht schränkt die freie Benutzung von Melodien insofern ein, als die „Melodie nicht erkennbar entnommen werden darf" (Erich Schulze, „Urheberrecht in der Musik"). Bei Siegels „Ein bißchen Frieden" findet sich unbestritten jene Passage, die dem von Otto Demler unter dem Pseudonym Bert Olden gefertigten Stück „Alle Liebe dieser Erde" ähnelt.

Allerdings hat Schlagermacher Demler alias Olden diese neun Töne umfassende Partie seinerseits einer Vorlage entnommen, die Erfolgssänger Julio Iglesias Anfang der 70er Jahre unter dem Titel „Un Canto a Galicia" schrieb. Dieser Song wurde im spanischen Musikverlag „Notos Magicas" geschützt – ein Verlag, der die deutschen Subverlagsrechte an den Hamburger Verlag „Magazine-Music" gab. Da diese Subverlagsrechte mittlerweile abgelaufen waren, klagten die Hamburger auf der Grundlage des Demler-Olden-Schlagers, der bis auf den neunten Ton (hier machte Demler aus einer Quart eine Septime) exakt dem Iglesias-Titel entsprach. Iglesias habe Olden, so die Kläger, zu dieser Bearbeitung die Zustimmung gegeben. Siegels Anwälte wehrten mit dem Hinweis ab, daß die Änderung eines einzigen Tones keine kreative Bearbeitung der übernommenen Vorlage darstelle.

Daraufhin bestellte das Gericht Dr. Langner als Sachverständigen, der dem Gericht mitteilte, daß Siegels „Ein bißchen Frieden" ein geradezu exemplarisches Plagiat darstelle. Der von den Siegel-Anwälten bestellte Gutachter, Diether de la Motte, Professor für Komposition an der Hochschule für Musik in Hannover, stellte zu dem Langner-Verdikt wiederum fest, daß dieses in „Aufbau" und „Terminologie" verrate, daß Langner nicht musikfachkundig sei.

Auch deswegen lehnte Siegel einen von der Kammer angeregten Vergleich (Siegel zahlt ein Drittel der Kompositionstantiemen und ein Sechstel der Verlagstantiemen an Demler-Olden) ab, indessen die Gegenseite, vertreten durch den Urheberrechtler Nordemann, den Vergleich akzeptierte.

Wie auch immer: Das Gericht schloß sich dem Langner-Gutachten an. Siegel ist in Berufung gegangen und wird bei dem Streitwert von 300 000 Mark bis zum Bundesgerichtshof gehen können. Seine Erfolgsaussichten sind durchaus gegeben, da bei höheren Instanzen derlei Prozeduren auf wenig Gegenliebe stoßen – in mehr als tausend Fällen wurden vor Gericht Plagiatsvorwürfe verworfen.

Peter Kreuder hörte sich in der Titelmelodie der TV-Serie Muppetts mit seinem Hit „Ich brauche keine Millionen" wieder. Der inzwischen verstorbene Komponist sagte damals: „Das kommt vor. Deswegen zu klagen, ist hirnrissig."

Was noch alles vorkommt: Das Weihnachtslied „O Tannenbaum" dient Japans Kommunisten als Melodie ihres Parteiliedes. In den USA ist „O Tannenbaum" die Hymne von Maryland. Ein Finne begeisterte sich nach dem Krieg an Preußens Gloria-Marsch „Alte Kameraden" – da der Finne den Begriff Kameraden als die Mehrzahl von Kamera mißverstand, feierte der Marsch in Finnland unter dem Titel „Alte Fotografen" Triumphe. Als der Komponist Karl Hermann Pillnay den Refrain des Schlagers „Was machst du mit dem Knie, lieber Hans" von Richard Fall für zehn Variationen im Stil von Bach, Händel, Mozart, Schubert usw. bearbeitete, gab Falls Verlag Pillnay seinen Segen.

Julio Iglesias, auf die Prozedur wider Siegel angesprochen, winkte mit der Bemerkung ab, daß dies immer wieder geschehe: „Im Show-Dschungel lauern immer Plagiatfallen." Als Beethoven einmal daran erinnert wurde, daß eine seiner Passagen sich anhöre, als sei diese von Bach, antwortete der Meister: „Ja, von wem denn sonst?!"

Praxisnähe ja, aber auf welchem Weg?

Der Markt für Juristen wird enger und der Ruf nach praxisnäherer Ausbildung lauter. Doch der Weg ist umstritten. Auch eine Anhörung von Experten konnte bisher nicht weiterhelfen.

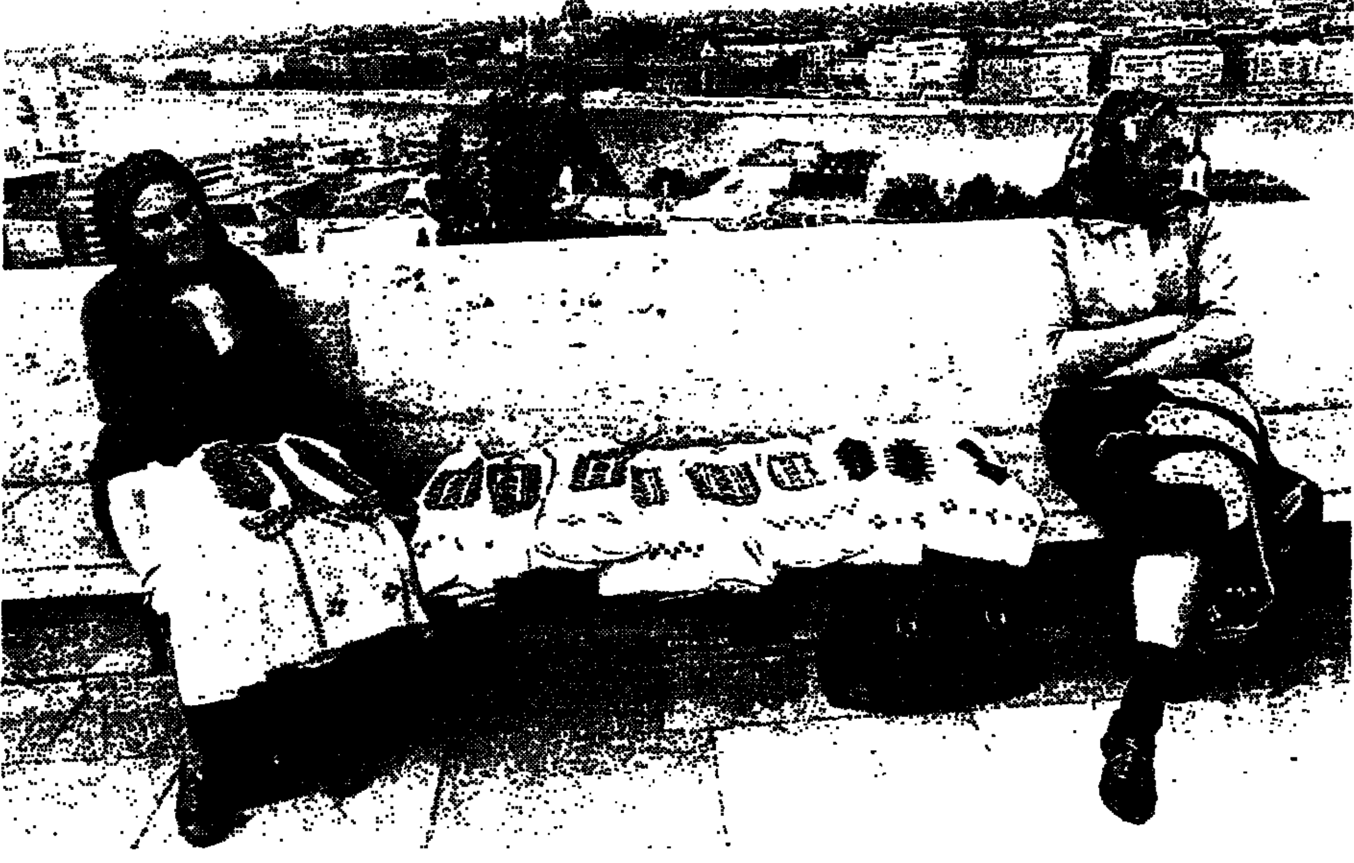
Von PETER PHILIPPS

Der angehende Jurist ist höchstens „Generalist, der vom wirklichen Leben nichts versteht", lautet das nicht nur von Rechtsanwalt Werner Holtfort gefällte Urteil. Die andere Seite derselben Medaille sieht so aus, daß sich gerade deshalb der Sturm auf das Studium der Rechtswissenschaften in den vergangenen Jahren so verstärkt hat, weil die meisten Bewerber angesichts hoher Numerus-clausus-Schranken und unsicherer Berufs-Perspektiven in die Juristischen Fakultäten nach dem Motto ausgewichen sind: Mit dieser Ausbildung läßt sich immer noch etwas anfangen.

Bis zum Jahre 1971 gab es einen einheitlichen Ausbildungsweg zum Juristen. Das jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Modell der zukünftigen Juristen-Ausbildung lehnt sich weitgehend an diese alte Form an, auch wenn das Bemühen um mehr Praxisbezug unverkennbar ist: Innerhalb der angestrebten siebensemestrigen ersten Ausbildungsphase (bisheriger Durchschnitt: elf Semester) an der Universität, sind in der vorlesungsfreien Zeit mindestens drei Monate als Praktika zu absolvieren. Eine Zwischenprüfung zum Ende des vierten Semesters soll außerdem die Spreu vom Weizen trennen.

Der ans erste Staatsexamen anschließende Vorbereitungsdienst – zwei, statt der bisher zweieinhalb Jahre – wird mit der schriftlichen Prüfung abgeschlossen. Es würde dann noch ein halbes Jahr Ausbildung zur Vertiefung in einem Rechtsgebiet folgen. Hauptziel dieses Regierungsentwurfs ist es, wieder eine einheitliche, und zwar zweiphasige Juristen-Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zu bekommen. Denn seit 13 Jahren laufen parallel zum herkömmlichen Weg Versuche eines einphasigen Studiums, in das Theorie und Praxis integriert sind.

Eine Experten-Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Bundestages hat in der vergangenen Woche die Fronten noch einmal klargestellt: Die Vertreter der Fakultäten sowie der Notare sahen den Koalitionsentwurf immerhin als gute Grundlage an; die Anwälte, der Richterbund und die Gewerkschaften zogen eindeutig die einphasige Ausbildung vor, die die alte Bundesregierung vor der Wende noch zum Gesetz machen wollte. Einig waren sich jedenfalls alle Experten darin, daß der Regierungsentwurf noch überarbeitet werden müsse, vor allem in Richtung Praxisnähe.



„Wenn ich aus Rom oder Wien heimkehre, dann kommt mir Ungarn etwas traurig vor. Wenn ich aber aus Moskau komme, ist für mich Budapest so wie Paris." Dieser Vergleich, den ein ungarischer Student zog, wird den beiden Bäuerinnen fremd sein, die oberhalb der Donau in Budapest ihre selbstgefertigten Blusen anbieten. Für sie ist es die große Stadt, in der sie Käufer finden, in der sie auch ohne amtliche Erlaubnis ihre Ware anbieten können.

FOTO: H. CHRISTOPH

Emanzipation in Rot-Weiß-Grün

Im Wort Gulasch-Kommunismus steckt die Anerkennung, daß die Ungarn besser zu leben verstehen als ihre sozialistischen Nachbarn. Doch mehr noch: Auch das politische Klima ist günstiger.

Von CARL G. STRÖHM

Kleine Ereignisse haben manchmal große symbolische Bedeutung. In diesen Frühlingstagen erhielt Budapests berühmtestes Kaffeehaus – das für die ungarische Hauptstadt seit Generationen ein ähnlicher Begriff ist wie das „Sacher" für Wien oder das „Kranzler" für Berlin – seinen alten guten Namen zurück. Nach 1945 hatten die kommunistischen Machthaber wie so vieles andere auch diesen Tempel köstlicher Süßigkeiten enteignet, verstaatlicht und natürlich umbenannt.

Das Café hieß fortan über drei Jahrzehnte lang „Vörösmarty" – nach dem ungarischen Dichter, dessen Denkmal vor dem Hause steht. Jetzt bleibt das Unternehmen zwar weiterhin Staatseigentum – aber in großen Lettern wurde der klangvolle Name „Gerbeaud" wieder über dem Eingang angebracht. Und im plüschig-nostalgischen Salon mit seinen Marmortischen wurde ein Ölgemälde, das den einstigen Eigentümer, den Schweizer Zuckerbäcker Emil Gerbeaud darstellt, wieder aufgehängt. Er hatte das Haus einst zu Kaiser Franz Josefs Zeiten gegründet und berühmt gemacht.

Der „Fall Gerbeaud" – der für ein kommunistisches Land wohl einmalige Vorgang der Rückbenennung nach ihrem einstigen kapitalistischen Eigentümer – ist somit nichts anderes als eines unter vielen Beispielen für die stille Emanzipation, vielleicht auch für die Selbstfindung und das neue Selbstbewußtsein der ungarischen Nation – und in gewisser Weise auch des ungarischen Regimes.

In der ungarischen Provinzstadt Kecskemet, etwa 80 Kilometer südlich von Budapest, steht – wie fast überall im Lande – ein Denkmal für Lajos Kossuth, den Freiheitshelden der Revolution von 1848. Zum Revolutions-Jahrestag, am 15. März, hatten Schulkinder Hunderte von kleinen Papierfähnchen mit den ungarischen Nationalfarben Rot-Weiß-Grün um das Denkmal herum in den Boden gesteckt. Viele der Fähnchen waren von unbeholfener Kinderhand mit Farbstiften selbst gemalt worden. Vor dem Denkmal, das wie aus einen rot-weiß-grünen Farbenmeer aufstieg, sagte uns eine Frau: „Noch vor einigen Jahren gab es hier bei solchen Anlässen nur die Roten Fahnen der Partei. Die wurden oft von den Jugendlichen umgeknickt oder herausgerissen. Jetzt ist, wie Sie sehen, alles wieder rot-weiß-grün, Gott sei Dank."

Dann, nach einer Pause, fügt sie hinzu: „Wir sind nicht so dumm wie die Polen. Wir machen es anders. Wir haben aus bitteren Erfahrungen gelernt. Wir haben 1956 gezeigt, was wir nicht haben wollen. Aber wir haben auch gelernt, daß man nicht für alle Zeiten in der Ecke sitzen und sich selbst bejammern kann. Man kann sich auch nicht darauf verlassen, daß andere einem helfen. Wir Ungarn müssen uns selber helfen, sonst hilft uns niemand."

Das Nationalgefühl wagt sich wieder hervor

Vielleicht ist dies sogar die Auffassung der stillen Mehrheit im Lande. Man spürt, wie mit der Wirtschaftsreform eine behutsame Öffnung einsetzt, auch und gerade in Richtung Westen – außerdem ein Wiedererwachen des ungarischen Nationalgefühls, nicht zuletzt bei vielen jungen Ungarn, die mit Kokarden in den Nationalfarben über den Budapester Donaukorso spazieren. Vor allem ist zu merken, daß die Menschen keine große Angst mehr haben, ihre Meinung zu sagen. Im Budapester Zrinyi-Kino am Lenin-Ring laufen seit Wochen vor ausverkauftem Hause zwei Dokumentarfilme des Regisseurs Joszef Magyar, die zwei heiße Eisen anpacken: einmal ein Streifen über den Zustand der ungarischen Schule und des gesamten Erziehungssystems – und zum anderen eine Dokumentation über das ungarische nationale Selbstverständnis mit durchaus selbstkritischen Untertönen.

„Seit wir die 10 Gebote (also den Religionsunterricht) aus der Schule entfernt haben, sagt niemand mehr unseren Kindern, wie sie sich ethisch und moralisch verhalten sollen", beklagt sich im Film eine junge Lehrerin. Jedesmal wenn ein amtlicher Funktionär nach der Schilderung von Mißständen im Schulwesen seine beschwichtigenden Erklärungen abgibt, bricht der Kino-Zuschauerraum in lautes Gelächter aus. Die Lehrer beklagen sich vor der Kamera offen über ungemein schlechte Bezahlung, geringes Sozialprestige, dann aber auch über politischen Druck. Viele Lehrer hätten nicht den Mut, den Schulkindern nationale Geschichte und nationales ungarisches Bewußtsein beizubringen, weil so etwas noch vor wenigen Jahren als „Nationalismus" verdammt worden sei.

Dann wird eine Szene gezeigt, wie Schüler einer Budapester Mittelschule den Jahrestag der russischen Oktoberrevolution feiern: Als aus dem Schullautsprecher pathetische sowjetische Chormusik ertönt, fangen die Kinder an zu lachen und zeigen recht offen ihr Desinteresse. Diese Haltung gegenüber dem „großen Bruder" Sowjetunion hat nichts mit militantem „Anti-Sowjetismus" zu tun, der noch in der älteren Generation in den 50er Jahren weit verbreitet war. Allerdings geben auch regimetreue kommunistische Funktionäre mehr oder weniger direkt zu verstehen, daß die sowjetische Mentalität, diese Tendenz zur Isolierung, zur Abschließung von der Außenwelt gerade dem Ungarn – der ein kontaktfreudiger, reiselustiger Mensch ist – nicht liegt.

„Die Sowjetunion – das ist für uns eine andere, fremde Welt", sagt uns eine junge Frau. Und ein Student meint, jedesmal wenn er nach einer Rußland-Reise wieder die ungarische Grenze überschreite, sei er froh, wieder zu Hause zu sein. „Es ist alles relativ", sagt er mit einer gewissen Weisheit. „Wenn ich aus Rom oder Wien heimkehre, dann kommt mir Ungarn etwas traurig vor. Wenn ich aber aus Moskau komme, ist für mich Budapest so wie Paris."

Natürlich ist die „russische Frage" für die Ungarn ein heikles Thema – die „heißeste unter allen heißen Kartoffeln", wie ein Budapester Beobachter sagte. Das Land ist von sowjetischen Truppen besetzt, immer wieder sieht man sowjetisches Militär in grauen Feldkappen oder breiten Tellermützen. Der Versuch des ungarischen kommunistischen Regimes, einen Reformkurs zu steuern, kann nur unter der Voraussetzung gelingen, daß Moskau seinen Segen gibt. Die Emanzipation Ungarns ist also nur innerhalb des Warschauer Pakts möglich. Aber innerhalb der ihnen von außen vorgegebenen Grenzen haben die Ungarn ein hohes Maß an Freiheiten herausgeholt.

Das Interesse an Reisen in den Westen ist groß

Kürzlich wurde in Budapest die große ungarische internationale Reiseausstellung „Utazas" abgehalten. Vor den Ständen Österreichs, Griechenlands, der Türkei, der Bundesrepublik und Italiens drängten sich Zehntausende von Menschen. Viele von ihnen werden vielleicht niemals in diese Länder fahren können, weil das Geld nicht reicht – aber viele andere sind schon im Westen gewesen oder werden in absehbarer Zeit nach Westen fahren.

Ein Taxichauffeur, ein junger Mann mit goldenem Kreuz an der Halskette, erzählte uns, er habe im vergangenen Sommer eine große Skandinavien-Reise unternommen. An der Windschutzscheibe seiner Lada-Limousine prangte die Inschrift „I love Oslo".

Kommunismus und Warschauer Pakt – das alles sind Realitäten. Aber eine noch viel tiefere, weil in der Geschichte verwurzelte Realität, ist dieses mitteleuropäische Erbe und Bewußtsein. Im Belgrad-Saal des Budapester Parlaments, wo Parteichef Janos Kadar Staatsgäste zu empfangen pflegt, steht in Latein der Satz: „Ungarn ist die Vormauer der Christenheit."

Papst: Jugend soll heutige Übel anklagen

rtr, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat vor rund 250 000 Jugendlichen dazu aufgerufen, auf die Rettung einer Welt hinzuarbeiten, die auf den „Wahnsinn" der atomaren Zerstörung zuzusteuern drohe. Dabei forderte er in zehn Sprachen die auf dem Petersplatz versammelten Jungen und Mädchen aus mehr als 40 verschiedenen Ländern auf, zu „Propheten einer Kultur des Lebens" zu werden.

„Ihr könnt eine Aktion der Anklage gegen die heutigen Übel ausführen, indem Ihr vor allem gegen jene verbreitete Kultur des Todes sprecht." Der Papst nannte in diesem Zusammenhang die „überwältigende Torheit eines nuklearen Konflikts", Rauschmittel, Terror, Abtreibung, Euthanasie und die Abschiebung von Alten und Behinderten. Sollten die Jugendlichen wirklich das 21. Jahrhundert meistern wollen, dürften sie nicht nur reden, sondern müßten handeln, ermahnte das Oberhaupt der katholischen Kirche die jungen Katholiken.

Hart gewinnt in Arizona

rtr, Phoenix

Senator Gary Hart ist im US-Bundesstaat Arizona aus den Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten als Sieger hervorgegangen. In seinem Heimatstaat South Carolina hatte zuvor der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson gesiegt.

In Arizona gewann Hart die Stimmen von 17 Delegierten, auf den früheren Vize-Präsidenten Mondale entfielen 15 Delegierte und Jackson konnte einen gewinnen. In South Carolina entfielen dagegen 17 Delegierte auf Jackson, sieben auf Hart und sechs auf Mondale. Hart hat damit insgesamt bereits 595 Delegierte hinter sich, Mondale 1068. Für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten sind 1967 Delegiertenstimmen erforderlich.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Staden: Die Europäer müssen einen größeren Beitrag leisten

Zwischen Europa und den USA mehren sich die Irritationen. Die Zeitschrift „Newsweek" stellt „den Verfall Europas" fest, und die Bundesregierung fand kritische Worte zur Entwicklung von Weltraumwaffen. In einem WELT-Gespräch beleuchtet Berndt von Staden, Koordinator für die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen, das Verhältnis zu Washington. Von Staden war 1973 bis 1979 Botschafter in Washington und von 1981 bis zum vergangenen Jahr Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Das Gespräch führte Evi Keil.

WELT: Die Aussicht, daß die USA ihre Rüstung auf den Weltraum ausdehnen, hat in Europa beunruhigt und zum Teil heftige Reaktionen ausgelöst.

von Staden: Die entsprechende Rede Präsident Reagans kam sicher überraschend. Aber auch in den USA ist die Rüstung im Weltraum umstritten. Die einen fürchten ein unkontrollierbares Rüsten, andere sehen die amerikanische Administration in Widerspruch zu den Vereinbarungen zwischen Washington und Moskau, Anti-Raketensysteme nur in sehr begrenztem Umfang aufzustellen. Im gegebenen Fall handelt es sich um Anti-Satellitensysteme. Den Europäern stellt sich die Frage, ob solche Systeme auch Europa schützen können. Darüber gibt es unterschiedliche Meinungen. Nach meiner Ansicht ist es aber noch offen, ob man die Entwicklung nicht durch Rüstungskontroll-Verhandlungen noch in den Griff bekommen kann. Wer die sich über Jahre hinziehenden politischen Entscheidungsverfahren in den USA kennt, weiß, daß panische Reaktion falsch wäre.

WELT: Unterstaatssekretär Eagleburger spricht von der Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik in den pazifischen Raum. Auch daraus sind Irritationen entstanden.

von Staden: Es ist richtig, daß der pazifische Raum heute ein enormes Wirtschaftswachstum aufweist. Dort leben sehr begabte Nationen. Die Handelsumsätze der Amerikaner im pazifischen Raum waren schon 1983 größer als die mit Europa. In den USA nimmt außerdem das nichteuropäische Element ständig zu. Die Zeit, in der sich die USA einseitig nach Europa ausrichteten, ist vorbei. Doch bleibt Europa weiterhin das Feld, auf dem die Ost-West-Spannung ausgetragen wird. Der Beitrag, den Europa zur gemeinsamen Verteidigung des Westens leistet, ist mit Abstand größer als der, der im pazifischen Raum aufgebracht wird. Die USA haben im übrigen ein vitales Interesse daran, daß Europa frei bleibt und eine „Finnlandisierung" vermieden wird.

WELT: Außenminister Genscher hat ein militärisch unabhängigeres Europa gefordert. Er denkt an eine Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU), die als Verteidigungsbündnis konzipiert war.

von Staden: Über eine größere Eigenverantwortung der Europäer für die gemeinsame Sicherheit muß nachgedacht werden. Darunter verstehe ich aber weder eine Lockerung des Bündnis-Zusammenhangs, noch eine Lockerung der NATO-Struktur. Ich halte es für notwendig, einen stärkeren europäischen Beitrag zur konventionellen Verteidigung des Bündnisses zu leisten. In diesem Licht sollte man den Vorschlag prüfen, über die alte Institution der Westeuropäischen Union zu einer stärkeren Koordinierung der europäischen Politik zu kommen.

INTERVIEW

Die Amerikaer haben den Anteil ihres Bruttosozialprodukts für die Verteidigung von 5 auf 6,5 Prozent erhöht. Von den Europäern ist ein ähnlicher Sprung nicht zu erwarten. Eine solche Erhöhung würde sich mit der Gesundheit der europäischen Wirtschaft nicht vertragen. Im übrigen muß man zunächst einmal abwarten, ob die Amerikaner diese Steigerung auch wirklich realisieren.

WELT: In den amerikanischen Medien wird seit der Zeit der Friedensbewegung im vergangenen Jahr vor einem „deutschen Neutralismus" gewarnt. Welche Beobachtungen konnten Sie machen?

von Staden: Zwischen Regierung und Kommentatoren gibt es einen Unterschied. Für mich ist es sehr interessant, daß Bundeskanzler Kohl seine innerdeutsche Politik und seine Ost-Politik mit großer Intensität verfolgen kann, ohne daß er deshalb vom Weißen Haus oder vom Außenministerium kritisiert oder mit Mißtrauen betrachtet würde. Zwischen Präsident Reagan und Kohl besteht ein persönliches Vertrauensverhältnis. Nach mehrjähriger Regierungserfahrung besitzt der amerikanische Präsident eine vertiefte Kenntnis der realen Situation. Er weiß, was die innerdeutsche Annäherung ist und was sie nicht ist. Er erkennt sie als einen Versuch beider Seiten, Elemente der Stabilität in einen Bereich einzuführen, der früher Quelle von Spannungen in Europa war – und zwar ohne daß sich einer der beiden Staaten aus seinem Bündnis herauslösen würde.

WELT: Die Zeitschrift „Newsweek" behauptet, Europa habe auf technologischem Gebiet seine Führungsrolle eingebüßt.

von Staden: Europa muß dafür sorgen, daß es technologisch konkurrenzfähig bleibt. Übrigens hat es in der Frage des Technologie-Transfers sehr ernste Verstimmungen mit den Amerikanern gegeben. Es ist nun einmal so, daß die Europäer in erster Linie Industrie-Güter nach Osteuropa exportieren, während die Amerikaner im wesentlichen Getreide liefern. In der amerikanischen Regierung gibt es die Meinung, daß alles, was den Sowjets wirtschaftlich nutze, mittelbar auch die sowjetische Rüstung stärke. Wir dagegen sind davon überzeugt, daß der Ost-West-Handel eine stabilisierende Wirkung ausübt.

Die wichtigste Frage im nuklearen Zeitalter ist die der Rüstungskontrolle. Sie läßt sich ohne ein gewisses gegenseitiges Vertrauen nicht lösen. Die Ost-West-Beziehungen müssen politisch behandelt werden – mehr als das bisher in Washington der Fall war. Kohl und Genscher haben darüber mit den Amerikanern hinter verschlossenen Türen offene Gepräche geführt.

Türken-Frage Bonn spricht mit Ankara

STEFAN HEYDECK, Bonn

Zwischen Bonn und Ankara werden im nächsten Monat die von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eröffneten Gespräche über die Gesamtproblematik der Übersiedlung von Türken in die Bundesrepublik und die Rückkehrmöglichkeiten der hier bereits lebenden Gastarbeiter fortgesetzt. Im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) kündigte Zimmermann gestern zu den bevorstehenden Beratungen auf Regierungsebene an, daß in Ankara „über eine ganze Serie von Kooperationsmaßnahmen zu sprechen" sei. Unter anderem gehe es um die „Ausschaltung der Freizügigkeit", die bisher die Einreise von Türken vom Dezember 1986 an ohne Begrenzung vorsieht. Weiter meinte der CSU-Politiker, daß durch eine Rechtsverordnung erforderlichenfalls ein „fühlbarer Nachzug" von Hundertausen-den von ausländischen Ehepartnern gestoppt werden müsse. Ausländer sollten aus humanitären und sozialen Gründen „sofort" ihre Kinder in die Bundesrepublik holen. Dies sei Elternpflicht.

Jugendliche: Wenig Interesse am DGB

dpa, Bonn

Die Anziehungskraft der Gewerkschaften auf junge Menschen ist nach den Worten des für die Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitgliedes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ilse Brusis, zunehmend im Schwinden begriffen. Die Zeiten, in denen Jugendliche wie selbstverständlich bei Beginn ihrer Ausbildung Gewerkschaftsmitglied wurden und auch aktiv mitarbeiteten, seien weitgehend vorbei, sagte Frau Brusis anläßlich eines Treffens von knapp 150 Gewerkschaftsjugendgruppen aus der Bundesrepublik in der Dortmunder Westfalenhalle. Seit Jahren bleibe die Zahl der jugen Gewerkschaftsmitglieder bei 1,2 Millionen. Nicht nur in Klein- und Mittelbetrieben, wo es traditionell schwer sei, sondern auch in Großbetrieben werde es immer schwieriger Jugendliche zu organisieren. Die schwindende Attraktivität führte sie darauf zurück, daß die Erfolge der Gewerkschaften in den Betrieben „nicht mehr so auf der Hand liegen".

Ein „Kinderkreuzzug" zog an die Startbahn

Demonstrationen mündeten in Gewalt: 35 Verletzte

D. GURATZSCH, Walldorf

Bei einer Demonstration an der neu in Betrieb genommenen Startbahn West des Frankfurter Flughafens ist es am Sonnabend zu den befürchteten schweren Auseinandersetzungen gekommen. Nach Angaben der Polizei wurden 26 Polizeibeamte verletzt. Die Demonstranten meldeten drei bis fünf Schwerverletzte, die zum Teil im Krankenhaus an den Tropf gehängt werden mußten.

Die Demonstration war die dritte in einer Serie von Veranstaltungen anläßlich der Inbetriebnahme der Startbahn am Donnerstag gewesen. Am Abend dieses ersten Tages hatten etwa 1000 Startbahngegner an einer friedlichen Kundgebung in Mörfelden teilgenommen. Auch bei Demonstrationen am Freitag in Frankfurt blieb eine Eskalation der Gewalt aus. Dagegen lieferten sich Demonstranten und Polizei am Sonnabend direkt an der Startbahnmauer eine regelrechte, fast zwei Stunden dauernde Schlacht. Dabei warfen die zum Teil vermummten, meist jugendlichen Startbahngegner Knüppel, Steine, Leuchtraketen, Molotowcocktails und Explosionskörper gegen die Polizeibeamten. Die mit Helmen und Plastikschilden augerüsteten Sicherheitskräfte gingen mit Schlagstöken, Wasserwerfern und auch Tränengas vor.

Ein gespaltener Protest

Zu der Demonstration hatte die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung bundesweit aufgerufen. Dabei war es erstmals zu einer Spaltung der Protestbewegung gekommen. Gemäßigte Gruppen aus den Anliegergemeinden hatten sich wegen der erwarteten Gewalttätigkeiten distanziert und dazu aufgefordert, nicht an der Startbahn, sondern in Mörfelden zu demonstrieren. Der hessische Landtag hatte zusätzlich die Bevölkerung mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen aufgerufen, der Demonstration fernzubleiben. Eine entsprechende Aufforderung „insbesondere" an die Landtagsabgeordneten der Grünen war dagegen mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt worden.

Tatsächlich nahmen dann an der Demonstration zwar eine Reihe grüner Politiker aus Hessen, aber keine Landtagsabgeordneten teil. Sie beobachteten das Geschehen weitgehend vom Rande aus, wo sich auch der Startbahngegner Alexander Schubart, einer der Hauptredner der vorausgegangenen Kundgebung, postiert hatte.

Auf dieser Kundgebung vor einem Sportlerheim in Walldorf hatten neben Schubart und dem Veranstaltungsleiter Achim Bender von der Bürgerinitiative auch Inge Ammon vom Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie Mitglieder der Friedensbewegung gesprochen. Keiner der Redner forderte die Demonstranten zur Gewaltlosigkeit auf.

Beifall für Schubart

Schubart nannte die Startbahnbewegung „in der Geschichte der sozialen Bewegungen beispielhaft", trotz dieses und jenes Fehlers. Der Protest müsse weitergehen. Die viermonatigen Gespräche der Grünen mit der SPD hätten in allen für die Startbahngegner wichtigen Fragen nichts gebracht. Daraus sei die Lehre zu ziehen, daß „mit noch so gutgemeinter Parlamentsarbeit" nichts auszurichten sei. Schubart unter Beifallsjohlen und Klatschen der Versammlung: „Ja ohne jedes Nein zur Fortsetzung der außerparlamentarischen Kämpfe! Ja zum Ungehorsam denen gegenüber, die solche Wahnsinnsprojekte bauen!"

Für den anderthalbstündigen „Spaziergang" wurden drei Züge eingeteilt. Zusätzlich setzte sich, begleitet von Eltern, ein „Kinderkreuzzug" mit Babys und Kleinkindern in Bewegung. In einem hektografierten „Ratschlag für Spaziergänger" wurde unter anderem angekündigt: „Die Mauer wird bemalt. Im Umkreis werden mehrere hundert Gasballons steigen gelassen, die den Flugverkehr von der Startbahn West lahmlegen sollen." Der unterzeichnete „Georg Büchner" wünschte „viel Spaß und Power".

Als die Polizei am Ende Bilanz zog, stellte sie verwundert fest, daß alle 53 Festgenommenen von auswärts angereist waren, davon zwei aus Dänemark und einer aus Österreich. Die Bilanz von Alexander Schubart sah anders aus. Er glaubte neuen Auftrieb für zu sehen. Wörtlich: „Mein Eindruck war der allerbeste."



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44

Perschau: Bahr kommt nicht mehr in Betracht

Noch keine Entscheidung des Hamburger Friedensinstituts

UWE BAHNSEN, Hamburg

Das Kuratorium des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg hat am Wochenende noch keine Entscheidung über den Nachfolger des vermutlich im Sommer ausscheidenden Direktors Wolf Graf Baudissin getroffen. Nach ausführlichen Beratungen dieses Gremiums, bei dem das Vorschlagsrecht liegt, sind jetzt noch sechs von ursprünglich 13 Bewerbern in der Auswahl und sollen zu Vorstellungsgesprächen gebeten werden. Unter ihnen ist auch der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr.

Die Hamburger Wissenschaftsbehörde teilte nach der Sitzung offiziell mit, Bahr sei „nach eingehender Diskussion mit knapper Mehrheit" unter die sechs Bewerber aufgenommen worden. Wie dazu ergänzend verlautete, gab dabei die Stimme des Vorsitzenden, des Staatsrats Helmut Bilstein (SPD), den Ausschlag. Bilstein ist der Vertreter des (parteilosen) Wissenschaftssenators Professor Hansjörg Sinn, der den künftigen Institutsdirektor aufgrund des Kuratoriumsvorschlags formell berufen wird. Der Staatsrat war in dieser Sache an einen Beschluß des Senats gebunden, die Kandidatur Bahrs nachdrücklich zu befürworten.

Das Kuratorium des Instituts legte in derselben Sitzung auch die von den Bewerbern für den Posten des Direktors zu erfüllenden Kriterien fest. Dazu gehören „Leitungskompetenz" für die nach der Satzung vorgesehen Aufgaben, ferner die „konzeptionelle Weiterentwicklung" dieser Aufgaben mit dem Schwerpunkt „Abrüstungspolitik in Europa", sowie die Bereitschaft zur Lehrtätigkeit in den Hochschulen und internationale Erfahrungen.

Unabhängigkeit betont

Das 1971 gegründete Institut soll unter anderem die „Probleme der Friedenssicherung durchdenken", gemeinsam mit der Universität Hamburg den Nachwuchs durch Lehrtätigkeit fördern, darüber hinaus sicherheitspolitische Studien anfertigen und sich der laufenden Orientierung über das strategische Denken in Ost und West widmen.

In einem weiteren Beschluß wies das Kuratorium auf seine Unabhängigkeit bei der Beurteilung der Bewerber und bei seinem Vorschlag für den künftigen Institutsdirektor hin. Dies bezog sich offenkundig auf die öffentlichen Auseinandersetzugnen um den Kandidaten Bahr und auf die von dem SPD-Politiker selbst genannten Bedingungen, unter denen er dieses Amt anzutreten bereit sei. Darüber hinaus wurde dieser Beschluß des Kuratoriums jedoch in politischen Kreisen der Hansestadt auch als eine indirekte Kritik an dem von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi eingeschlagenen Verfahren gewertet, der Bahr ohne Rückendekkung durch das Kuratorium die Nachfolge Baudissins angetragen hatte.

Baudissin gegen Bahr

Der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer im Landesparlament, Hartmut Perschau, nahm die Beschlüsse des Kuratoriums am Wochenende „mit Erleichterung" zur Kenntnis und erklärte, damit könne Bahr als Institutsdirektor „eigentlich kaum noch in Betracht kommen". Aus den bisherigen Erklärungen des SPD-Abrüstungsexperten sei der Schluß zu ziehen, daß er die geltenden Ausschreibungsbedingungen nicht erfülle. Perschau forderte den Senat in diesem Zusammenhang erneut auf, eine Kandidatur Bahrs nicht weiter zu betreiben und den entsprechenden Entschluß zu revidieren. *Anderenfalls* drohe der Hansestadt „die schlimmste Genossenfilzentscheidung, die wir bisher in Hamburg erlebt haben". Mit einem „parteipolitisch aktiv handelnden einseitig festgelegten Direktor an der Spitze" würde ein „international anerkanntes Institut kaputtgemacht und kleinlichen parteipolitischen Interessen geopfert".

Der in Kürze ausscheidende Institutsdirektor Graf Baudissin sprach sich am Wochenende in einem Rundfunkinterview nachdrücklich gegen Bahr als seinen Nachfolger aus. Wörtlich erklärte der frühere Bundeswehrgeneral: „Je höher der Ruf und die Qualität des Politikers ist, desto schwieriger wird es für das Insitut, unter seiner Leitung als überparteilich zu erscheinen, was mir immer vorgeschwebt hat." Von den vorliegenden Bewerbungen seien „einige ganz ausgezeichnet".

Straßburg: Diskussion über die Immunität

DIETHART GOOS, Straßburg

Zwischen dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag bestehen in Fragen des Immunitätsrechts grundsätzliche Unterschiede. Während der Bundestag auf Ersuchen der gerichtlichen Ermittlungsbehörden die Immunität der Abgeordneten nicht nur in schwerwiegenden Fällen aufhebt, lehnt das Parlament in Straßburg solche Ansinnen stets ab.

So im jüngsten Fall des CDU-Abgeordneten Erik Blumenfeld. Ihn wollte die Staatsanwaltschauft beim Hamburger Landgericht zu Vorwürfen hören, die „Gesellschaft Hansa" habe sich durch Verkauf wertloser Gutachten und nicht ausgeführter Beratungen der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig gemacht. *Die* betreffenden Unternehmungen hätten Zahlungen an die „Hansa" als Betriebsausgaben geltend gemacht, obwohl die Gelder tatsächlich als Spenden an die Hamburger CDU gegangen seien. Blumenfeld war von 1975 bis 1977 Geschäftsführer der heute noch existierenden Firma und von 1958 bis 1966 CDU-Landesvorsitzender.

Entgegen der Praxis im Bundestag, wo bei solchen Ermittlungsersuchen der Staatsanwaltschaft die Immunität aufgehoben wird, versagte das Europa-Parlament dem Antrag aus Hamburg die Zustimmung. In einer Beschlußvorlage an das Plenum verwies der französische Abgeordnete Georges Donnez als Berichterstatter für den Rechtsausschuß des EP darauf, daß Europa-Parlamentarier für die Dauer der Session weder gerichtlich verfolgt noch festgehalten werden dürfen. „In allen Fällen, in denen politische Sachverhalte angeführt wurden oder ein Zusammenhang mit einer politischen Tätigkeit bestand, wird die Immunität nicht aufgehoben. Dieser Grundsatz ergibt sich aus dem Zweck der Immunität, der darin besteht, die parlamentarische Institution und die Unabhängigkeit seiner Mitglieder gegenüber anderen Behörden zu gewährleisten."

Auf Blumenfeld bezogen, heißt es in dem Bericht weiter: „Im vorliegenden Fall steht der politische Charakter der Tätigkeit, die Gegenstand des Antrags der *Hamburger* Staatsanwaltschaft sind, außer Frage. Herr Blumenfeld wird in seiner Eigenschaft als Politiker und nicht als Privatperson belangt."

Neue Strategie für die NATO?

Experten diskutierten vor der Akademie in Loccum über die „Flexible Reaktion"

RÜDIGER MONIAC, Loccum

Um die Frage, ob die NATO ihre *seit 1967 gültige Militärstrategie der* „Flexiblen Reaktion" ändern soll oder nicht, drehte sich die Diskussion am letzten Wochenende in der Evangelischen Akademie in Loccum. Die Tagung befaßte sich mit dem vor einem guten Jahr von nichtoffizieller amerikanischer Seite gemachten Vorschlag, die NATO solle rechtlich verbindlich auf den in der Strategie vorgesehenen möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten und diese nur noch in Reserve halten, um ihrerseits einen sowjetischen Atomwaffeneinsatz in Europa vergelten zu können.

Der erste Eindruck dieser Tagung so wenige Monate nach Beginn der Stationierung der westlichen nuklearen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik und anderswo in Westeuropa verblüffte. Die sogenannte „Raketen-Debatte" hat sich totgelaufen. Obwohl das in Loccum versammelte Publikum etwas mehr als zur Hälfte dem weiten und äußerst heterogenen Spektrum oppositioneller Bewegungen zur herrschenden Politik der westlichen Allianz zuzurechnen war, blieben kritische Anmerkungen zur „Nachrüstung" marginale Episoden. Scharf und passagenweise auch brillant gestritten hingegen wurde um die Frage, ob Atomwaffen die NATO-Strategie glaubwürdiger und wirksamer machen und für den Zweck, nämlich den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, hilfreich sei oder nicht.

Werden Tatsachen schlicht geleugnet?

Einige Vertreter aus Ländern des Warschauer Pakts, so aus der Sowjetunion, Bulgarien und der Tschechoslowakei folgten den Diskussionen stumm. Ein Professor aus Ost-Berlin aber nahm das Wort. Er genoß im Gegensatz zu allen anderen Rednern vorne am Pult das Privileg, vom Auditorium schon vor seinem Beitrag mit freundlichem Beifall begrüßt zu werden. Was er sagte, hätte die Zuhörer indes betroffen machen müssen. Doch diese Reaktion blieb bis auf wenige Ausnahmen aus. Völlig kon*trär zur Konzilianz seiner auf freund*liche Verbindlichkeit gestellten Rede enthielt sie die für Kommunisten unumstößliche Handlungsanweisung: „Es ist unvermeidlich, daß der ideologische Gegensatz zwischen Ost und West geistig und politisch ausgetragen werden muß. Deshalb kann es nicht möglich sein, zu gemeinsamen Grundüberzeugungen zu kommen."

Was der Ostberliner Wissenschaftler jedoch für möglich und notwendig erklärte, war, der ideologische Kampf zwischen dem „entwickelten Sozialismus" und dem „Kapitalismus" solle allein mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden. Das östliche Interesse offenbarte sich auch hier. Der westlichen Seite, vor allem der Bevölkerung soll suggeriert werden, daß das Militärpotential in der ideologischen Kraftprobe keine Rolle spiele, während der Osten hinter diesem Vorhang der Suggestion zielstrebig seine Waffen schärft und weiter anhäuft.

Einen zweiten Eindruck, eher eine Erkenntnis, vermittelte die Loccumer Tagung zudem. Die Verfechter einer Erklärung gegen den Ersteinsatz von NATO-Atomwaffen aus der Bundesrepublik, Wissenschaftler aus den Bereichen der Medizin, der Informatik oder des Rechts, sind entweder mit den Tatsachen der Militärpolitik und der Militärorganisation des Atlantischen Bündnisses nicht vertraut, oder wenn doch, scheuen sie sich nicht, zum Zwecke der propagandistischen Beeinflussung des Publikums, diese Tatsachen schlicht zu ignorieren. Dies wurde besonders deutlich bei denen, die nicht müde werden, die These zu vertreten, mit der Stationierung der Pershing-2-Raketen sei die Warnzeit zur Reaktion auf wenige Minuten geschrumpft. Des*halb müsse diese Reaktion* Computern und Automaten überlassen bleiben. Wegen der Fehleranfälligkeit der Technik könne somit der „Atomkrieg aus Versehen" ausbrechen.

Ein Oberst aus dem Führungsstab des Bonner Verteidigungsministeriums und ein Brüsseler NATO-Beamter gaben sich erdenkliche Mühe, zu erläutern, daß nicht Computern es überlassen bleibe, auf mögliche Raketenangriffe zu reagieren. Menschen entschieden, auch nicht in Minuten, sondern unter sorgfältiger Abwägung. Es sei ausgeschlossen, daß Automaten einen Kriegsbeginn bestimmten. Man hatte nicht den Eindruck, daß die in Loccum diskutierenden Informatiker, Juristen oder Mediziner die Haltlosigkeit ihrer Behauptungen einzusehen begonnen hätten.

Auch in der Frage des Ersteinsatzes von Atomwaffen als Element der NATO-Strategie standen sich Befürworter und Gegner am Ende in unveränderter Frontstellung gegenüber. Einer der Redner beklagte das mit bewegten Worten. So blieb es bei sehr gemischten Lagern. Bei den Befürwortern einer Deklaration, die dem Ersteinsatz die Basis nähme, sammelten sich Amerikaner wie der frühere SALT-Unterhändler, Botschafter Smith, zusammen mit Sozialdemokraten, die eine „alternative Verteidigung" propagieren. Aber auch der Grünen-Abgeordnete Schily gesellte sich dazu, freilich mit dem Ausdruck größter Skepsis wegen des papierenen Wertes von Deklarationen. Er möchte Erklärungen dieser Art untermauern, indem Europa sich lösen solle von Amerika und der Sowjetunion. Westeuropa müsse in eine Neutralisierung geführt werden, Osteuropa in eine Art Finnlandisierung.

Union schickte keinen Vertreter

Auch Karsten Voigt, der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, hält nicht viel von Erklärungen allein. Unabhängig davon, ob Ost und West mit Worten vom Ersteinsatz Abstand genommen hätten, sei die Möglichkeit der Anwendung von Atomwaffen nicht gebannt, erklärte er. In einer kriegerischen Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen werde jede Seite dann zu Nuklearsystemen greifen, wenn sie das für nötig halte. Damit gab sich dieser Sozialdemokrat „realpolitischer" als mancher andere SPD-Mann, der in Loccum diskutierte; auch im übrigen hinsichtlich des „Systemkonflikts" des Westens mit dem „entwickelten Sozialismus". Die Argumente der Offiziere aus dem Verteidigungsministerium gegen eine Änderung der NATO-Strategie kreisten vor allem um die Zielsetzung der Kriegsverhinderung. Einer sagte: „Unser deutsches Interesse muß sein, daß der sowjetische Generalstab nicht sicher sein kann, ob ein Angriff auf Westeuropa nicht auch sein eigenes Land dem Risiko der Zerstörung aussetzen würde."

Was die Partei des Kanzlers über *diese Fragen denkt, blieb in Loccum* ungesagt. Manchem stieß es negativ auf, daß die CDU/CSU-Fraktion für die Tagung keinen Vertreter hatte schicken können.



Franz Karl Maier, Herausgeber des „Tagesspiegel", ist im Alter von 73 Jahren gestorben
FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Springer würdigt Verdienste von Franz Karl Maier

DW. Berlin

„Berlin ist um eine bedeutende Verlegerpersönlichkeit ärmer geworden. In diesen kritischen Tagen für die Presse unseres Landes wird der Verlust besonders deutlich." Mit diesen Worten würdigte Verleger Axel Springer das Lebenswerk und die Verdienste des Verlegers und Herausgebers des „Tagesspiegel". Franz Karl Maier. Der Publizist war am Freitag im Alter von 73 Jahren in Berlin gestorben.

Franz Karl Maier, nach Worten des Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen „eine der prägenden Gestalten der Berliner Publizistik", hatte nach dem Zweiten Weltkrieg als Mitherausgeber der „Stuttgarter Zeitung" in den Jahren 1946 bis 1950 verlegerische Erfahrungen gesammelt. 1950 kam er nach Berlin, wo er als Verlagsleiter den damals in schwieriger wirtschaftlicher Situation stehenden „Tagesspiegel" in eine sichere Existenz führte. Nach dem Tod Erik Regers im Jahre 1954 übernahm Franz Karl Maier den Verlag und wurde Herausgeber des Blattes. Der nach eigener Einschätzung liberale Jurist rief bereits 1971 eine Stiftung ins Leben, die in seinem Sinne die Berliner Tageszeitung und die Verlagsgeschäfte weiterführen soll.

Jusos übten Einsicht mit der Mutter SPD

Bundeskongreß wählte in Godesberg neuen Vorsitzenden

PETER PHILIPPS, Bonn

Es war ein völlig neues Jungsozialisten-Gefühl: Eher von Albernheiten aus den Reihen der 300 Delegierten denn von tatsächlichen Störungen unterbrochen konnte der ehemalige „Juso-Fresser" Hans-Jochen Vogel auf dem Bundeskongreß des Partei-Nachwuchses in der Godesberger Stadthalle reden. So ganz sicher war er sich dabei vorher wohl selbst nicht gewesen. Einleitend staunte er: Wenn ihm vor 14 Jahren einer gesagt hätte, daß er eines Tages vor einem Juso-Kongreß sprechen werde, dann „hätte ich das nicht für möglich gehalten". Echo aus dem Saal: „Wir auch nicht."

Man ging so miteinander um, wie es Solidarität verlangt. Vogel blieb – was auch im Saal gerügt wurde – in seiner Rede weitgehend an der Oberfläche, vermied jeden ernsthaften Ansatz zum Streit. Und wenn anschließend Kritik an ihm geübt wurde, marschierte man eben auf dem Rückweg vom Rednerpult noch einmal an Vogel vorbei, klopfte ihm freundschaftlich auf die Schulter: Nichts für ungut. Aus der unruhigen, immer für Schlagzeilen guten innerparteilichen Opposition ist ein fest eingebundener Nachwuchsverband geworden, dem zum Schulterschluß mit der Mutter SPD vor allem auch der Abgang der Schmidts & Co. geholfen hat; die Möglichkeit, in der parlamentarischen Opposition einträchtig und ohne Rücksicht auf einen Koalitionspartner oder auf Staatsräson auf die Suche nach sozialistischem Profil zu gehen.

Lockerheit war Trumpf

Keine der einst bestimmenden Fraktionen bei den Jusos – weder Stamokap noch Reformsozialisten oder Antirevisionisten – spielten noch eine sichtbare Rolle. Statt dessen bestimmten Antragspapiere und reichlich verteilte Locher in Godesberg das Bild auf den Tischen. Kaum alternative Milchtüten oder Säfte, sondern die auch für die Parteitage der Altvorderen typischen Kaffeetassen und Bierflaschen zierten die Plätze. Lockerheit war Trumpf, verbiesterte Theorie-Streiter fehlten.

In dieses Bild paßte es auch, daß der aus Altersgründen nicht wieder als Vorsitzender kandidierende Vorsitzende Ruolf Hartung – bei den Jusos gilt mit 35 Jahren eine ähnliche Altersgrenze wie bei Fußball-Profis – in der Debatte über Friedenspolitik ans Mikrophon ging und die lieben Genossen davor warnte, die russischen Raketen zu vergessen. Es gehe nicht an, daß aus Anträgen „die Ablehnung der Moskauer Raketen rausgekegelt" werde, denn durch die „automatisierten Sowjetraketen wird objektiv auch die Kriegsgefahr erhöht". Ein Hauch großer Weltpolitik wehte dann durch die Godesberger Stadthalle, als Hartung den ehemaligen Bonner Sowjetbotschafter Falin zitierte, der ihm gesagt habe, daß sein „Vertrauen in sowjetische Computer nicht größer sei als in amerikanische". Doch Hartungs Eingreifen war überflüssig. Nachsichtig belehrte ihn der Diskussionsleiter darüber, daß die inkriminierten Änderungsanträge längst zurückgezogen seien. Auch der Bezirk Westliches Westfalen, dessen ursprünglicher Antrag an Einäugigkeit wenig zu wünschen übrig ließ (s.WELT v. 12. 4.), hatte inzwischen einen überarbeiteten Entwurf vorgelegt. Hartung hatte beim freundlichen abschiednehmenden Herumgehen wohl nicht mehr alles mitbekommen.

Der neue Mann: Skirke

Es lief ja auch alles nach Plan: Die Kritik an der Bundesregierung und den USA sprengte nicht den parteiüblichen Rahmen – nur daß das von der „Friedensbewegung" her bekannte Phänomen auch hier offensichtlich keinem Delegierten auffiel: Sie alle, Frauen eingeschlossen, redeten über Verteidigungsstrategien, Heerestaktik, Air-Land-Battle-Konzept martialisch wie altgediente Hasen aus Generalsstäben und legten zugleich Bekenntnisse zur Wehrdienstverweigerung ab.

Die Mutterpartei muß eigentlich nur zwei Ergebnisse des Juso-Bundeskongresses zur Kenntnis nehmen: Ulf Skirke, der mit fast realsozialistischem Stimmenergebnis von 218 (bei 296 abgegebenen) Stimmen Nachfolger von Hartung wurde. Und, noch weniger aufregend, die Resolutionen zur 35-Stunden-Woche und der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Denn dies hatten die weitaus gewichtigeren Genossen von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen bereits vor Wochen beschlossen.

Flick-Ausschuß: Auch Unmut ist zu spüren

Erste Bilanz / WELT-Interview mit Manfred Langner

DW. Bonn

Die Arbeit des Flick-Untersuchungsausschusses will dessen Vorsitzender Manfred Langner (CDU) straffer führen, um zügiger zu Ergebnissen zu kommen. In einem WELT-Interview bescheinigt Langner den Zeugen das Bemühen, zur Aufklärung der Affäre beizutragen. Mit Langner sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Langner, die parlamentarische Osterpause hat begonnen. Zeit für eine erste Zwischenbilanz.

Langner: Wir haben seit dem 18. Januar in 19 Sitzungen sieben Zeugen gehört. Von den insgesamt gut 100 Stunden verbrauchten SPD und Grüne deutlich mehr als die Hälfte für ihre Befragungen. Das macht deutlich, daß von einer Geschäftsordnungsmehrheit in keiner Weise Gebrauch gemacht worden ist. Vielmehr wurde das Minderheitenrecht in sehr großzügiger Weise beachtet.

WELT: Sie haben 93 Zeilen aufgelistet. Wann werden Sie fertig?

Langner: Für die weiteren Zeugen wird wohl nicht so viel Zeit erforderlich sein wie für die bisher Befragten. Aber: Der Stoff ist so umfangreich, daß man ein baldiges Ende wirklich nicht voraussagen kann. Es muß ja ein Zeitraum von sieben Jahren aufgehellt werden. Doch auf jeden Fall müssen wir so fertig werden, daß der Bundestag mit den Ergebnissen unserer Arbeit noch diese Wahlperiode auch etwas anfangen kann.

WELT: Dreht der Ausschuß sich inzwischen nicht im Kreis, wenn zum Beispiel der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch 5 Stunden lang vernommen wurde?

Langner: Der Zeuge von Brauchitsch ist natürlich eine Schlüsselfigur. Denn er war von seiten der Antragsteller der Haupthandelnde. Er hatte gute Kontakte und konnte uns natürlich viele Angaben machen. Richtig ist, daß es Wiederholungsfragen gegeben hat, die keinerlei neue Erkenntnisse brachten. Aber alles in allem hat uns die Vernehmung von Brauchitschs weitergeführt.

WELT: Wie bewerten Sie das Klima im Ausschuß?

Langner: Es ist besser als von Skeptikern vorausgesagt.

WELT: Gibt es über den Untersuchungsauftrag hinaus Parteienstreit?

Langner: Die einzelnen Gruppen haben bei dem vorgegebenen Auftrag mit unterschiedlicher Brennschärfe Einzelkomplexe oder einzelne Zeugen im Auge. Dabei gibt es natürlich auch Kontroversen. Doch bei unserer Untersuchung muß die Wahrheit auch nach dem Wettbewerbsmodell im Parteienstreit gefunden werden. Doch der ist nicht das vorherrschende Element. Es zeigt sich, daß auf allen Seiten viele Kollegen mit sehr gründlicher Vorbereitung und mit bohrenden Fragen um Aufklärung bemüht sind.

WELT: Wird die Arbeit durch die vorenthaltenen Unterlagen erschwert?

Langner: Wir haben bisher über 80 Akten mit 30 000 Seiten durchgearbeitet. In diesen Tagen wird das Oberlandesgericht Köln unsere Beschwerdegründe gegen die Zurückhaltung von 36 Beweismittelbänden erhalten. Wenn wir diese – ich denke vor der Sommerpause – bekommen, müssen wir uns mit weiteren 18 000 Seiten befassen.

WELT: Bedeutet das, daß die wichtigsten Zeugen noch einmal gehört werden?

Langner: Ich gehe davon aus, daß die Hauptzeugen nach einem ersten Durchgang der Vernehmungen insgesamt noch einmal zu den bis dahin vorliegenden Ergebnissen vergleichend befragt werden. Das sicher auch unabhängig von den ausstehenden Akten.

WELT: Was haben Sie zu kritisieren? Was soll anders werden?

Langner: Bei Kritik ist es immer gut, wenn man bei sich selbst anfängt: In meinem Bemühen um Objektivität muß ich vielleicht doch insofern etwas straffer werden, als ich eindeutige Wiederholungsfragen, die keine zusätzliche Aufklärung mehr bringen können, in Zukunft nicht mehr zulassen werde. Eine gewisse Kritik muß ich auch an der einen oder anderen Frage und damit an den Fragestellern äußern. Denn manche Zeugen sind durch die Parallelität mit dem Strafverfahren bei ihren erwarteten Antworten in einer schwierigen Lage.

WELT: Wie bewerten Sie das Verhalten der Zeugen?

Langner: Trotz dieser Parallelität habe ich den Eindruck, daß sie zur Aufklärung beitragen wollen. Hier und da aber merkt man deutlich ihren Unwillen, daß sie ihre Zeit für den Ausschuß zur Verfügung stellen müssen. Doch das war nicht das Vorherrschende.

WELT: Ihre bisherige Bilanz?

Langner: Zutreffend urteilen kann man zwar erst, wenn man das gesamte Bild hat. Doch es sind schon mit Sicherheit einige Stillosigkeiten festgestellt worden, die ich aber nicht an Personen festmachen möchte.

Im Drogen-„Kiez": Wer fünf Fixer anschleppt, bekommt als Lohn einen „Schuß" extra

Von ROLF TOPHOVEN

Jimmy Brown's" Stehimbiß an der Potsdamerstraße in West-Berlin gilt als Fixer-Treff. Ein Dutzend Drogenabhängige drängelt sich zu dieser frühen Abendstunde auf den wenigen Quadratmetern vor dem Tresen. Es riecht nach Bratwurst und dem „Parfum" unserer Großstädte: Pommes Frites!

Als ich in Begleitung der Zivilstreife vom Einsatztrupp Potsdamerstraße der Polizeidirektion 4 die Imbißbude betrete, verstummen für Sekunden die Gespräche. Nervöses Flakkern in den wäßrigen Augen einiger Gäste. Dann gibt man sich wieder unbeteiligt. Hauptkommissar Helmut G. (28), Einsatzführer unserer Streife, steuert mit seinem Kollegen, Polizei-Obermeister Wolfgang S., zielstrebig auf zwei Araber zu, die gelangweilt in einer Ecke stehen. Sie sind das „Zielobjekt" der Fahnder.

Was dann folgt, ist Routine für die Beamten. Die Kripomarke blitzt im Neonlicht kurz auf. Die Araber fingern ihre Pässe aus den Taschen ihrer abgewetzten Parkas. Mahmud und Ahmed heißen sie. Beide gebürtig in Beirut. Berlin führt sie auf den Listen der Asylanten. „Mach die Jacke uff", berlinert Wolfgang S. den älteren der beiden an. Mit geschickten Griffen wird der Libanese „gefilzt". Die Polizisten suchen nach 20 Gramm Heroin, die der vermeintliche Kleinhändler um 22 Uhr in diesem Stehimbiß übergeben sollte – so lautete jedenfalls die Information, die der Einsatztrupp eine Stunde zuvor aus der Fixer-„Szene" erhalten hatte.

Doch der erwartete Zugriff wird ein „Flop" – die Beamten finden nichts. Sie sind anscheinend zu früh gekommen. „Eventuell wird der Stoff später in dieser Nacht übergeben", zuckt Wolfgang S. die Schultern.

Der Drogen-„Kiez" Potsdamerstraße, Winterfeldstraße und Nollendorfplatz („Nolle") in West-Berlin wirkt auf Fixer und Dealer immer noch wie ein Magnet. Gehandelt und konsumiert wird fast ausschließlich die harte Droge Heroin.

„Die Ausländerbeteiligung im Heroingeschäft hier in Berlin beträgt 100 Prozent", meint Kriminaldirektor Ulber, Chef des Rauschgiftdezernats bei der Westberliner Polizei gegenüber der WELT.

Dies hat plausible Gründe. Deutsche Drogenhändler können nur schwer in den klassischen Anbaugebieten Heroin kaufen, wie zum Beispiel in Pakistan.

Auch kriegerische Wirren in Nahost wirken sofort auf den Drogenmarkt in West-Berlin. „Wenn die Straße Beirut/Damaskus beispielsweise wieder einmal zu ist", sagt Ulber, „spürt das hier die Szene sofort, die Versorgung stockt."

Einfallstor Schöneberg

Heroin wird derzeit nach West-Berlin vor allem von Karatschi aus eingeschleust. Einfallstor ist in der Regel der Ostberliner Flughafen Schönefeld. Von dort gelangt die Ware über den S- und U-Bahnhof Friedrichstraße in Ost-Berlin weitgehend unkontrollierbar in den Westteil der Stadt. Die Kontrollmethoden der „DDR"-Behörden sind nach westlichen Erkenntnissen bei Transitreisenden unterschiedlich. Sie reichen von peinlich genau bis lasch. Doch gemeinhin trifft wohl das letztere zu. Regierungsdirektor Britz, Leiter der Westberliner Ausländerbehörde, erklärt denn auch ganz offen: „Warum sollte die DDR scharf kontrollieren, das verdirbt doch nur das Auslandsgeschäft für die Ostberliner Fluggesellschaft."

Und in der Tat, die „DDR"-Fluglinie „Interflug" lockt mit ihren Dumpingpreisen die Drogenimporteure aus Fern- und Nahost an wie das Licht die Motten. Ost-Berlin–Karatschi und zurück fliegt man schon für 1600 DM, ein Flug nach Kairo und zurück kostet 650 DM.



Im vergangenen Jahr spritzten sich in Berlin 76 Menschen zu Tode FOTO: STARKOTTO

Türken sind derzeit nicht mehr so stark im Drogenhandel in West-Berlin vertreten wie früher einmal. Ihren Platz haben teilweise Tamilen (Volksgruppe aus Sri Lanka) eingenommen. Für den Transport von 250 Gramm Heroin aus Sri Lanka nach West-Berlin werden dem Schmuggler bis zu 1000 Dollar gezahlt. Bis heute wurden allein 7,5 Kilogramm Heroin aus den Gedärmen von Einschleusern geholt. „In dünnen Plastiksäckchen verpackt, wird der Stoff eingeführt. Bei einem Schmuggler fanden wir auf diese Weise allein 250 Gramm Heroin", erläutert Kriminaldirektor Ulber der WELT.

Keine großen Bosse

Aber auch in Spezialkoffern gelangt der „Stoff" in die Szene. In Libanon fertigen Hersteller Reisekoffer mit doppeltem Boden so perfekt, daß „Sie schon großes Glück, Geduld und Erfahrung brauchen, um dies zu entdecken" (Ulber).

„Der Organisationsgrad der Drogenszene in Berlin", so Direktor Ulber zur WELT, „ist nicht sonderlich hoch. Es gibt keine großen Bosse." 1983 registrierten die Behörden 2172 bekannte Fixer. (Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.) 76 Süchtige spritzten sich im selben Jahr zu Tode. Die Struktur der Berliner Heroin-„Szene" unterteilt sich in Schmuggler, größere Händler, Zwischenhändler sowie in Konsumenten und Kleinsthändler (ausnahmslos abhängig).

23,44 Kilogramm Heroin und 52 Kilo Haschisch beschlagnahmten die Fahnder im vergangenen Jahr – angesichts der Preise auf dem Drogen-„Kiez" in West-Berlin ein Vermögen. Während 1 Gramm Haschisch noch für 8 bis 15 Mark gehandelt wird, kennt der Heroin-Dealer derzeit andere Summen: Ein Scenepack (Fachsprache der Szene für ein „Päckchen" = 0,1 g) kostet ca. 50 Mark. Ein Doppel-Scenepack (0,25 g) ca. 100 Mark. Die Kosten für 1 Kilo setzen bei 100 000 bis 150 000 Mark an.

In den letzten zwei Jahren hat sich jedoch die Fixer-Szene in Berlin verändert. „Die Kinder vom Bahnhof Zoo gibt es nicht mehr", resümiert der Chef des Rauschgiftdezernats. Das direkte Anbieten des „Stoffs" hat aufgehört. Damals gab es ein bis zwei Hauptumschlagsplätze. In der Potsdamerstraße standen die Abhängigen Schlange, Passanten wurden belästigt, der Ruf nach der Polizei wurde immer lauter. Großrazzien lösten die Massierung der Fixer weitgehend auf.

Derzeit ist die Drogen-Szene auf etwa 30 bis 40 Plätze in der Stadt verteilt. „Zwar weiterhin ein mühseliges Geschäft für die Polizei", sagt Ulber, „doch, um es vorsichtig zu sagen, sind wir mit der gegenwärtigen Situation nicht unzufrieden."

Daran, daß dem so ist, hat der Einsatztrupp Potsdamerstraße, mit dem ich unterwegs war, neben anderen Polizeikräften maßgeblichen Anteil. Seit dem Sommer 1981 arbeitet das Team um Hauptkommissar G. zusammen.

Der Dienst ist hart. Kein Schichtdienst. „Unser Job ist bedarfsorientiert", sagt der Einsatzführer: mal nachmittags, mal nachts – oft durch bis zum frühen Morgen. Der Einsatztrupp Potsdamerstraße besteht aus acht Beamten. Neben dem Streifenführer und seinem Stellvertreter gehören noch sechs Männer des mittleren Dienstes (Obermeister) dazu. Die Teamleiter kommen von der Kripo, die anderen von der Schutzpolizei. Einer von ihnen gehört der AGA (Ausländerüberwachung) an. „Mein" Team an diesem Abend setzt sich außer den Kommissaren G. und M. noch aus Peter H., Thomas W., Ralf B. und Wolfgang S. („Der Riese") zusammen. Wolfgang war früher Ringer im Polizeisportverein. Wenn er auf unserem Streifengang die Schwingtüren mancher Lokale aufstößt, wirkt das schon respekteinflößend. Doch Fixer suchen selten die direkte Konfrontation.

Araber „schniefen"

Nach dem ersten Auftritt in „Jimmy Brown's" Stehimbiß durchstreift der Einsatztrupp sein Revier. Das Milieu in und um die Potsdamerstraße zählt beileibe nicht zu den feinsten Adressen in Berlin. Porno-Schuppen, Peep-Shows, billige Absteigen, Stundenhotels. Die Männer kennen die Szene – und die „Scene" kennt sie. „Das erhöht die Präventivwirkung", weiß Oberkommissar M. zu berichten, als wir im Dienstwagen langsam über den Fixer-„Kiez" rollen.

Und M. weiß noch mehr zu erzählen: Wer fünf Fixer anschleppt, bekommt vom Dealer einen „Schuß" gratis. „Die Masse der Abhängigen spritzt, während die Araber zum Teil schniefen."

Plötzlich Vollbremsung! Helmut G. springt aus dem Wagen. Zwei Tamilen haben vor wenigen Sekunden in einer Toreinfahrt ein Fixer-Pärchen angesprochen. Die Asiaten werden überprüft. Sie sind „sauber". Die Asylantenpapiere stimmen, ebenso ihre Pässe. Doch einer hat 500 Mark in der Brieftasche. Woher? Er radebrecht: „Von Freund." Die Beamten können nichts beweisen. Die Asiaten ziehen ab. „Doch diese Burschen gehören dazu", erklärt mir Hauptkommissar G.

Auf der anderen Straßenseite tapst mit müden Schritten ein alter Mann über den Gehsteig. „Das ist Zwieback", lacht Peter H., „er gehört zum Inventar der Potsdamerstraße." Er gehört ebenso dazu wie andere Typen aus dem Fixer-Milieu. Manche, das wissen die Männer vom Einsatztrupp, tragen originelle Namen: „Pudding Peter", „Catweazle", „Bremsspurenheide" („die fiel immer hin", sagt der Einsatzführer).

Ein harter Job

Doch so originell die Namen auch sind, so traurig die Schicksale. 100 Mark braucht ein Heroinabhängiger im Schnitt pro Tag. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Der krasseste Fall, so erzählen mir die Beamten, lag bei einem Konsum von 5 Gramm Heroin pro Tag. „Um das Zeug zu besorgen, brauchte der Fixer 1000 Mark täglich." Der Konsument ist inzwischen tot, doch die Beschaffungskriminalität unter den Abhängigen lebt und steigt weiter an.

Als ich nach Schluß dieser Streife im Berliner Drogen- und Fixer-Milieu spät in der Nacht dann noch in einer zünftigen Kneipe mit den Männern vom Einsatztrupp Potsdamerstraße beim Bier zusammenhocke, sprechen die Beamten über das Familiäre. „Unsere Frauen brauchen viel Verständnis", stöhnt Wolfgang S. Man kann es verstehen: Der Job auf dem „Kiez" ist hart. Die Dienstzeiten sind unregelmäßig – und die Bezahlung lausig. 75 Pfennige gibt es pro Nachtstunde an Zulage; gerechnet von 8 Uhr abends bis 6 Uhr in der Früh. Die Mehrarbeit in der Woche schnellt nicht selten hinauf bis auf 55 Stunden.

Was motiviert eigentlich die jungen Polizeibeamten, sich zu diesem Dienst zu melden ud ihn tagtäglich mit Engagement und Idealismus zu versehen? Hauptkommissar G. sagte es einmal während der Einsatzstreife in dieser Nacht: „Schauen Sie sich an, was aus unserer Stadt geworden ist. Wir sind dazu da, unsere Bürger zu schützen. Wir wollen helfen, damit unsere Stadt wieder sauber wird."

Japaner planen ein Zentrum in Berlin

Alte Botschaft soll wieder aufgebaut werden / Am 12. Juni wird Ministerpräsident Nakasone Grundstein legen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wenn sich Japans Ministerpräsident vom 12. bis 14. Juni in Bonn aufhält, soll er bei einem Abstecher an die Spree den symbolischen Grundstein für ein Zentrum deutsch-japanischer Zusammenarbeit legen. Senat und Bundesregierung wollen mit dem japanischen Gast einen Vertrag über den Wiederaufbau der seit 40 Jahren als Ruine am Rande des Tiergartens verrottenden ehemaligen kaiserlichen Botschaft unterzeichnen. Für 35 bis 60 Millionen Mark – je nach Erhaltungszustand dieser Miniaturausgabe von Hitlers Reichskanzlei – soll daraus ein wissenschaftliches Zentrum entstehen.

Berlins Fachsenatoren Gerhard Kunz (Finanzen) – als Begleiter von Kanzler Kohl schon im Herbst 1983 bei den Vorgesprächen in Tokio dabei – und Wilhelm Kewenig (Wissenschaft) brachten jetzt bei einer neuerlichen Japan-Visite das Projekt so gut wie unter Dach und Fach. Nach dem Vorbild des deutsch-amerikanischen Aspen-Instituts in Berlin schafft das neue Zentrum den geistig-intellektuellen Gegenpol zu Japans europäischer Kommerz-Metropole Düsseldorf.

Kewenig berichtete nach seiner Rückkehr: „Das Auswärtige Amt ist zur Zeit dabei, einen Vertragsentwurf über Aufbau, Finanzierung und Nutzung des Gebäudes auszuarbeiten." Der Senat will Bonns Kultur-Etat nicht übermäßig schröpfen und selbst einen gut Teil der Kosten und laufenden Ausgaben bestreiten. An diesem Punkt scheint es jedoch noch zu „haken". Japans Generalkonsul in Berlin, Tisati Cato – unermüdlicher Förderer dieses Projekts – sagte zur WELt:

„Meine Regierung steht diesem Vorhaben sehr positiv gegenüber. Über die Finanzierungsfrage ist jedoch noch nicht entschieden." Er ließ durchblicken, daß die deutsche Seite – ob Bund oder Berlin – mindestens die Hälfte der erheblichen Kosten aufbringen müsse. „Es kann auch durchaus sein, daß eine gründliche technische Überprüfung ergibt, daß längst nicht mehr alle Teile der Ruine wiederverwendet werden können." Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die Kosten.

Das kolossale weiße Gebäude im NS-Repräsentationsstil aus der Plankammer von Hitlers Generalbauinspektor Albert Speer entstand 1938 bis 1942 und wurde im November 1943 durch Bombenangriffe größtenteils zerstört. Das Deutsche Reich schenkte damals zur Hoch-Zeit der Achse Berlin–Rom–Tokio rund 60 Millionen Reichsmark als Bauzuschuß. Ein großer Teil des kostbaren Interieurs war nach der Eroberung Berlins durch die Rote Armee von den Russen weggeschleppt worden.

In der Ruine am Rande des Tiergartens ist heute lediglich ein Hausmeister-Domizil bewohnt. Der abgesperrte Bau auf einem 7000 Quadratmeter riesigen Areal verfällt immer mehr: „Jedes Jahr, was weiterhin verstreicht, macht den Wiederaufbau teurer und schwieriger", sagt Cato.

Der Senat möchte das Zentrum, das weit über die Stadt hinaus als Symbol deutsch-japanischer Zusammenarbeit gelten kann, spätestens zur „Internationalen Bauausstellung" 1987 einweihen. In jenem Jahr feiert Berlin auch den 750. Geburtstag.

Der Wiederaufbau des Hauses und sein neuer Verwendungszweck wären zugleich ein politisches Signal für das ungebrochene, starke japanische Interesse an Berlin und der Bundesrepublik. Das Projekt stünde auch für den Stellenwert, den Tokio trotz seiner engen wirtschaftlichen Beziehungen zur „DDR" den Beziehungen zu Bonn einräumt.

Gromyko will Verhandlungen über Seerüstung

rtr / dpa / DW. Moskau

Mit einer Reihe von Briefen und Appellen hat Moskau erneut am Wochenende die USA des Rüstungswettlaufs beschuldigt. Dabei äußerte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Javier Perez de Cuellar, die Bereitschaft seines Landes zu Verhandlungen über den Abbau der Seerüstung.

Gromyko beschuldigte nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Tass die USA, eine neue Phase der Seerüstung durch den Bau neuer Schiffe und der Modernisierung alter Einheiten eingeleitet zu haben. Er sprach sich für multinationale Verhandlungen aus, die auch im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz stattfinden könnten. An diesen Verhandlungen sollten „alle Flotten-Großmächte" beteiligt werden. Ziel der Verhandlungen sei es, Obergrenzen für Schiffe der Hauptbauarten, Beschränkungen für die U-Boot-Abwehr und Stützpunkte im Ausland zu vereinbaren. Als besonders dringende Maßnahme bezeichnete Gromyko den Abschluß eines Abkommens über eine Begrenzung der Flotten-Aktivitäten in Konflikt- und Spannungsgebieten.

Ministerpräsident Nikolai Tichonow machte unterdessen die Vereinigten Staaten für den Stillstand der Rüstungskontroll-Verhandlungen verantwortlich. In einem Schreiben an die Initiatoren des „Krefelder Appells" in der Bundesrepublik Deutschland forderte Tichonow erneut den Stopp der Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa und den Abbau der bereits aufgestellten Systeme.

F.H. NEUMANN, Moskau

Die sowjetische Parteiführung hat gestern in ihren Parolen für den 1. Mai an die „Völker Europas" appelliert, ihren „Kampf für den Abzug der neuen amerikanischen Raketen aus Westeuropa zu verstärken". Zugleich forderte die sowjetische Führung die Soldaten der UdSSR auf, ihre militärische und politische Vorbereitung zu vervollkommnen.

In seinen Mai-Losungen ruft der Kreml weiterhin die „Völker der Welt" dazu auf, entschlossen gegen imperialistische Gewalttaten in aller Welt anzukämpfen. Insbesondere sollen sie die „aggressiven Handlungen der USA gegen Nicaragua" unterbinden und den Abzug amerikanischer Truppen aus Grenada verlangen.

Der Zuspruch an die Völker Lateinamerikas wurde entsprechend der aktuellen Lage aufgewertet. An die Stelle der „solidarischen" Grüße des Vorjahres sind 1984 „heiße" Grüße getreten. Die erheblich gedämpfte Zuversicht, daß die „gerechte Sache des palästinensischen Volkes siegen" werde, hat den Kreml veranlaßt, auf diese Parole von 1983 zu verzichten und stattdessen die weltweite Solidarität mit dem „gerechten Kampf" der Palästinenser zu fordern.

IG Metall: 1,5 Millionen an die SPD?

p. p. Bonn

Der Bonner Staatsanwaltschaft liegen handschriftliche Kurzvermerke des sozialdemokratischen Schatzmeisters Friedrich Halstenberg vor, aus denen sich der Verdacht einer erheblichen Spendentätigkeit der Gewerkschaften für den Bundestagswahlkampf 1980 des damaligen Kanzlers Helmut Schmidt ergibt. Wie die „Welt am Sonntag" berichtet, seien allein von der IG Metall damals möglicherweise 1,5 Millionen Mark gespendet worden. In einer ersten Stellungnahme der SPD heißt es, daß es sich um „denkbare, nicht aber tatsächliche Ergebnisse der Bemühungen um Spendenakquisitionen" handele.

Allerdings war bereits vor kurzem ein anderer interner Vermerk des Schatzmeisters aus dem Jahre 1983 bekannt geworden, in dem er vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Klärung der Flick-Affäre gewarnt hatte. Denn es sei „mit bedeutenden Spenden ein besonderer Wahlkampf" für Schmidt gefördert worden, bei deren Bekanntwerden ein „politisch zu mißbilligender Zusammenhang mit der Flick-Affäre suggeriert" werden könnte.

In den neuen, handschriftlichen Vermerken Halstenbergs heißt es beispielsweise: „IG Metall (Loderer/M. Fischer)über Schlicht und Vogel 1,5 Millionen". Und: Für die IG Chemie sind 40 000 Mark notiert mit einem Hinweis „über Ebert-Stiftung". Hinter dem Namen des IG-Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt taucht ein Betrag von 300 000 Mark auf, unter dem Stichwort Postgewerkschaft erscheinen 100 000 Mark mit Nennung der Namen Ernst Breit und Erich Huber.

Bei der SPD hieß es dazu, daß es sich hier nicht um Spenden der Gewerkschaften gehandelt haben könne. Bei seinen Bemühungen habe Halstenberg „lediglich bei einer Anzahl von der SPD angehörenden Bergbau-Mitbestimmungsträgern" Erfolg gehabt, die „persönliche Spenden in etwa dem genannten Gesamtbetrag" geleistet hätten.

Soares möchte Portugals Staatspräsident werden

Bisher waren es Militärs / Eanes zwischen den Fronten

ROLF GÖRTZ, Madrid

Noch sind es anderthalb Jahre bis zur Wahl des portugiesischen Staatspräsidenten – aber schon jetzt bilden diese Wahlen das politische Thema Nummer eins in Portugal. General Ramalho Eanes, 1980 zum zweiten Mal zum Staatspräsidenten gewählt, kann nicht ein drittes Mal kandidieren. Das verbietet die Verfassung.

Aber damit soll die politische Karriere des heute erst 48 Jahre alten Militärs noch lange nicht zu Ende gehen. „Eigentlich fängt sie jetzt erst wirklich an", sagte Eanes kürzlich in einem Interview mit der neuen Zeitschrift „Foral", die der Sprecher des linken Flügels der Sozialistischen Partei (PS) und Intimfeind des Parteichefs und Ministerpräsidenten Mario Soares, Salgado Zenha, herausgibt.

Zwei Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 1985 können das Ende der Militärs auf diesen Posten bedeuten: Mario Soares, Regierungschef und Generalsekretär der Sozialistischen Partei, sowie Professor Freitas do Amaral, einst Vorsitzender der christdemokratisch orientierten CDS. Er kann sich auf einen großen Teil des bürgerlichen Lagers stützen.

Noch aber weiß man nicht, wen die „Eanisten", die noch nicht gegründete Partei des Präsidenten Eanes, als ihren Kandidaten aufstellen werden. Genannt werden auch Maria de Lourdes Pintasilgo, die Linkskatholikin, die vor Jahren im Auftrag des Staatspräsidenten die Regierungsgeschäfte führte. Neben einem Militär – einen solchen müßte der Präsident aber bald aus dem Hut ziehen, wenn er bis zu den Wahlen gegen Mario Soares genug Image gewinnen soll – erscheint aber auch die Kandidatur des Sozialisten Salgado Zenha möglich.

Verwirrspiel der Wahl

Hier beginnt denn auch das Verwirrspiel dieser Präsidentschaftswahlen: Die künftige Eanes-Partei – sie existiert im Vorbereitungsstadium als MAD, der „Aktuellen Demokratischen Bewegung". Sie wird zwar einen Kurs der linken Mitte steuern, kann aber mit Wählergruppen aus allen anderen Parteien rechnen: Von den Kommunisten und Linkssozialisten, die im verborgenen einen starken Einfluß auf MAD ausüben, über die Christdemokraten selbst bis hin zu den konservativen Anhängern der Salazar-Zeit.

Die Infrastruktur der MAD bilden jene Komitees, die 1980 die Wahl Eanes' mit offizieller Unterstützung der Sozialistischen Partei, aber gegen den Willen von Mario Soares, vorbereiteten. Gleich nach ihrem Sieg begannen sie mehr oder weniger planmäßig, sich auf die Rolle einer künftigen Volksbewegung vorzubereiten. Die „peronistische Gefahr", nannte Soares dieses Unternehmen.

Vor dem Chaos retten

Sehr entscheidend für den Ausgang der Präsidentenwahlen wird die Haltung der Sozialdemokratischen Partei (PSD), ihrem Inhalt nach eher eine liberale Partei der rechten Regierung. Zusammen mit den Sozialisten bildet sie als Koalitionspartner die derzeitige Regierung. Ihr Chef, Mota Pinto, konnte sich erst vor zwei Wochen auf dem jüngsten Parteitag der PSD als der Sieger aus der bisherigen Troika der Parteiführung profilieren, so daß nunmehr wieder ein klarer Kurs gesteuert werden kann. Mota Pinto ist als Verteidigungsminister der stellvertretende Regierungschef und sieht in der Koalition mit der von Soares sozialdemokratisch geführten PS die einzige Chance, Portugal vor dem Chaos zu bewahren, das dem Land aus der Uneinigkeit des bürgerlichen Lagers und der Entschlossenheit der Kommunistischen Partei ständig droht.

Auf dem Kongreß lehnte Mota Pinto jedoch jede Stellungnahme zur Präsidentenwahl ab: „Was heute gut erscheint, kann morgen eine schlechte Lösung sein." Zwischen Mario Soares und Mota Pinto herrscht grundsätzlich Einigkeit über folgende Aufgabenteilung: Wenn Soares zum Staatspräsident gewählt werden sollte, übernimmt Mota Pinto die Regierung. Dagegen aber beginnt sich der linke Flügel der Sozialistischen Partei zu regen: „Wir sind schließlich die stärkste Partei und stellen deshalb auch nach der Präsidentenwahl den Regierungschef." Allerdings sähen auch die linken Sozialisten ihren unbequemen Chef Soares gern im Belem-Palast, weil sie nur so hoffen können, seinen Einfluß auf die Parteiführung zu beschränken. (SAD)

In Hongkong herrschen Unbehagen und Sorge über Howes Gespräche in Peking

Ist ein Rahmenvertrag schon fertig? / London setzt sich für Kontinuität bestehender Institutionen nach 1997 ein

FRITZ WIRTH, London

Sir Geoffrey Howe, der britische Außenminister, ist gestern zu seinem ersten China-Besuch in Peking eingetroffen. Nirgendwo schaut man gespannter, besorgter und mit größerem Unbehagen auf das Ergebnis seiner dreitägigen Gespräche als in Hongkong. Die Zukunft der Kolonie nach 1997 ist das beherrschende Thema auf seiner Tagesordnung; in Hongkong fürchtet man, daß hier bereits, 13 Jahre vor dem Ende des britischen Pachtvertrages, Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Es blüht jedenfalls die Spekulation in der Kolonie, daß als Ergebnis dieser Gespräche ein erster Rahmenvertrag mit Peking über die Zukunft Hongkongs zustande kommen könnte. Die Tatsache, daß Howe vom Rechtsexperten seines Ministeriums, Burrows, begleitet wird, gibt diesen Vermutungen neue Nahrung.

Im britischen Außenministerium versucht man, diesen Spekulationen zu begegnen, indem man die Bedeutung des Peking-Besuches Howes herunterspielt. Er reise nicht nach Peking, um direkt in die seit anderthalb Jahren laufenden Hongkong-Verhandlungen einzugreifen, er habe lediglich die Absicht, zusammen mit der chinesischen Führung eine Bilanz der bisherigen zwölf Verhandlungsrunden zu ziehen und den Rahmen der weiteren Gespräche abzustecken. Entscheidungen über die Zukunft Hongkongs, so entwarnt man im britischen Außenministerium, seien von diesem Howe-Besuch nicht zu erwarten.

In Hongkong stoßen diese Understatements auf Mißtrauen. Man verübelt ihm, daß er keine Zeit fand, eine Zwischenstation in Hongkong einzulegen und die Sorgen, Ängste und Wünsche der Hongkong-Bewohner zur Kenntnis zu nehmen, bevor er in Peking über ihre Zukunft spricht.

Man glaubt hier zu wissen, daß ihm die Chinesen eine Zwischenlandung in Hongkong und eine politische Lehrstunde vor Ort verübelt hätten, und daß Howe alles unterlassen will, was das Klima seiner Gespräche in Peking belasten könnte. So wird er sich also erst nach seinem dreitägigen Peking-Aufenthalt in Hongkong einer Pressekonferenz stellen.

Besonders von britischer Seite hält man das Ergebnis der bisherigen zwölf Hongkong-Verhandlungen strickt geheim. Aus chinesischer Quelle wurde jedoch inzwischen bekannt, daß das Thema der Souveränität Hongkongs nach 1997 lange geklärt ist. Hongkong wird demnach ab 1997 nicht nur unter chinesischer Souveränität, sondern auch unter nicht-britischer Verwaltung stehen. Dagegen soll es Garantien geben, daß das gegenwärtige kapitalistische System der Insel auf mindestens 50 Jahre nach 1997 beibehalten werde.

Das Foreign Office ist unglücklich darüber, daß Peking seit geraumer Zeit in fast ultimativer Form den September dieses Jahres als Datum für ein Hongkong-Abkommen nennt. Auch nach diesem Datum müssen nach britischer Ansicht noch wichtige Detailfragen mit den Chinesen verhandelt werden.

Im übrigen kontert man im britischen Außenministerium diesen von Peking ausgeübten Zeitdruck mit dem *Hinweis*: „Wir haben lieber eine gute als eine schnelle Lösung." Nachdem Premierministerin Thatcher nach ihrem höchst unglücklichen Start der Hongkong-Gespräche im September 1982 erkennen mußte, daß mit Peking nicht über eine Fortsetzung des politischen und verwaltungstechnischen Status quo der Kolonie zu reden war, haben sich die Briten in den folgenden Verhandlungen darauf konzentriert, für eine Kontinuität bestehender Systeme und Institutionen zu kämpfen, das heißt also vor allem für eine Fortsetzung des Finanz-, Wirtschafts- und Rechtssystems der Kolonie. Sie vermitteln dabei den Eindruck, daß sie mit den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen zufrieden sind. „Unser wichtigstes Kriterium in diesen Verhandlungen ist die Sicherung der Stabilität und des Wohlstands Hongkongs", heißt es im Foreign Office.

Da diese Versicherung bisher offenbar nicht ausreichte, die Unruhe und Befürchtungen unter der Bevölkerung Hongkongs zu beseitigen, schickt man die Versicherung nach, daß man eine Hongkong-Lösung sucht, die den Chinesen, dem britischen Parlament und den Bürgern Hongkongs akzeptabel ist.

Ein „Olympia-Gipfel" soll die Krise entschärfen

dpa/sid, Moskau

Auf einem Krisentreffen am 24. April in Lausanne will der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, versuchen, die um die Olympischen Spiele in Los Angeles entstandene Situation zu entschärfen. Zugleich steigerte die Sowjetunion ihre Angriffe gegen die amerikanischen Olympia-Gastgeber. Die sowjetische Nachrichten-Agentur Nowosti behauptet, „der Schatten des Terrorismus schwebt über Los Angeles." Der von dem New Yorker Nowosti-Korrespondenten Wladimir Simonow gezeichnete Artikel fragt, ob man nicht „auf eine Teilnahme überhaupt verzichten sollte? Ist es nicht besser, die Spitzensportler keinem Risiko zu unterziehen? Fünf Olympia-Ringe: In Los Angeles fangen sie an, an den Kreis von Zielscheiben zu erinnern. . ."

In Moskau und Los Angeles sind die Einladungen des IOC-Präsidenten zum Olympia-Gipfel eingetroffen. An dem Treffen sollen neben Samaranch, der IOC-Direktorin Monique Berlioux und den drei IOC-Vizepräsidenten Louis Guirandou-N'Diaye (Elfenbeinküste), Alexandru Siperco (Rumänien) und Ashwini Kumar (Indien) Vertreter des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der UdSSR und des olympischen Organisationskomitees (LAOOC) mit seinem Präsidenten Peter Ueberroth teilnehmen.

Mit der Einberufung des Treffens kommt Samaranch den Sowjets einen halben Schritt entgegen. Der Sportminister der Sowjetunion, Marat Gramow, hatte wegen angeblicher vielfacher Verletzung der Olympischen Charta durch die Amerikaner eine Sondersitzung der IOC-Exekutive gefordert. Samaranch hat jedoch auf eine Einladung der fünf Beisitzer des Exekutiv-Komitees verzichtet. Somit bleibt es bei der für den 28. bis 30. Mai geplanten Sitzung des IOC-Führungsgremiums in Lausanne.

Ueberroth zeigte sich überrascht von der Einladung: „Bis zu den Spielen sind es nur noch 15 Wochen. Es gibt hier vor Ort genug zu tun. Unsere Zeit ist kostbar." In IOC-Kreise wurde darauf hingewiesen, daß sich Ueberroth eine Abwesenheit in Lausanne kaum leisten könne. Vor allem die Sowjets müßten dies als einen zusätzlichen Affront auffassen.

Gramow wird voraussichtlich heute auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau dazu Stellung nehmen. Offenbar zur Vorbereitung darauf war die NOK-Spitze der UdSSR zu einer zweitägigen Sitzung in der sowjetischen Hauptstadt zusammengetreten. Bis auf das rumänische NOK hatten sich bis zum Wochenende alle Olympischen Komitees Osteuropas der sowjetischen Klage gegenüber den amerikanischen Olympia-Gastgebern angeschlossen. Die polnische Nachrichten-Agentur PAP veröffentlichte eine Erklärung des polnischen NOK, die ganz auf der sowjetischen Linie liegt. Um die Olympischen Spiele werde eine Atmosphäre von Reaktion, kaltem Krieg und anti-kommunistischer Stimmung gesponnen.

Die Sowjets haben inzwischen ihre Teilnahme an den olympischen Demonstrations-Wettbewerben im Tennis offiziell zurückgezogen. Samaranch wiederum besucht bis zur Tagung noch zwölf afrikanische Länder. Vor allem in den schwarzafrikanischen Ländern besteht akute Boykott-Gefahr, weil einige westliche Länder ihre Sportkontakte zu Südafrika beibehalten haben.

Offiziere wegen Putschversuchs verurteilt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Zu 12 Jahren und einem Tag Gefängnis verurteilte das Kriegsgericht der Militärregion von Madrid Oberst Muñoz Gutierrez, Oberst Crespo Cuspinera und dessen Bruder Oberstleutnant Crespo Cuspinera wegen „Verschwörung mit dem Ziel einer militärischen Rebellion". Die Untersuchungshaft von anderthalb Jahren soll angerechnet werden. Ein vierter Offizier wurde freigesprochen. Bei den drei verurteilten Artillerieoffizieren waren Pläne gefunden worden, die am 27. Oktober 1982, einen Tag vor den Parlamentswahlen, zu einem Putsch führen sollten. Der militärische Abschirmdienst CESID deckte die Pläne jedoch rechtzeitig auf.

Das Gericht, zusammengesetzt aus vier Generalen und einem Oberst der Militärjustiz, empfahl, die „exzessiv hohe Strafe, wie sie der Buchstabe des Gesetzes fordere", auf vier Jahre zu ermäßigen. Wie schon in dem Prozeß und im Revisionsverfahren gegen die Putschisten vom 23. Februar 1981 vermied das Gericht aus politischen Gründen die genaue Erörterung der Motive der Verschwörer. Ging es den Offizieren vom Februar 1981 im wesentlichenum die Erhaltung der tatsächlich ernsthaft bedrohten nationalen Einheit, so wollten die Verschwörer vom Oktober 82 offensichtlich eine sozialistische Regierung verhindern. Tatsächlich fand die Regierung Felipe González mit dem Verteidigungsminister Narcis Serra ein erheblich besseres Verhältnis zu den Streitkräften als die bürgerlichen Regierungen Suárez und Calvo Sotelo.

Unmut macht sich jedoch in Kasernen und in weiten Teilen der Bevölkerung über die ungleiche Behandlung von Terroristen und Militärs bemerkbar. So können 43 verurteilte Terroristen der ETA, darunter zwei Mörder, nach dem Bemühen des „Volksverteidigers" für Spanien, Ruiz Jimenez, mit einer Begnadigung durch die Regierung rechnen, obwohl die Etarras es ablehnten, in ihrer Bittschrift ihre Taten zu bereuen. Sie wollten lediglich „die Waffe niederlegen", um ihre Ziele – die Diktatur des Proletariats in einer Volksrepublik – „mit politischen Mitteln zu erkämpfen". Die ETA, so argumentiert man in Spanien, ermordete 500 Menschen, Militärs und Zivilisten, die Putschisten aber handelten unblutig. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Steuerpoker

Sehr geehrte Damen und Herren,

Minister und Politiker pokern über das „Wie" und das „Wann" aller möglichen, aber auch aller unsinnigen Vorschläge für dringend notwendige Steuersenkungen.

Da wird empfohlen, eine Quellensteuer einzuführen, Essenszuschüsse zu besteuern, den Altersfreibetrag für Rentner abzuschaffen, die bereits genug zur Kasse gebeten wurden, den Freibetrag für Freiberufler nicht mehr zu gewähren, und vieles andere mehr. Die Möglichkeiten, wie man Milliarden DM einsparen kann, werden jedoch offenbar übersehen.

Kein Politiker oder gar Minister wagt es, die von der sozialliberalen Koalition verursachten krebsartigen Auswüchse der Vermehrung des öffentlichen Dienstes in den letzten zwölf Jahren zur Diskussion zu stellen und einen umfassenden Stellenabbau vorzuschlagen und schließlich in die Tat umzusetzen – so wie es Ronald Reagan und Frau Thatcher in den beiden letzten Jahren vorführten, indem in den USA und in England je 100 000 öffentlich Bedienstete freigestellt wurden.

Der öffentliche Dienst verbrauchte 1970 an Personal- und Sachausgaben *93 Milliarden DM; eine Steigerung* um 282 Prozent! Wenn man die Verwaltungshaushalte der öffentlichen Hand studiert, ist festzustellen, daß bereits bis 1986 zum Teil erheblich weiter steigende Personal- und Sachausgaben geplant werden. Aber nicht nur die Personal- und Sachausgaben werden mit erhöhten Ansätzen festgeschrieben, sondern auch die gewaltigen Schulden und deren Tilgung steigen immer weiter an. Offenbar handelt es sich beim öffentlichen Dienst um ein Naturgesetz, daß Personal- und Sachausgaben zwangsläufig jährliche Zuwachsraten haben müssen.

Die Bundesrepublik – flächenmäßig mit 252 000 qkm ein Zwergstaat und so groß wie der USA-Staat Wyoming – leistet sich den „föderativen Luxus" einer Verwaltung, die der einer Großmacht entspricht.

Im Juni d. J. besitzen wir einen amtierenden und zwei durchaus noch rüstige Bundespräsidenten außer Dienst mit vollen Bezügen. Das sind je Präsident einschließlich Nebenkosten über DM 600 000 DM jährlich.

Dann marschiert unser Bundeskanzler mit 16 Bundesministern auf, gefolgt von 11 Ministerpräsidenten und 96 Ministern der einzelnen Länder und Stadt-Staaten, alle hochverschuldet!

In 1000-Mann-Stärke und mehr folgen die höchsten Beamten unseres Zwergstaates wie Staatsminister, Staatssekretäre, parlamentarische Staatssekretäre auf Zeit, Botschafter (auch in Kleinstaaten), Präsidenten zahlreicher Bundes- und Länderämter, EG-Spitzenbeamte, Generale, Admirale, Ministerialdirektoren und Ministerialdirigenten beim Bund und in den Ländern.

Angesichts dieser drangvollen Massierung hoher Würdenträger ist es auch zu verständlich, wenn die nachgeordneten höheren und gehobenen Beamten im Rahmen der von den Politikern gestellten Aufgaben den Drang nach „Höherem" verspüren, um mit Aufgabenzuweisungen und Stellenvermehrungen für ihre Abteilungen höhere Dienstposten und damit höhere Besoldungsstufen zu erreichen. Der Krebsschaden begann „oben" durch die Politiker und muß auch „oben" konsequenterweise operiert werden. Davon ist aber nach der Wende keine Rede mehr.

Wie aber sieht denn nun die Struktur unserer Einkommensgruppen aus, Basis 1982, die Steuern für den getriebenen Aufwand erarbeiten müssen? Verheerend, wenn man folgende amtliche Zahlen mit Verständnis zu lesen bereit ist.

Der produktiven und steuerschaffenden Einkommensgruppe, also Angestellte, Arbeiter, Unternehmer, Handwerker, Landwirte und Selbständige von 20,9 Millionen Bürgern stehen 20,7 Millionen Bürger der nicht-steuerschaffenden und nicht im Güterprozeß stehenden Einkommensgruppe gegenüber. Diese Gruppe besteht aus 5 Millionen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes einschließlich Pensionären und 15,7 Millionen Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern.

Der Einwand, daß auch der öffentliche Dienst Steuern zahlen muß, ist dahingehend zu entkräften, daß diese Steuerleistungen – streng betriebswirtschaftlich gesehen – als Rückstellungen für spätere Pensionszahlungen zu betrachten sind. Leider werden die Pensionen des öffentlichen Dienstes durch das veraltete Prinzip des kameralistischen Rechnungswesens nicht zurückgestellt, sondern aus dem laufenden Steueraufkommen bestritten.

Als Fazit dieser Betrachtung ergibt sich nun, daß ein im Wirtschaftsprozeß stehender und steuerschaffender Bürger schon jetzt einen nicht steuerschaffenden Bürger finanzieren muß.

Hier liegen neben den Subventionen die großen Einsparmöglichkeiten, wobei davon ausgegangen werden kann, daß der öffentliche Dienst – Finanz- und Sicherheitsbehörden ausgenommen – um 30 Prozent überbesetzt ist. Mindestens 78 Milliarden DM lassen sich jährlich an Personal- und Sachkosten einsparen, wenn der öffentliche Dienst auf ein zahlenmäßig vertretbares Maß angesichts unseres flächenmäßigen Zwergstaates und unserer schrumpfenden Bevölkerung zurückgeführt würde.

Dieser Personalabbau braucht nicht durch einen Rundumschlag vollzogen zu werden, sondern durch planvolle Maßnahmen der Zusammenlegung von Aufgaben.

Die sich daraus ergebenden erheblichen finanziellen Einsparungen sollten für massive Steuerermäßigungen, für ökologisch sinnvolle Investitionen und für eine Verbesserung der Bedingungen der wirklich sozial-Schwachen verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Behrendt,
Bendestorf

Wort des Tages

„Um als Alter seinen Sinn zu erfüllen und seiner Aufgabe gerecht zu werden, muß man mit dem Alter und allem, was damit zusammenhängt, einverstanden sein. Man muß ja dazu sagen. Ohne dieses Ja, ohne die Hingabe an das, was die Natur von uns fordert, geht uns der Wert und der Sinn unserer Tage, wir mögen alt oder jung sein, verloren, und wir betrügen das Leben."

Hermann Hesse, dt. Autor (1877 – 1962)

Analphabeten

Leserbrief: „Die neuen Analphabeten"; WELT vom 7. April

Das ist die richtige Überschrift für den Leserbrief der Werbe-Agentur KG. K. Tangermann.

Wir sind nämlich die alten Analphabeten und denken nicht daran, uns zu bessern. Haben wir nicht die Schulreformen eingeführt oder geduldet, daß sie eingeführt wurden und bleiben bis zum heutigen Tage dabei, es fernerhin zu dulden, daß unseren begabten Kindern nur Analphatentum beigebracht wird?

Jetzt mäkeln wir an den Jugendlichen herum, ohne zu bedenken, daß wir verpflichtet sind, uns selbst total zu ändern, damit wir wenigstens künftig weder Analphabeten heranzüchten noch die bereits erzeugten mit Liebe von unseren eigenen Untaten zu befreien.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Feltz,
Hamburg

Offene Fragen

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

der offene Fragenkomplex um die Zukunft der Einwohner chinesischer Abstammung Hongkongs ist viel dramatischer, als der Bericht von Fritz Wirth aussagt. Die Kinder jener *Grundstücksbesitzer, die* vor 1949 nach Hongkong kamen, sind heute noch Bürger zweiter Klasse in ihrem Heimatland. Die Enkel der in den Jahren um 1949 noch Hongkong mit Vermögen desertierten chinesischen Bürger, die heute maximal 35 Jahre alt sind, erwarten eher noch geringere Wertschätzung als jene, die den bodenständigen Landbesitzern gezeigt wird. Sie könnten durch ihre Auswanderung in dritte Länder das Territorium (offiziell noch Kolonie) wirtschaftlich sehr angeschlagen hinterlassen. Das Pekinger Versprechen, das kapitalistische System für weitere 50 Jahre zu belassen, wäre ohne die aktive Mitarbeit und den Materialbesitz der betroffenen Jahrgänge jedoch eher eine politisch-finanzielle Belastung statt ein Gewinn.

Mit besten Grüßen
Rudolf Voll,
Kowloon, Hongkong

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Drei zweite Preise des Journalistenpreises „Entwicklungspolitik 1984" sind an die Fernsehjournalisten **Gernot Schley, Hannelore Gadatsch** und **Norbert Brieger** verliehen worden. Ein erster Preis wurde nicht verliehen. Der von Bundespräsident **Karl Carstens** und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gestiftete Preis wird am 15. Mai in Bonn von Karl Carstens überreicht.

*

Die Autorin **Christine Nöstlinger** soll in diesem Jahr den Hans-Christian-Andersen-Preis erhalten. Diese bedeutendste internationale Auszeichnung für einen Kinder- und Jugendbuchautor wurde der 1936 in Wien geborenen Künstlerin bei der Kinder- und Jugendbuchmesse in Bologna zugesprochen, wie der Beltz-Verlag in Weinheim, in dem einige Werke der Autorin erschienen sind, mitteilte.

*

Der mit 8000 DM höchst dotierte Jugendbuchpreis der Bundesrepublik Deutschland, der Buxtehuder Bulle, ist zum zweiten Mal der Schriftstellerin **Gudrun Pausewang** verliehen worden. Sie bekam ihn für ihr neues Buch „Die letzten Kinder von Schewenborn". Pausewang wurde 1928 in Böhmen geboren und ist Lehrerin in der Nähe von Fulda.

ERNENNUNG

Dr. **Wilhelm Schürmann** wird neuer deutscher Botschafter in Mauretanien. Der Jurist, 1934 in Hameln geboren, der an den Universitäten Münster, München, Straßburg, Madrid und New York studierte, gehört seit 1964 dem Auswärtigen Amt an. Er war in Stockholm und Rabat tätig und wurde 1977 Ständiger Vertreter des Botschafters in Amman. Schürmann ist seit 1980 stellvertretender Referatsleiter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

VERÄNDERUNG

Der Albrecht Knaus Verlag in Hamburg verlegt seinen Sitz nach München. Zwei Gründe haben den Verleger Dr. **Albrecht Knaus**, der den Verlag 1978 gründete, zu diesem Schritt veranlaßt. Erstens besteht eine enge Zusammenarbeit seines Verlages mit dem Münchener Bertelsmann Verlag, die ihn zwang, häufig nach München zu fahren und zweitens ist München die Heimatstadt des jetzt 70jährigen Verlegers. Nach 20 Hamburg-Jahren möchte er nun dorthin zurückkehren. Der Verlag wird natürlich weiterhin die 72 Autoren, die bei A. Knaus publizieren, gut betreuen. In diesem Sinne sprachen sich auch der zur Verabschiedung erschienene befreundete **Siegfried Lenz** sowie die beim Verlag beschäftigten **Fritz J. Raddatz** und **Walter Kempowski** aus.

THEATER

Die Volksschauspielerin und Theaterchefin des „Volkstheater Frankfurt", **Liesl Christ**, feiert am Montag ihren 65. Geburtstag. Das „Volkstheater Frankfurt" spielt seit 1971 und hat heute seine Bühne neben dem Goethe-Haus im Großen Hirschgraben. 65 Inszenierungen hat das Theater bisher herausgebracht, und mehr als eine Million Zuschauer vergnügten sich bei „volksbezogenen" Stücken der Weltliteratur ebenso wie bei Werken junger Autoren, die Liesel Christ ausschließlich in hessischer Mundart vorstellt. Mit 14 Fernsehaufzeichnungen wurde die Bühne auch bundesweit bekannt.

*

Der mitteldeutsche Autor **Rolf Schneider**, der viele Jahre dramaturgischer Mitarbeiter der Städtischen Bühnen Mainz war, hat mit einem Stück über die Beziehung der Brüder **Heinrich** und **Thomas Mann** einen beachtenswerten Erfolg verzeichnet. Die Uraufführung mit dem Titel „Mein Bruder" fand in dieser Woche im Gutenberg-Museum in Mainz statt, dessen Saal als Spielstätte benutzt wurde.

VERANSTALTUNGEN

Viele Dokumente zur amerikanischen Außenpolitik beleben nach den Worten von **Berndt von Staden** eindeutig die Konstanz, die eine amerikanische Politik besitzt. „Und zu dieser Konstanz gehört das überseeische Engagement der USA nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Und an dem hält Amerika fest." Der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, auch heute Koordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen, präsentierte in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn ein in 13 000 Exemplaren erscheinendes Buch im Verlag Leske und Budrich. Titel: „Weltpolitik der USA nach 1945". Zwei US-Spezialisten, **Ernst Otto Czempiel**, Professor für Auswärtige und Internationale Politik an der Universität Frankfurt am Main und **Carl-Christoph Schweitzer**, Professor für Politikwissenschaft in Bonn, versuchten eine zeitwissenschaftliche Lücke zu schließen, als sie jetzt Originalquellen über die Außenpolitik zugänglich machten. Die Autoren beginnen bei der Ära **Truman** und enden bei **Reagans** Friedensplan für den Nahen Osten. Naturgemäß stehen Dokumente im Vordergrund, die das Verhältnis der USA zur Sowjetunion beschreiben.

*

Rund 70 Autoren aus den vier Ländern am Rhein werden sich im Juni zu einer poetischen Dampferfahrt von Basel bis Rotterdam versammeln. Das „Narrenschiff", das zwischen dem 8. und 12. Juni auch in Straßburg, Mainz und Rolandseck anlegt, ist eine Schöpfung der beim rheinland-pfälzischen Kultusministerium angesiedelten Kulturstiftung Bahnhof Rolandseck. Die Reise auf dem Rhein soll nach dem Willen der Veranstalter den Schriftstellern aus der Schweiz, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Holland Anregungen und Möglichkeiten bieten, „über den Rhein, seine Landschaften, die angrenzenden Länder und über Vergangenheit und europäische Gegenwart nachzudenken". Die literarischen Ergebnisse der poetischen Rheinreise werden anschließend in der Öffentlichkeit vorgestellt. Außerdem sind ein Buch mit neuen „Rhein-Märchen" und ein dokumentarischer Bildband geplant.

Der Komponist und Schlagertexter **Fritz Rotter** ist in seinem Haus in Ascona im Tessin im Alter von 83 Jahren verstorben. Der gebürtige Wiener komponierte und textete rund 1200 Titel, darunter „Ich küsse ihre Hand, Madame", „Wenn der weiße Flieder wieder blüht", „Ich hab mich so an dich gewöhnt" und „Laß die Welt darüber reden". Anläßlich seines 80. Geburtstages hatte Rotter 1981 den Schlager „Ich küsse ihre Hand, Madame" aus dem Jahre 1928 als seinen größten Erfolg bezeichnet. „**Richard Tauber** hat viel dazu beigetragen", meinte er in Erinnerung an den berühmten Sänger und Interpreten dieses Liedes. Der Komponist lebte seit 23 Jahren in Ascona, wo er auch seine letzte Ruhe finden wird.



Ein „road movie" besonderer Art: Der südkoreanische Film „Mandala – Die blinden Augen des Herzens"

Die ständige Flucht vor Gewissenskonflikten

Bei einer Polizeikontrolle lernt der buddhistische Wandermönch Pobun einen ebenfalls als Mönch gekleideten jungen Mann namens Sissan kennen. Pobun bürgt für Sissan, und beide gehen ein Stück Weges zusammen. Dabei spürt Pobun in den Reden seines Begleiters Skeptizismus und tiefe Verzweiflung. Als Sissan in

Mandala – ZDF, 22.50 Uhr

einer Kneipe einkehrt, zieht Pobun allein weiter.

Wenige Tage später treffen sich die beiden Männer in einem Tempel wieder. Ihr Kontakt wird enger, und schließlich erzählt Sissan, warum er aus dem Mönchstum entlassen wurde. Vor vielen Jahren, damals war erselbst ein eifernder Mönche, wurde Sissan von dem Mädchen Ok Sun verführt. Als deren Freundin Hi Suk nach einer Vergewaltigung Selbstmord beging, fiel der Verdacht auf Sissan. Obwohl er seine Unschuld beweisen konnte, mußte er den Tempel verlassen.

Pobun begleitet Sissan nach Seoul, wo Ok Sun mittlerweile als Prostituierte lebt. Er ist von dem Gedanken besessen, dem anderen, der mittlerweile sein Freund geworden ist, zu helfen. Doch nach einem schockierenden nächtlichen Erlebnis in dem Vergnügungsviertel verläßt Pobun fluchtartig die Stadt und setzt seine Wanderschaft allein fort. Noch einmal kreuzen sich die Wege der beiden Freunde. Einige Tage verbringen sie gemeinsam in einer Klause. Als Pobun am nächsten Tag allein weiterziehen will, findet er Sissan erfroren neben einer Pagode im Schnee.



Das Ende einer Freundschaft: Pobun (An Songgi) findet seinen Freund Chisan (Chon Musong) erfroren im Schnee. FOTO: TELEBUNK

Ein fremdes Land, fremde Traditionen und eine fremde Geisteswelt werden hier eindringlich nahegebracht. Der Film sagt viel über die Glaubenswelt des Buddhismus, vermittelt jedoch auch die Erkenntnis, wie sehr sich die moralisch-ethischen Grundpositionen der Weltreligionen ähneln. In der fremdartig-exotischen Welt, die hier gezeigt wird, stößt man immer wieder auf vertraute Probleme und Überzeugungen. Die Gewissenskonflikte Sissans erscheinen ganz nah, und sein Schicksal erinnert nicht von ungefähr an das des Schnapspriesters in Graham Greenes Roman „Die Kraft und die Herrlichkeit".

Ein „road movie" ganz besonderer Art ist hier entstanden, in dem die Wanderschaft der beiden Mönche gleichermaßen realistisches Geschehen und Symbol ist. „Mandala" gehört zu den wenigen südkoreanischen Filmen, die im Ausland Beachtung fanden. Auch im Inland war der Film erfolgreich. Bei der Verteilung der Grand-Bell-Preise, die mit finanziellen Zuwendungen die Produktion anspruchsvoller Filme fördern sollen, wurde er gleich sechsmal bedacht: unter anderem für die beste Regie, die beste Adaption einer literarischen Vorlage, den besten Schnitt.

Der erste Spielfilm wurde in Korea erst im Jahr 1919 produziert, doch dann entwickelte sich bald eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Filmproduktion. Der Überfall der Japaner stoppte diese Entwicklung in den dreißiger Jahren; und hoffnungsvolle Ansätze nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden durch den Koreakrieg unterbrochen. Erst Mitte der fünfziger Jahre konnte wieder in größerem Umfang produziert werden.

Strenge Zensurbestimmungen verhinderten lange Zeit die Entstehung anspruchsvoller Filme. Gedreht wurden vor allem sentimentale Melodramen und historische Spektakelstükke. Erst in den letzten Jahren erleichterte eine Lockerung dieser Bestimmungen den Filmschaffenden die Behandlung zeitgenössischer Themen und Konflikte. DW

KRITIK

Zucker für den Unterhaltungsaffen

Dieter Wedel ist der Mann der präzisen Leichtigkeit, er ist einer der seltenen TV-Menschen, der das Leben mit all seinen Knackstellen mittels böser Recherche einfängt, aber dann so durch die Mühle der Regie dreht, daß die angediente Information sich als flügelschlagendes Lachen entpuppt.

So war es mit seiner Versicherungsstory, bei der wir uns so herrlich bestätigt fühlten, bis unsere eigene Lust zur kleinen Gaunerei ans Licht des Studios kam: Was blieb uns außer dem einverständlichen Lachen! Er hat in den Urlaub geschickt, wie man andere Leute in den April schickt, kurz, der kritischen Komödien gab's genug von diesem fixen Jungen. Und so stellte man sich auch diesmal auf eine mit massivem Lachen zugedeckte Slapstickgeschichte ein von dem **Mann, der keine Autos mochte** (ZDF), obwohl er von Beruf Autoversicherer war. Und das ging denn auch so ungefähr los: Der Junge hatte über Automobilunfallschäden zu befinden, hatte aber selber keinen Führerschein. Als er ihn machte, ging das nicht ohne Schwierigkeiten und nicht ohne kleine Seitenhiebe des Autors gegen die Branche ab. Das Thema schien getroffen zu sein, wenn es dem Wedel nicht noch eingefallen wäre, dem Unterhaltsungsaffen im Mainzer Lianendschungel Zucker zu geben.

So geriet denn die kritische Spielerei von dem „grünen Holz" der Versicherungsbeamten, die alles andere als Vorbilder des Kraftfahrzeugwesens sind, ins Bett. In demselben wälzten sich denn auch auf eine – gewiß vergnügliche – Weise mehrere Damen von ansehnlicher Anatomie. Nur, wieso hat der Mann keine Autos gemocht, fragte man sich angesichts der völlig anderen Verkehrsformen auf dem Schirm?

Irgend etwas fehlte. Gewiß, der Ralf Schermuly war ein saftiges Stück Trottelhaftigkeit, saftig, aber auch differenziert, das wäre ihm zu bescheinigen. Wahrscheinlich lag es an der Struktur der Geschichte, die zerfaserte und nicht einmal einen Schluß hatte. Sie endete einfach nur so. Da half es auch nicht, daß der Autor und Regisseur persönlich auf dem Schirm erschien.

VALENTIN POLCUCH



Vom 8. bis 11. Oktober findet in St. Tropez das erste **Internationale Videoclip-Festival** statt. Das Festival wird von privaten französischen Unternehmern in Zusammenarbeit mit der staatlichen Fernsehgesellschaft TF 1 veranstaltet. Die 400 besten Videoclips der Welt sollen auf Straßen, in Lokalen und Hotels von St. Tropez zu sehen sein. Eine Jury aus 25 Mitgliedern wird Preise für die besten Streifen verleihen. Weiter soll über die im Fernsehen und in der Plattenindustrie umstrittene Frage diskutiert werden, wer Videoclips künftig zeigen darf und wer die Rechte der Weiterverwertung erhält. Videoclips haben vor allem im vergangenen Jahr die Popmusiksendungen im Fernsehen erobert. AP







III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Der Mann, der keine Autos mochte
Letzter Teil: Natur pur
10.50 Erkennen Sie die Melodie?
11.35 Glaubens-Information: Hoffnung
12.05 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 10° östlicher Länge
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
17.20 Besuch bei den Besuchern
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Glücksritter
Die Abenteuer des R. Curwich
Letzter Teil der Fernsehserie von Heins Oskar Wuttig
Mit Christian Kohlund, Claudia Rieschel, Hartmut Becker u. a.
21.15 Prager Notizen
Berichte aus der Tschechoslowakei
Die Neruda-Gasse in der Altstadt / Bohumil Hrabal – ein Porträt des Schriftstellers, der im März 70 Jahre alt wurde / Eine universelle Musikerbegabung – Jiri Stiven
Von Dieter Möller
21.45 New York, New York
Sendung von Werner Becker
22.30 Tagesthemen
23.00 Traumland
Amerikanischer Spielfilm (1982)
Mit Joanne Crayton, Henry Butler, Harold Dejan und der Olympia Brass Band
Der Film erzählt die Geschichte einer Gospelsängerin, die sich gegen den Willen ihrer Mutter für eine Karriere als Blues-, Jazz- und Rocksängerin interessiert. Der Film läuft als deutsche Erstaufführung in der Originalfassung mit Untertiteln.
Regie: Oz Scott
0.20 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
3. Teil: Du sprechen türkisch?
Von Heiner Schmidt
16.18 Elternsache: Grundschule
3. Teil: So macht Lesen Spaß
Moderation: Klaus Meynersen
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassies Abenteuer
Das ist mein alter Barney
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Pierre Minot, Ochi Brown
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Eine Affenkarriere
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Schwarzwald – ade?
Ein Kurort zwischen kranken Bäumen
Film von Hartmut Schoen
20.15 Ladykillers
Englischer Spielfilm (1955)
Mit Alec Guinness, Cecil Parker, Peter Sellers, Katie Johnson u. a.
Regie: Alexander Mackenfrick
21.45 heute-journal
22.05 Mit dem Traume gemalt
Der Traum in der Malerei
Der Film will Traumerlebnisse und Traumsymbolik in der Malerei und Grafik der letzten fünfhundert Jahre anschaulich machen. Im Mittelpunkt stehen Bildwerke großer Meister: von Hieronymus Bosch über Goya und Henri Rousseau bis zu Kubin, Magritte und Dali.
22.50 Mandala – Die blinden Augen des Herzens
Südkoreanischer Spielfilm (1981)
Regie: Yim Gwont'aek
0.30 heute



Noch ahnt Mrs. Wimmerforce (Katie Johnson) nicht, was der freundliche Professor Markus (Alec Guinness) und seine Freunde im Schilde führen. (Ladykillers – ZDF, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich ...
Ralph Siegel
21.45 Von der Arbeiterzwingburg zur Volksbildungsanstalt
Film von Dirk Gerhard
22.15 Das Kind Helen Keller
Amerikanischer Fernsehfilm
Von Paul Aaron
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.50 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Seefahrt ist not
Menschen, die ein Passagierschiff fahren
20.00 Tagesschau
20.15 Die eigene Geschichte: Frank – Alptraum eines Vietnam-Veteranen
21.00 Das Montagsthema: Tarifschlacht vor Ort
22.00 Das Geheimnis der fünf Gräber
Amerikanischer Spielfilm (1956)
23.20 Nachrichten

HESSEN

18.30 Bei Papotin, dem Kochkünstler
19.00 Aus der Jugendredaktion
1. Elf
2. Super 8 ab acht
20.00 Trends
Wirtschaft und Soziales
20.45 Die Sprechstunde
Krebs – und trotzdem will ich leben
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
22.35 Focus on Jazz
Ellingtonia

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Maestro Hoss
20.20 Menschen unter uns
Kein Leben ist perfekt
21.50 Mad Movies
Clowns und Requisiten
22.20 Denny Zeitlin: Piano-Solo
Jazz Fest Berlin 1963

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
An der Grenze zu keinem anderen Land
22.05 Wege zum Menschen
„Urbilder der Seele"
22.50 Captain Paris
Ein ehrenwerter Mann
Regie: Jackie Cooper
23.35 Rundschau

Themen der WELT

am Samstag, dem 21. April 1984

Osterspaziergang mit Hermann Lenz
Ein Mann geht den mit Schlehenhecken und Obstbäumen gesäumten Weg am Stadtrand entlang. Dort trifft er zufällig auf einen Schulfreund: Nach 53 Jahren laufen so zwei grundverschiedene Lebenswege wieder zusammen. Hermann Lenz: Ein Osterspaziergang. (GEISTIGE WELT)

Das schöne Herz des Ruhrgebiets
Das Land zwischen Ruhr und Lippe ist reich an Geschichte. Und wo der Besucher nach deutschem Gemeinwissen Ruß und Qualm vermutet, da findet er gegliederte Täler und Buchenwälder. Hermann Renner beschreibt die Provinz am Hellweg, der alten Heerstraße Karls des Großen, mit Dortmund als Mittelpunkt. (GEISTIGE WELT)

Der sowjetische „Denver-Clan"
Serge Iourienen war das jüngste Mitglied des sowjetischen Schriftstellerverbandes, bevor er nach Paris emigrierte. Er gehörte zu den Privilegierten, die im sozialistischen Staat nach „dekadentem westlichen Muster" ihr Leben führen können. Über seine Erfahrungen im russischen „Denver-Clan" berichtet er in dem Buch „Freischütz", das Bernd Nielsen-Stokkeby bespricht. (WELT DES BUCHES)

Auto-Träume zum Mieten
Wer möchte nicht wenigstens für einen Tag jenen Wagen lenken, der Marlene Dietrich schon in den 30er Jahren begeisterte? Ein Autoverleiher in Los Angeles erfüllt seinen Kunden jetzt diesen und viele andere Auto-Wunschträume. (AUTO WELT)

„DDR"-Kampagne gegen Ausreise verschärft

„Raketenstationierung führt zu Ausreisewelle aus der BRD"

DW. Berlin

Die staatlich gelenkten Medien der „DDR" haben ihre publizistische Kampagne gegen die Ausreisewelle von Mitteldeutschen in die Bundesrepublik Deutschland um eine weitere Variante bereichert. Bislang wurde in zahlreichen Artikeln über Umsiedler berichtet, die über ihre Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland enttäuscht sind und ihren Schritt in den Westen bedauern. Gleichzeitig wurden Ausreisewillige gewarnt, daß eine Rückkehr in die „DDR" nicht mehr möglich sei. Am Wochenende wurde in allen „DDR"-Blättern ein Bericht der Nachrichtenagentur ADN aus Bonn abgedruckt, in dem es heißt, daß immer mehr Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland ausreisen würden. Als Grund wird die Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik genannt.

In dem Artikel unter der Überschrift „60 000 wandern jährlich aus der Bundesrepublik aus" wird auf das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland Bezug genommen, wonach jährlich 53 000 bis 60 000 Deutsche die Bundesrepublik verlassen. Danach werden „BRD-Experten" unter anderem mit der Aussage zitiert, „es falle auf, daß die Zahl der Auswanderer gerade zu dem Zeitpunkt gestiegen sei, an dem die Stationierung neuer USA-Raketen schon absehbar war", die Bundesrepublik sei nun eine „Gefahrenzone" geworden, heißt es. Eine Bremer Beratungsstelle nennt nach dem ADN-Bericht als Hauptmotiv für die Ausreisewünsche den „Hang zur militärischen Stärke" des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Dies habe dazu geführt, daß sich viele „Bundesbürger vor der Zuspitzung der internationalen Situation aus der Gefahrenzone in Westeuropa entfernen wollen". Als einziges Ausreiseziel wird namentlich Australien genannt, dessen Bonner Botschafter die Ausreisewünsche als „lawinenartig" charakterisiert habe.

Nicht erwähnt wird in dem ADN-Bericht, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor ein attraktives Auswanderungsland für die Deutschen aus der Bundesrepublik sind. Vollkommen unterschlagen wird auch die Tatsache, daß nach wie vor viele Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland einwandern wollen.

Sperrzone verletzt

● Fortsetzung von Seite 1

Abschusses im sowjetischen Luftraum am 1. September vergangenen Jahres wurde von den Sowjets kontrovers behandelt. So wurden die Vorwürfe der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) erst kürzlich zurückgewiesen (die WELT v. 11. 4. 1984). In der Erklärung des zuständigen Moskauer Luftfahrtausschusses heißt es, der ICAO-Bericht enthalte keinerlei Beweise und entbehre jeglicher Grundlage. Er könne daher nicht als „legal" angesehen werden. Die angebliche Untersuchung sei der ICAO „von den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern" mit dem Ziel aufgezwungen worden, die in der Sowjetunion selbst angestellten Untersuchungen nachteilig zu beeinflussen.

Die sowjetische Erklärung unterstellt ferner, die Internationale Zivilluftfahrtbehörde habe nach dem Abschuß der Boeing 747 lediglich das Ziel verfolgt, die öffentliche Aufmerksamkeit von der „unumstößlichen Tatsache" abzulenken, daß die südkoreanische Maschine nach Anweisung des amerikanischen Geheimdienstes eine Spionagemission im sowjetischen Gebiet unternommen habe.

Nach dem Abschuß des Passagierflugzeuges hatten sowjetische Stellen mit erheblicher Verspätung lediglich das Eindringen eines unbekannten Flugzeugs in den sowjetischen Luftraum gemeldet. Zehn Tage später versuchte der Kreml den Tod der 269 Flugzeuginsassen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und ließ Generalstabschef Orgakow sowie den Piloten des Abfangjägers im Fernsehen auftreten. Westliche Diplomaten erfuhren vor kurzem, der Pilot sei mit der höchsten Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet und zum „Helden der Sowjetunion" ernannt worden.

DGB droht mit Streiks aus Solidarität

■ Fortsetzung von Seite 1

Halsstarrigkeit" aufgeben. Die Bereitschaft der IG Metall zu Kampfmaßnahmen für den Fall, daß die Arbeitgeber auch beim zweiten Spitzengespräch am Dienstag keine Bereitschaft zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeigen sollten, betonte das IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen auf dem Kongreß der Jungsozialisten in Bonn. Für die Gewerkschaft bleibe es das Ziel, die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Notfalls über einen Arbeitskampf.

Die Tarifauseinandersetzungen vor allem um die 35-Stunden-Woche bleiben allerdings offensichtlich im Deutschen Gewerkschaftsbund nicht unumstritten. So erklärte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr im Westdeutschen Rundfunk, er halte eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung über die Frage der 35-Stunden-Woche für ausgeschlossen. Bei der Durchsetzung dieses Ziels werde von den Arbeitnehmern verlangt, auf einen Teil ihres Arbeitseinsatzes zu verzichten, um die Arbeit *wieder gleichmäßiger zu* verteilen. Dieser „schwere Gang" werde nicht nur in diesem Jahr die Gewerkschaftsarbeit beeinträchtigen.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) appellierte angesichts der zugespitzten Situation eindringlich an die Tarifparteien, Vernunft zu bewahren. Man müsse den Gewerkschaften helfen, aus der Sackgasse, in die sie sich hineinmanövriert hätten, wieder herauszukommen. Der Minister sagte: „Es darf bei diesen Verhandlungen keine Sieger und keine Verlierer geben." Die derzeitige Wochenarbeitszeit sei für ihn „durchaus kein heiliges Gesetz".

Die Tarifauseinandersetzungen setzten sich inzwischen auch in weiteren Bereichen fort. Warnstreiks im Bankgewerbe hat das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Lorenz Schwegler, für morgen angekündigt. Damit solle der Bundesverband des Bankgewerbes wieder an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Zugleich sind die Tarifverhandlungen für die rund 90 000 Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Güterverkehrsgewerbes in Bochum ergebnislos abgebrochen worden.

Ziel ist eine Systemveränderung

Tarifstreit vor entscheidender Phase / IG Druck ohne erkennbare Verhandlungsbereitschaft

HEINZ HECK, Bonn

Die Tarifverhandlungen in der Druck- und Metallindustrie gehen in dieser Woche voraussichtlich in ihre entscheidende Phase. Beide Gewerkschaften – die größte und eine der nach Mitgliederzahl kleinsten – verstehen sich als Vorkämpfer für die 35-Stunden-Woche. Beide gehen allerdings von ganz unterschiedlichen strategischen Positionen aus.

Die IG Metall braucht für einen Streit „echte" 75 Prozent ihrer Mitglieder bei der Urabstimmung. Die IG Druck hingegen hat sich durch eine Satzungsänderung im vergangenen Jahr diesem lästigen Härtetest entzogen. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Im Gegensatz zur früheren allgemeinen Urabstimmung in den großen Tarifbezirken oder sogar im Bundesgebiet gibt es heute regionale, lokale und rein betriebs-, ja sogar abteilungsbezogene Urabstimmungen. Wenn zum Beispiel in einem Betrieb, der 100 technische Mitarbeiter hat, von denen 80 gewerkschaftlich organisiert sind, 60 zur Abstimmung gehen und sich 48 für den Streik aussprechen, könnte die IG Druck eine 80prozentige Zustimmung zum Streik verbuchen. Dabei handelt es sich nur um einen einzigen Betrieb und eine nicht einmal 50prozentige Zustimmung. So werden aus Minderheiten Mehrheiten, die den Bundesverband Druck veranlaßt haben, von einer „Schein-Urabstimmung" zu sprechen.

Die IG Metall hat für Dienstag in ein neues Spitzengespräch eingewilligt. Nicht zuletzt aufgrund von Meinungsumfragen weiß ihre Führung, daß sich die Begeisterung für die 35-Stunden-Woche bei ihren Mitgliedern in Grenzen hält und ihr daher die 75 Prozent keineswegs sicher sind. Das zwingt zu größerer Verhandlungsbereitschaft, die man bei der IG Druck vergeblich sucht. Sollte es allerdings in den Verhandlungen der nächsten Tage zu einem Einlenken der IG Metall kommen, so hätte dies sicher auch Rückwirkungen auf die Verhandlungsführung bei der IG Druck und Papier.

Deren Forderungen gehen weit über die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche hinaus und zielen auf Systemveränderung. Die Gewerkschaft will verhindern, daß die Arbeitgeber auf massive Steigerung der Lohnkosten (der Bundesverband Druck sieht als Folge der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und der ebenfalls geforderten neuen Lohnstruktur eine Erhöhung der Lohnkosten von über 40 Prozent) mit Rationalisierung antworten und fordert daher Investitionskontrolle und Rationalisierungsschutz.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze fordert sie unter anderem Mitbestimmung bei Kündigung und Weiterbeschäftigung, bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsinhalte sowie beim Einsatz von Maschinen und Anlagen und schließlich „das Recht auf Ablehnung neuer Technologien, sofern die Auswirkungen auf den Besitzstand und die sozialen Folgen nicht gelöst sind".

Aus der Sicht der Arbeitgeber bedeutete die Annahme dieser Forderungen, daß die Unternehmensleitung in Zukunft nicht mehr allein entscheiden könnte, wieviele Arbeitnehmer im Betrieb zu beschäftigen sind. Der Arbeitgeber hätte sich vielmehr an mitbestimmungspflichtige Stellenpläne zu halten. Auf die wirtschaftliche Effizienz käme es – wie beim sprichwörtlichen Heizer auf der E-Lok – nicht mehr an.

Ferner könnten Kündigungen grundsätzlich nur dann wirksam werden, wenn der Betriebsrat keinen Widerspruch erhebt. Da damit in der *Praxis immer zu rechnen ist, müßten* gekündigte Mitarbeiter wenigstens so lange weiterbeschäftigt werden, bis das Verfahren – erfahrungsgemäß in mehreren Jahren – durch alle Instanzen gegangen ist.

Die Zustimmng des Betriebsrats wäre auch erforderlich, wenn ein Unternehmen neue Techniken einführen und damit seine Wettbewerbsfähigkeit wahren oder verbessern will. Der Bundesverband Druck befürchtet, daß der betriebliche Alltag durch eine permanente Kontrolle des – im Zweifel gewerkschaftlich gesteuerten – Betriebsrats gelähmt würde. Der Verhandlungsführer für den Bundesverband, Manfred Beltz Rübelmann, sieht hinter diesen Forderungen „das Verlangen nach Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft zugunsten einer vollmitbestimmten, von Betriebsräten und Gewerkschaft gesteuerten Wirtschaft: Das ist die angestrebte Systemveränderung". Als Konsequenz für die Betriebe sieht er „Unbeweglichkeit, Lähmung, Stillstand" und knüpft daran die Frage, ob die von der Gewerkschaft beabsichtigte weitgehende Übertragung der Unternehmerfunktion auf ein Kollektiv von Arbeitnehmern überhaupt rechtmäßig sei. Auf jeden Fall gingen die Forderungen weit über den vom Betriebsverfassungsgesetz gesteckten Rahmen hinaus.

Ob die IG Metall die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit akzeptieren wird, ist nach den Äußerungen der Gewerkschaftsspitze höchst zweifelhaft. Immerhin haben die Arbeitgeber in den bisherigen Verhandlungen ein Angebot gemacht, mit dem der Gewerkschaft das Nachgeben in ihrer zentralen Frage schmackhaft gemacht werden soll. Dazu gehören neben der 3,3prozentigen Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter die Einführung *einer* tarifvertraglichen Vorruhestandsregelung sowie der Abschluß eines Tarifvertrags über mehr Flexibilität in der Arbeitszeit, verbunden mit mehr bezahlter Freizeit für Arbeit außerhalb der allgemeinen betriebsüblichen Zeiten.

Bei der Ausgestaltung des Vorruhestands sehen die Arbeitgeber eine Untergrenze der Betriebszugehörigkeitsdauer von mindestens fünf Jahren als sinnvoll an. Sie wollen damit verhindern, daß sich während der bis 1988 befristeten Maßnahme die Einstellungschancen älterer Arbeitnehmer weiter verschlechtern. Bei 20 Jahren Betriebszugehörigkeit sollen Arbeitnehmern ab 58 Jahren rund 75 Prozent des letzten Nettoeinkommens bezahlt werden (etwa 80 Prozent aller in Betracht kommenden Arbeitnehmer der Metallindustrie sind wenigstens 20 Jahre im gleichen Unternehmen tätig).

Die Arbeitgeber sind dagegen auch nicht zu einem etappenweisen Einschwenken in die 35-Stunden-Woche bereit. Sie bezweifeln den von der Gewerkschaft behaupteten Beschäftigungseffekt und verweisen auf die regional und lokal „sehr unterschiedliche" Arbeitmarktsituation. Eine starre einheitliche Arbeitszeit sei daher „unvertretbar".

Gesamtmetall erinnert schließlich daran, daß es ab 1988 aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu einem Rückgang der Erwerbspersonen komme. Durchaus denkbar, daß dann auch geprüft werden müsse, ob verkürzte Arbeitszeiten wieder rückgängig zu machen sind. „Dies erscheint bei einer generellen Verkürzung der Wochenarbeitszeit kaum vorstellbar."

Steuerreform weiter in der Diskussion

DW. Bonn

Die unterschiedlichen Standpunkte der Bonner Koalitonsparteien CDU, CSU und FDP über die Steuerreform sind erneut deutlich geworden. CSU-Chef Franz Josef Strauß und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn, Theo Waigel, wiesen erneut auf Gemeinsamkeiten in den Vorstellungen ihrer Partei und denen der FDP hin. Strauß betonte, er sei mit Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) – anders als Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) – der Meinung, daß der erste Teil der Steuerreform 1986 in Kraft treten sollte. Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) forderte dagegen, die Korrektur des Steuertarifs bis 1988 zurückzustellen.

Die Steuer- und Finanzpolitik ist am 3. Mai erneut Thema eines Gesprächs zwischen den drei Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Bayerns Ministerpräsident Strauß und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), sowie den zuständigen Ministern mit den Haushaltsexperten der Koalition. Lambsdorff hatte in einem Interview des Kölner „Express" erneut seine Ansicht unterstrichen, daß die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zum 1. Januar 1986 wirksam werden müsse. Zumindest sollte bis zu diesem Zeitpunkt ein großer Schritt getan werden. Ob zur Finanzierung der geplanten Steuersenkung die Verbrauchssteuern erhöht werden müßten, sei erst endgültig zu beantworten, wenn klar werde, „wieweit wir Ende 1985 mit der Konsolidierung des Haushalts gekommen sind".

Strauß hatte in einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" auch darauf hingewiesen, daß er zusammen mit Lambsdorff „gegen die Erhöhung anderer Steuern als Ausgleich für entfallende Steuereinnahmen" sei. Andererseits messe die CSU dem Familienlastenausgleich offensichtlich größere Bedeutung bei als die FDP. Offenbar mit Blick auf die Überlegungen zur Steuerreform hatte CSU-Landesgruppenchef Waigel am Sonntag im Hessischen Rundfunk erklärt, es gebe manche Punkte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wo die CSU mit der FDP in der einen oder anderen Frage mehr übereinstimme als mit der Schwesterpartei CDU.

Auf dem Rückzug

hdt – Als Alternative zum Markenartikel sind sie seinerzeit angetreten, die sogenannten No Names. Den etablierten Produkten in den Regalen des Einzelhandels wollten sie mit ihren aggressiven Preisen Paroli bieten, aber das ist ihnen offensichtlich nicht so recht gelungen, wenn man von wenigen Ausnahmen wie Waschmittel und Hygienepapier absieht. Einiges deutet sogar darauf hin, daß die Nachfrage nach diesen sogenannten Weißen eher zurückgeht. So zeigen die jetzt bekanntgegebenen Ergebnisse einer Umfrage, daß der Anteil der Namenlosen am durchschnittlichen Wert des Einkaufskorbs der deutschen Hausfrau im zweiten Halbjahr 1983 nur noch bei 2,9 Prozent lag. Im Vorjahr waren es noch 3,2 Prozent.

Die Bäume wachsen also auch hier nicht in den Himmel, und das hat seine Gründe. Einer davon ist sicher die Erkenntnis des Handels, daß diese Artikel kaum zu seiner sowieso schon mageren Rendite beitragen. Das aber kann er sich allenfalls mit ganz bestimmten Markenartikeln leisten, etwa, um Aktionen zu fahren, die zusätzliche Kunden in den Markt bringen.

Auch etwas anderes ist den Weißen nicht gelungen: Der Kampf gegen die Preispolitik des erfolgreichsten deutschen Discounters. Der hat nämlich weder bei seiner Vertriebspolitik noch bei seinen Marktanteilen Abstriche machen müssen. So ist es also kein Wunder, daß es um die No Names, einst mit soviel Vorschußlorbeeren begrüßt, ruhiger geworden ist. Sie sind heute auf dem besten Weg, zu reinen Handelsmarken zu werden.

Hoffnungen

stw – Arbeitslose und Rehabilitanten werden von den Arbeitsämtern zu Zahntechnikern umgeschult, obwohl danach kaum Aussicht auf eine Beschäftigung besteht. Dies hat jetzt die Interessengemeinschaft zahntechnischer Laboratorien (IZL) in einem Brief an den Stingl-Nachfolger Heinrich Franke beklagt. Die Verbandsvertreter können auf Stellungnahmen aus Frankes Behörde verweisen, die von einem unterdurchschnittlichen Ersatzbedarf und absehbaren Sättigungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt für Zahntechniker sprechen. Doch wenn langfristige Verträge zwischen Arbeitsämtern und Berufsförderungswerken nun einmal Programme für Zahntechniker vorsehen, ist es allemal bequemer, sie auch zu erfüllen. Dabei geht es keineswegs nur um die Verschwendung öffentlicher Gelder, sondern vor allem um die Hoffnugen, die arbeitslose Teilnehmer guten Glaubens an eine Umschulung knüpfen. Sie nicht zu enttäuschen, das sollte für alle Beteiligten das vorrangige Ziel sein. Und nicht ein bequemer, möglichst reibungsloser Verwaltungsablauf.

TARIFREFORM / Experten im Wirtschaftsministerium gegen Stoltenberg-Pläne

Eine Erdgassteuer zur Finanzierung der Einnahmeausfälle wird abgelehnt

HEINZ HECK, Bonn

Mit Nachdruck lehnen die Energieexperten im Wirtschaftsministerium die Einführung einer Erdgassteuer ab. Finanzminister Stoltenberg hatte neben einer Erdgassteuer eine höhere Besteuerung von Benzin, Diesel- und Heizöl ab 1988 zur Teilfinanzierung der Einnahmeausfälle aus der Steuerreform vorgeschlagen. Drei Pfennig je Kubikmeter Erdgas würden zu jährlichen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Mark führen.

Bereits heute wird das in der Bundesrepublik verbrauchte Erdgas durch die Mineralölsteuer um rund 430 Mill. DM jährlich verteuert (davon fließen etwa 280 Mill. DM an ausländische Produzenten). Ursache hierfür ist die Anbindung der Erdgaspreise an die des schweren und leichten Heizöls (einschließlich Heizölsteuer.)

Die von Stoltenberg vorgeschlagene Verdoppelung der Heizölsteuer allein würde zu einer Verteuerung auf rund 900 (Ausland 600) Mill. DM führen, zusammen mit der geplanten Erdgassteuer käme es zu einer Gesamtbelastung von rund 2,4 Mrd. DM oder 4,8 Pfennig je Kubikmeter.

Damit würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit dieses umweltfreundlichen Energieträgers „erheblich beeinträchtigt"; die ausländischen Gasproduzenten könnten darin auch ein Signal sehen, daß auf dem deutschen Markt höhere Preise zu erzielen sind. Dies zu einer Zeit, da Preisverhandlungen mit den Niederlanden – „mit überzogenen Preisforderungen" – laufen und mit der Sowjetunion bevorstehen. Eine Erdgasbelastung könnte zudem neue Verträge mit Norwegen gefährden und damit die Bemühungen um Diversifizierung der Gasbezüge konterkarieren.

Nicht so ausgeprägt fällt die Ablehnung der Steuererhöhungen auf die übrigen Energieträger aus. Dennoch heißt es, daß die Nachteile bei weitem überwiegen. Stoltenberg führt auch den europäischen Preisvergleich ins Feld (Benzin und Heizöl am unteren, Diesem am oberen Ende der Preisskala). Abgesehen von der unterschiedlichen Steuerbelastung sei auch zu berücksichtigen, heißt es im Wirtschaftsministerium, daß die Mineralölindustrie unter scharfem Wettbewerbsdruck keine kostendeckenden Preise erzielen könne. Mineralölsteuererhöhungen seien „nicht unproblematisch, da ihre volle Überwälzung keineswegs garantiert ist". Die Konsequenz könnte sein, daß die Verluste zu- und das Interesse der Raffineriegesellschaften an der Versorgung des deutschen Marktes abnehmen.

Gegen die Erhöhung der Benzinsteuer (um 12 auf 63 Pfennig je Liter mit Mehraufkommen von 2,9 Mrd. DM) gebe es aus fiskalischen Gründen derzeit „keine wirklich durchschlagenden energiepolitischen Argumente". Die Verbraucherpreise seien seit zwei Jahren bei starken Schwankungen leicht zurückgegangen (Normalbenzin 138 Pfennig 1982 und 131 Pfennig je Liter 1983 im Jahresdurchschnitt), allerdings nach einem starken Anstieg (1978: 88 Pfennig). Eine Steuererhöhung könnte zum Beispiel ein zusätzliches Signal zum Kauf verbrauchsarmer Fahrzeuge setzen.

Anders als Benzin wird Diesel überwiegend (rund 80 Prozent) in der gewerblichen Wirtschaft verbraucht. Eine Erhöhung (nach Stoltenbergs Vorschlag um 7 auf 51 Pfennig je Liter mit 1,1 Mrd. DM Mehraufkommen) der im internationalen Vergleich hohen Dieselbesteuerung würde die Wettbewerbssituation des Transportgewerbes gegenüber Nachbarländern verschlechtern.

Auch eine Verdoppelung der Steuer auf leichtes Heizöl (von zwei auf vier Pfennig je Kilogramm und 550 Mill. DM Mehraufkommen) könnte die Sparbemühungen unterstützen. Doch würden die Heizölpreise in der Bevölkerung „unverändert als große Belastung empfunden", so daß die Steuererhöhung als Strafe für Sparbemühungen aufgefaßt werden und „auf erheblichen Widerstand stoßen" könnte. Zugleich würde in den scharf umkämpften Wärmemarkt und den Substitutionsprozeß von Heizöl durch Erdgas, Strom und Fernwärme eingegriffen; die Strukturprobleme der Raffinerien würden verschärft.

US-AKTIENMÄRKTE

Die langsamere Gangart der Konjunktur treibt die Kurse

LEO FISCHER, Bonn

Starke Kursschwankungen prägten auch in der letzten Woche das Geschehen an der Wall Street. Nachdem es in der Vorwoche zum größten Kurseinbruch eines Tages seit dem 28. Februar dieses Jahres mit einem Minus von 18,01 Punkten gekommen war, wartete die New York Stock Exchange diesmal mit dem höchsten Tagesgewinn seit seinem Plus von 30,47 Punkten auf. Der Dow legte am Donnerstag genau 26,17 Punkte zu.

Wie nach einem so starken Kursanstieg üblich, ließen Gewinnmitnahmen am Freitag den Index wieder um 7,01 Punkte fallen. Die Wochenbilanz ist gleichwohl die beste seit Wochen. Der Dow Jones gewann 17,91 Punkte und der 1500 Werte umfassende NYSE-Index schloß bei 90,51 und damit 1,03 Punkte über dem Vorwochenniveau. Der Umsatz fiel von durchschnittlich 90,98 Millionen Aktien in der Vorwoche auf täglich 85,36 Millionen.

Der Markt reagierte vor allem positiv auf Nachrichten, die eine etwas langsamere Gangart der US-Konjunktur signalisieren und Befürchtungen einer Überhitzung, die zu weiteren Notenbankmaßnahmen führen müßte, als gegenstandslos erscheinen lassen. So stieg die Industrieproduktion im März um 0,4 Prozent, gegenüber bereinigten ein Prozent im Februar. Der Einzelhandel mußte für März einen Umsatzrückgang um 2,2 Prozent melden, nach minus 0,8 Prozent im Februar und plus 4,1 Prozent im Januar. Schließlich erhöhten sich die Lagerbestände nach einer am Freitag veröffentlichten Umfrage im Februar um 9,26 Milliarden Dollar oder 1,8 Prozent.

Auch der Rückgang der US-Geldmenge M1 (Bargeld und Scheckkonten) in der Woche zum 2. April um fünf Milliarden Dollar überschritt die Erwartungen und wirkte sich positiv auf die Stimmung aus. Lediglich der starke Anstieg der Erzeugerpreise um 0,5 Prozent im März, der über den Erwartungen lag, fällt aus dem Rahmen dieser insgesamt positiven Nachrichten.

Die Ankündigung von Präsident Reagan, daß es bald zu einem Rückgang der Zinsen kommen werde, konnte die Börse kaum beeindrukken. Allerdings kamen von der Zinsfront im Gegensatz zu den Wochen vorher keine störenden Einflüsse. Der Satz für Tagesgeld (Federal Funds), der in der Woche zuvor bis nahe 11 Prozent hochgeschnellt war, sich am Montag aber bereits auf 10⅛ zurückgebildet hatte, hielt sich auf diesem Niveau.

Nachdem der Markt die zweimalige Anhebung der Prime Rate und die Diskonterhöhung so gut verkraftet hat, hoffen die Broker auf die jetzt beginnende Saison der Quartalsveröffentlichungen der Unternehmen. Die Analysten erwarten zum Teil kräftige Gewinnsteigerungen. General Electric meldete bereits ein Plus von 14 Prozent, Westinghouse von 16 und IBM von 23 Prozent.

Palmes Hasardspiel

Von REINER GATERMANN, Stockholm

Dieses Jahr sollte für Schwedens sozialdemokratische Minderheitsregierung das Jahr der Bewährung werden. Es sollte sich zeigen, ob die hohe Abwertung vom Oktober 1982 (16 Prozent) den optimalen gesamtwirtschaftlichen Erfolg bringt oder nur kurzfristige Vorteile, auf längere Sicht aber wieder wieder in das alte Dilemma führt, nur noch ausgeprägter. Nun ist das Jahr der Wahrheit auf 1985 verschoben worden und die Aussichten auf eine anhaltend positive Wirkung des Abwertungsprozesses weitgehend geschwunden. Finanzminister Kjell Olof Feldt kann nicht ernsthaft daran glauben, 1985 ein Problem lösen zu können, das ihm bereits 1984 über den Kopf gewachsen ist. Er hat sich selbst und seiner Regierung durch das Einfrieren der Preise, Mieten und Dividenden eine Galgenfrist verschafft, zum Preis einer kaum kalkulierbar hohen politischen Risikoprämie. Im Herbst nächsten Jahres stehen Parlamentsneuwahlen an, und heute deutet vieles darauf hin, daß dann der volkswirtschaftliche Scherbenhaufen, den man jetzt noch einmal vereiteln konnte, ein Faktum ist.

Das Hasardspiel der Sozialdemokraten begann mit der 16-Prozent-Abwertung. Sie vermochten im Herbst 1982 den Höhenflug des US-Dollars zwar nicht genau zu berechnen, völlig ausschließen konnten sie ihn allerdings auch nicht. Sie ignorierten jedoch diese gefährliche Möglichkeit, ließen den Wert der Schweden-Krone unbegründet stark schmelzen, erzielten damit zwar den erhofften Außenhandelserfolg, kombiniert mit einem allgemeinen Konjunkturaufschwung und dem hohen Dollarkurs, akkumulierten schließlich jedoch die positiven Effekte zu einem Gesamterfolg, der mit den übrigen nationalökonomischen Richtlinien nicht mehr harmonierte.

Vor allem die exportorientierten Unternehmen des Landes erwirtschafteten 1983 seit fast zehn Jahren nicht mehr gekannte Gewinne, sie schwimmen im Geld und legen es bisher lieber in staatlichen Hochzinspapieren an als in unsicheren Produktionsinvestitionen. Die Arbeitnehmer ihrerseits sahen in den vergangenen Jahren ihre Realeinkommen schrumpfen und sollten sich auch jetzt bei ihren Tarifforderungen lediglich mit einer Sicherung des vorjährigen Niveaus, bestenfalls mit einem minimalen Anstieg begnügen. So wollte es die Regierung, denn alle Abschlüsse über sechs Prozent, einschließlich Lohndrift würden ihr für 1984 wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel unerreichbar machen, die Teuerungsrate zum Jahresende auf vier Prozent zu drücken.

Nun erlebte Schweden, wo erstmals seit über 30 Jahren branchenweise und nicht zentral verhandelt wird, bisher eine Tarifrunde, die der Finanzminister als „völlig ausgeartet" beschreibt. Die Meinungen der Experten gehen in der Beurteilung, was die Vereinbarungen den Arbeitgebern kosten, weit auseinander, genannt werden in einigen Branchen rund zehn Prozent. Übereinstimmend erklärten sie, daß nunmehr eine Teuerungsrate von 5,5 Prozent wahrscheinlicher sei als die angestrebten vier Prozent. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich dann eine Inflationsrate von acht statt sechs Prozent.

Dies hätte für das Kabinett Palme schlimme Folgen. Der Abwertungseffekt, der „langfristig die Wirtschaft stärken" sollte, wäre damit bereits in zwei Jahren aufgezehrt, und somit kann die Prophezeiung der Svenska Handelsbank zur Tatsache werden: Schweden muß 1986 entweder seine Staatsausgaben sehr drastisch beschneiden oder erneut abwerten.

Aus welchen Gründen auch immer, gute Ertragslage, Streikbefürchtungen, oder die Chance, die Regierung zu reizen, hatten die Arbeitgeber in diesem Jahr spendierfreudig gemacht.

Hart wollen die Unternehmer dagegen in den Niedriglohnbranchen wie Textil und Konfektion sowie Einzelhandel bleiben. Gemeinsam mit den Gewerkschaften lehnen sie den Eingriff des Staates in die Tarifautonomie, wie sie der Finanzminister drohend angekündigt hat, strikt ab. Die Sozialdemokraten werden sich unter allen Vorwürfen, die jetzt gegen sie gerichtet werden, auch den gefallen lassen müssen: Als sie in der Opposition saßen, warfen sie der bürgerlichen Regierung vor, die Arbeitnehmer zu schröpfen und Falschspiel zu betreiben, als diese nach ihrer Auffassung zu hohe Tarifabschlüsse durch Steueranhebungen abschöpfte.

AUF EIN WORT



„Entgegen vielen pessimistischen Stimmen hat die spürbare Belebung des Wirtschaftsprozesses trotz des hohen Anteils von Rationalisierungsinvestitionen zu einer deutlichen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt geführt. Zwar sind diese Erfolge noch nicht zufriedenstellend; sie berechtigen jedoch zu der Hoffnung, daß es bei stabilitätsbewußtem Verhalten von Geld- und Finanzpolitik sowie der Tarifparteien gelingt, die hohe Arbeitslosigkeit allmählich zurückzuführen."

Dr. Wilhelm Arendts, Vorstandssprecher der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München
FOTO: WOLF P. PRANGE

INTERSTOFF

Kräftiger Zuwachs bei den Bestellungen des Auslands

INGE ADHAM, Frankfurt

Unter positiven Vorzeichen steht die 51. Interstoff, die internationale Fachmesse für Bekleidungstextilien, die heute in Frankfurt für drei Tage die Pforten öffnet. Denn die Textilien erleben derzeit eine Entwicklung, die es seit 1975 nicht mehr gegeben hat: einen Aufstieg aus tiefem (Rezessions-) Tal. Ende Februar – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – lagen die Auftragseingänge in der Textilindustrie um 18 Prozent über dem Stand des Vorjahres; dabei steigerten die Ausländer ihre Bestellungen sogar um gut 26 Prozent, nachdem der Export im Vorjahr noch schwach war.

In der Bekleidungsindustrie, dem Hauptabnehmer, sieht es sogar noch etwas besser aus. Die bereits im Januar deutlich schneller geflossenen Aufträge haben bereits auf die Produkton durchgeschlagen: Sie war in der Textilindustrie in beiden Monaten um rund zehn Prozent höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

Etwas langsamer ist bisher der Umsatz der Aufwärtsentwicklung gefolgt (Januar plus 8 Prozent). Das deutet auf Nachholbedarf bei den Preisen hin, denn bisher sind die kräftigen Rohstoff-Verteuerungen des letzten Jahres kaum weitergegeben worden. Angesichts der in Teilbereichen sich bereits zeigenden Kapazitätsengpässe dürften die Chancen zu einer Renditeverbesserung diesmal für die Textilproduzenten besser sein als auf der letzten Interstoff.

Auf der in diesem Jahr vorgezogenen und um einen Tag verkürzten Interstoff zeigen 935 Aussteller ihre Kollektionen für den Sommer 1985; das größte Ausstellerkontingent stammt mit 219 aus Italien.

IWF-TAGUNG

USA und Japan gefährden das Weltbank-Programm

dpa/VWD, Washington

Handelspolitische Differenzen zwischen den USA und Japan stellen das pünktliche Inkrafttreten eines neuen Hilfsprogrammes der Weltbanktochter IDA von neun Mrd. Dollar am 1. Juli 1984 in Frage. Auch der Umfang der Kapitalerhöhung der Weltbank und zusätzliche drei Mrd. Dollar für die ärmsten Entwicklungsländer sind weiter umstritten. Damit blieben die mehrtägigen Beratungen des Interimausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank ohne ein greifbares Ergebnis.

Allerdings sind nach Einschätzung von Konferenzteilnehmern die Chancen gewachsen, daß auf der Jahrestagung im September eine maßvolle Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte (SZR), des Kunstgeldes des IWF, beschlossen wird. Damit soll Wünschen der schuldengeplagten Entwicklungsländer entgegengekommen werden.

Die USA haben sich klar gegen eine Beteiligung an einem IDA-Zusatzprogramm ausgesprochen, das alle anderen Geberländer für notwendig halten. Die Bundesrepublik will sich allerdings nur beteiligen, wenn auch die USA mitmachen.

Auf der Tagung beschuldigten sich Japan und die USA gegenseitig, Lösungen zu blockieren. Tokio ist bereit, bei der Finanzierung des IDA-Hilfeprogramms 18,7 statt bisher 6,5 Prozent zu übernehmen, wenn es im Zuge der selektiven Kapitalerhöhung, entsprechend seiner Rolle als zweitgrößter Industriemacht, in der Weltbank hinter den USA auf Platz zwei vorrückt. Washington sieht diesen Zusammenhang nicht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Commerzbank: Export wird Konjunkturmotor

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von rund drei Prozent hält die Commerzbank AG in Frankfurt 1984 für „erreichbar". Dabei verlagerten sich die Auftriebskräfte vom privaten Verbrauch und der Baukonjunktur zunehmend auf den Export und die Unternehmensinvestitionen, heißt es in einem Bericht der Bank. Sowohl für Export als auch für Import zeichnet sich nach Einschätzung der Fachleute ein „steiler Aufwärtstrend" ab. Erwartet werden könne ein reales Wachstum der Exporte um mindestens sieben Prozent. Der Anstieg der Einfuhrwerte wird auf acht bis neun Prozent geschätzt.

Chancen im Osthandel

Moskau (rtr) – Im Handel zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ist nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank AG, Hans Friderichs, noch ein beträchtliches Wachstumspotential trotz politischer Probleme zwischen beiden Ländern vorhanden. Im Anschluß an das Jahrestreffen der sowjetisch-deutschen Banken-Kommission sagte Friderichs, vor allem bei kleineren und mittleren Projekten bestünden Chancen für eine Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Weg der Kurse

	13.4.	6.4.
Boeing	39	36,625
Chrysler	25	21,875
Citicorp	33,75	32,75
Coca-Cola	54,625	53,625
Exxon	40,375	38,25
Ford Motors	35,50	33,375
IBM	112,50	108,375
PanAm	6,50	6,50
US Steel	29,75	29,125
Woolworth	31,50	30,25

Paulaner baut in China

Peking (AP) – Die bayerische Biergruppe Paulaner-Salvator-Thomasbräu wird nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in China eine Brauerei errichten. Die Brauerei soll der Meldung zufolge in der an Hongkong grenzenden Sonderwirtschaftszone Shenzhen entstehen. Die Hälfte der Jahresproduktion von 30 Mill. Litern Bier soll in die britische Kronkolonie exportiert werden.

Esch bleibt in Haft

Koblenz (dpa/VWD) – Der ehemalige Chef des zusammengebrochenen Mainzer Baumaschinen-Konzerns IBH, Horst-Dieter Esch, bleibt in Haft. Wie der Koblenzer Oberstaatsanwalt Hans Seeliger am Freitag bestätigte, hat das Koblenzer Landgericht mit Beschluß vom 11. April die Beschwerde des Beschuldigten gegen den Haftbefehl des Amtsgerichts Koblenz als unbegründet verworfen.

Kuba muß umschulden

Mexiko-Stadt (AP) – Die kubanische Regierung sieht sich nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Prensa Latin gezwungen, die 1984 fällig werdenden Auslandsverbindlichkeiten umzuschulden. Die Regierung habe bereits die Gläubiger unterrichtet, daß Kuba in diesem Jahr keine Tilgungsraten, sondern nur die fälligen Zinsen zurückzahlen könne. Für die Finanzkrise wird vor allem die Lage auf dem Zuckermarkt verantwortlich gemacht.

Kredit vor Unterzeichnung

New York (VWD) – Der neue „Jumbo-Kredit" für Mexiko soll am 27. April in New York unterzeichnet werden. Nach Angaben der Citibank, die dem Beraterausschuß der Gläubigerbanken Mexikos angehört, steht die Syndizierung des 3,8-Mrd.-Dollar-Darlehens kurz vor dem Abschluß.

Londoner Kassapreise

	13.4.1	6.4.
Kupfer(£/t)	1082,25	1085,25
Blei(£/t)	339,5	345
Zink(£/t)	704	712,5
Zinn(£/t)	8728	8677,5
Gold($/Unze)	380	381
Silber(p/Unze)	637,80	640,40
Kakao[1](£/t)	1797,5	1761,5
Kaffee[1](£/t)	2010,5	2031,5
Zucker(£/t)	110,5	110
Kautschuk(p/kg)	77,25	77
Wolle(p/kg)	470	468
Baumwolle[2](cts/lb)	88,60	88,85

[1])Abladung Juli; [2])A-Index-Preis Liverpool

WELTHANDEL

Lambsdorff will neue Gatt-Runde

dpa/VWD, Seoul

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sich bei einem *internationalen Symposium in* der südkoreanischen Hauptstadt Seoul nachdrücklich für eine neue Runde multilateraler Handelsgespräche im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt ausgesprochen, um möglichst bald durch weitere Zollsenkungen und den Abbau von anderen Hindernissen eine stetige Liberalisierung des Welthandels durchzusetzen. Dabei waren sich die Teilnehmer aus 14 Industrie- und Entwicklungsländern grundsätzlich einig, daß nationaler Protektionismus den wirtschaftlichen Aufschwung nicht fördert, sondern gefährdet.

Wie es heißt, kritisierten die Vertreter der Entwicklungsländer die Tendenz verschiedener Industriestaaten, ihre Märkte gegen Produkte aus der Dritten Welt wie Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse abzuschotten und warfen ihnen vor, damit die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zu verschärfen.

LATEINAMERIKA / Bolivien muß zu drastischen Sanierungsmaßnahmen greifen

Argentinien wertet noch im April ab

rtr/dpa/VWD, La Paz/Buenos Aires

Argentinien hat sich nach Presseberichten gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bereiterklärt, den Peso noch im April um 13 Prozent abzuwerten. Danach will Argentinien jedoch weiter die Reallöhne erhöhen, um die Kaufkraft und damit *die Industrieproduktion anzuregen.* In den Gesprächen mit dem IWF geht es um eine Umschuldung der argentinischen Auslandsschuld in Höhe von 43,6 Mrd. Dollar.

Außerdem verlangt der IWF eine Kürzung der Importe im laufenden Jahr um eine Mrd. auf 4,5 Mrd. Dollar. Damit soll aufgrund der Getreide- und Fleischexporte ein Handelsüberschuß von 4,5 Mrd. Dollar erzielt werden. Die Regierung hat sich aber nach den Berichten gegen die IWF-Forderung gewehrt, die staatlichen Ausgaben um 20 Prozent zu drosseln. Die Regierung sei nicht bereit, die politischen Folgen und die Kosten zu tragen, die durch die Entlassung von Staatsbediensteten entstünden. Seit der Übernahme der neuen Regierung im Dezember 1983 sind die Staatsausgaben nicht, wie angekündigt, gefallen, sondern ausgeweitet worden.

Zu erheblich drastischeren Maßnahmen fühlt sich die Regierung Boliviens gezwungen. Ende letzter Woche hat sie eine Abwertung des Peso um 75 Prozent und drastische Preiserhöhungen zur Bekämpfung der Inflation und zur Sanierung der angeschlagenen Volkswirtschaft verordnet. Die Regierung des bolivianischen Präsidenten Hernan Siles Zuazo, der erst vor drei Tagen sein Kabinett umgebildet hatte, wertete den bolivianischen Peso auf 2000 Peso je US-Dollar von bisher 500 Peso ab und verfügte Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und Benzin zwischen 110 Prozent und 460 Prozent.

Unmittelbar vor Bekanntgabe der Maßnahmen in der Nacht zum Freitag in Form von 29 Dekreten trat aus Protest der Wohnungsminister des neuen Kabinetts, Walter Delgadillo, zurück. Finanzminister Falvio Machicado sprach dagegen von Notstandsmaßnahmen, die dringend notwendig seien, um die galoppierende Inflation (Jahresrate derzeit 328 Prozent) zu

Der Anden-Staat mit 4,4 Mrd. Dollar Auslandsschulden hatte bereits im November 1983 den Peso um 60 Prozent abgewertet und die Nahrungsmittelpreise stark heraufgesetzt, um die Auflagen für einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen. Den veröffentlichten Dekreten zufolge wird in Bolivien Brot um 460 Prozent, Zucker um 110 Prozent, Reis um 200 Prozent, pflanzliches Öl um 250 Prozent, Kraftstoffe um 400 Prozent und Strom um 180 Prozent teurer. Die Beschäftigten erhalten als Ausgleich einen „Ernährungsbonus" von 17,86 Dollar, der nach jeder weiteren Preisanhebung angepaßt werden soll.

Die drastischen Sparmaßnahmen führten zu einem Generalstreik und politischen Unruhen. Die Proteste *richten sich vor allem gegen die drastische* Verteuerung der Lbensmittel. Arbeiter der Zinngrube Huanuni, dem größtren Bergwerk Boliviens, haben einen Marsch *auf das 200 km* entfernte La Paz angekündigt.

Nigeria erreicht Umschuldung

AP, London

Nigeria hat nach Informationen aus Londoner Bankkreisen mit seinen rund 350 Gläubigerbanken eine *Vereinbarung über die Umschuldung des* größten Teils seiner überfälligen Kredite von drei Mrd. Dollar geschlossen. Die Vereinbarung kam nach als *„wichtig" bezeichneten Konzessionen* des überschuldeten Staates an die Geschäftsbanken zustande. So bot Nigeria seinen Gläubigern Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von sechs Jahren an, die mit einem Prozent über dem im Londoner Zwischenbankverkehr üblichen Zinssatz (Libor) verzinst werden. Außerdem erklärte sich Nigeria informell bereit, von seiner Ablehnung der von den Banken verlangten Verzugszinsen abzurücken.

In Bankkreisen wird erwartet, daß das Umschuldungsabkommen Nigeria den Weg zu einem neuen Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds ebnet.

LBS BAYERN / Bestandsausweitung durch flottes Neugeschäft – Mehr Baudarlehen

Langsamer Aufstieg aus der Talsohle

DANKWARD SEITZ, München

Nach zwei recht mageren Jahren mit rückläufigem Neugeschäft hat die Bayerische Landesbausparkasse, München, 1983 wieder kräftig Boden gut machen können. Mit Zuwachsraten von 17 und 14 Prozent bei rund 148 000 neu abgeschlossenen Bausparverträgen über eine Bausparsumme von insgesamt 4,8 Mrd. DM hat man, wie der Sprecher der Geschäftsführung, Konrad Müller, erklärte, sogar im Vergleich zu anderen Instituten ein überdurchschnittliches *Ergebnis erreicht.*

Dies sei allerdings erst der Anfang eines „langsamen Aufstiegs aus der Talsohle", denn man dürfe keineswegs verkennen, daß dieses Niveau immer noch erheblich unter dem früherer Jahre liege und es noch einiger Anstrengung bedürfe, die alten Werte wieder zu erreichen.

Dank des recht flotten Neugeschäfts verzeichnete die LBS Bayern noch eine Bestandsausweitung von rund vier Prozent und verwaltete am Jahresende etwa 1,3 Mill. Verträge mit einer Bausparsumme von rund 45 Mrd. DM. Als positiv bewertete Müller den um 4,7 Prozent auf drei Mrd. DM erhöhten Geldeingang, zumal darin ein um vier (minus ein) Prozent auf 1,5 Mrd. DM gestiegener *Spargeldeingang enthalten ist. Einen* Schatten werfe hier allerdings, daß aufgrund politischer Entscheidungen mit 76 Mill. DM 44 Prozent weniger Wohnungsbauprämien und mit 188 Mill. DM 5,6 Prozent weniger vermögenswirksame Leistungen eingegangen sind.

Zugeteilt wurden von der LBS-Bayern 1983 rund 106 000 Bausparverträge über 2,8 Mrd. DM. Dies bedeutet einen Rückgang um fast 13 Prozent der Bausparsumme. Nach Müllers Auffassung ist dies allerdings darauf zurückzuführen, daß man 1982 sich bewußt antizyklisch verhalten habe, um den Bausparern in der Hochzinsphase zinsgünstige Darlehen geben zu können. Zudem wurden aus rund 78 000 Verträgen (plus drei Prozent) Baudarlehen über 2,4 Mrd. DM genehmigt. Dies entspricht einer Zunahme von 16 Prozent gegenüber *dem Vorjahr.*

Für 1984 zeigte sich Müller optimistisch, daß sich der Aufwärtstrend weiter fortsetzt. Zusätzliche Impulse erhofft man sich durch einen neuen Bauspartarif. Sein herausragendstes Merkmal ist, daß der Bausparer erst bei der Zuteilung (frühestens nach 45 Monaten) entscheiden muß, ob das Guthaben für die Laufzeit mit 2,5 *oder 4,0 Prozent verzinst und dementsprechend* der Darlehenszinssatz 4,5 oder 6,0 Prozent betragen soll.

GROSSBANKEN / In den nächsten Jahren vor einer doppelten Herausforderung

Risikovorsorge und Kapitalstärkung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die deutschen Großbanken stehen 1984 und auch in den kommenden Jahren vor einer doppelten Herausforderung, der sie nur bei guter Ertragskraft voll gewachsen sein werden. Sie müssen ihr ausgewiesenes haftendes Kapital fühlbar aufstocken, *damit sie ihre konzernweiten Aktivitäten* nach der Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen durch ein novelliertes Kreditwesengesetz nicht einschränken müssen. Gleichzeitig müssen sie eine viel weiter als bisher reichende Vorsorge für die Risiken des Kreditgeschäfts mit hoch verschuldeten Ländern treffen.

Doch dafür taugen ein höheres Grundkapital und höhere offene Rücklagen recht wenig. Denn wenn diese im Schaufenster ausgestellten Eigenmittel zur Deckung von möglichen Verlusten herangezogen werden müßten, wäre eine Vertrauenskrise nicht mehr auszuschließen. Und wenn eine Bank im Falle eines Falles nicht nach Staatshilfe rufen und damit ihren Ruf, ja vielleicht ihre Zukunft aufs Spiel setzten will, muß sie sich mit Wertberichtigungen so abfedern, daß sie auch mögliche große Verluste hinter dem Schleier der Bilanz verdauen kann.

Bei dem Bemühen, dieses Polster zu schaffen und gleichzeitig das vorgezeigte Eigenkapital zu stärken, geraten die Banken in einen Zielkonflikt, der sich nur dann auflöst, wenn sie genug verdienen. Das gute Bankenjahr 1983 hat hier zweifellos einige Fortschritte gebracht, aber vom Idealzustand, vor allem in puncto Risikoabsicherung, sind die drei Großbanken *noch um einiges entfernt,* wenn auch mit unterschiedlichem Abstand, der von der unterschiedlichen Ertragskraft in den letzten Jahren diktiert ist.

Am *wenigsten* macht dieser Zielkonflikt der Deutschen Bank zu schaffen, der traditionell ertragsstärksten Großbank, die mühelos *preiswertes Kapital über die Börse* aufnehmen, ihre Rücklagen um 150 Mill. DM stärken, das Ausmaß der Risikovorsorge erstmals seit Jahren etwas reduzieren und ihre Dividende von 11 auf 12 Mark je Aktie erhöhen kann. Die Basis für ein weiteres Wachstum ist gesichert.

Die Dresdner Bank spürt dagegen noch Expansionsfesseln. Bei einem nur halb so hohen Börsenkurs wie dem der Deutschen Bank brächte eine Kapitalerhöhung nur recht teures Geld in die Kasse, was sich die Verwaltung dreimal überlegen muß. Die Rücklagendotierung mit 110 Mill. DM bringt zwar zusätzlichen Spielraum. Doch die Bildung von Wertberichtigungen wird noch einige Zeit Priorität bei der Gewinnverwendung haben, weil das Risikopolster noch lange nicht dick genug ist.

Erst recht gilt dies für die Commerzbank, die in ihrem Geschäftsbericht bemerkenswerterweise hervorhebt, in einigen Umschuldungsländern – gemessen an den haftenden Mitteln – nennenswert engagiert zu sein. Bei der kleinsten unter den Großbanken greift die Expansionsbremse also noch stärker als bei der Dresdner.

Erfreulicherweie haben die Ende der 70er Jahre von Schieflagen gebeutelte Dresdner Bank und die *Commerzbank gute Ertragsforschritte* gemacht. Sie kommen freilich nicht entfernt an die aus der Tabelle ersichtlichen Relationen der Deutschen Bank heran. So verdient denn die Deutsche Bank, deren Geschäftsvolumen 80 Prozent des addierten Volumens der Dresdner und der Commerzbank beträgt, mit einem *geschätzten Betriebsgewinn* (einschließlich Eigenhandelserträge und vor Steuern und Wertberichtigungen) von 2,8 Mrd. DM ein Drittel mehr als die beiden kleineren zusammen. 1982 lag die Deutsche sogar noch um mehr als die Hälfte vor diesem Duo. Mit Glück und Geschick mag es gelingen, den relativen Abstand zum Branchenersten zu verringern, aber wohl kaum noch einmal im gleichen Maße wie 1983.

Die Ertragsrelationen verschieben sich zwar etwas, wenn man die Erträge jeweils auf eine einzelne Aktie umrechnet, was für die Börsianer ein wichtiges Bewertungskriterium ist; dann wäre der Vorsprung der Deutsche Bank vor der Dresdner etwas geringer und vor der Commerzbank noch größer. Aber in die Börsenbewertung finden nicht nur die aktuellen Erträge Eingang, sondern auch das ertragbringende Vermögen, in dem stille Reserven stecken und vor allem die Wertberichtigungen, die, falls es eines Tages Entwarnung an der *internationalen Schuldenfront* geben sollte, ein Potential für Gratisaktien wären. Auch unter diesem Blickwinkel gibt es eine erhebliche Abstufung von der Deutschen zur Dresdner Bank und von der zur Commerzbank, die sich im Börsenkurs nicht voll spiegelt.

	Deutsche Bank AG 1983	Deutsche Bank AG 1982	Dresdner Bank 1983	Dresdner Bank 1982	Commerzbank AG 1983	Commerzbank AG 1982
Ø-Geschäftsvolumen (Mrd. DM)	118,2	117,5	84,1	80,5	68,2	68,1
Zinsüberschuß	4 146 (3,51)[1]	3 810 (3,24)[1]	2 418 (2,88)[1]	2 057 (2,55)[1]	1 801 (2,64)[1]	1 388 (2,04)[1]
Provisionsüberschuß	1 075 (0,91)	941 (0,80)	788 (0,94)	712 (0,88)	602 (0,88)	505 (0,74)
Reguläre Erträge	5 221 (4,42)	4 751 (4,04)	3 206 (3,82)	2 769 (3,44)	2 403 (3,52)	1 893 (2,78)
Personalaufwand	2 418 (2,05)	2 232 (1,90)	1 607 (1,91)	1 510 (1,88)	1 196 (1,75)	1 107 (1,63)
Sachaufwand	747 (0,63)	709 (0,60)	644 (0,77)	574 (0,71)	448 (0,66)	347 (0,51)
Verwaltungsaufwand	3 165 (2,68)	2 941 (2,50)	2 251 (2,68)	2 084 (2,59)	1 644 (2,41)	1 454 (2,14)
Teilbetriebsergebnis ohne Eigenhandelsgewinn	2 056 (1,74)	1 810 (1,54)	955 (1,14)	685 (0,85)	759 (1,11)	439 (0,64)
Überschuß d. regulären Erträge über d. Verwaltungsaufwand (Aufwandrentabilität)	65,0[2]	61,5[2]	42,4[2]	32,9[2]	46,2[2]	30,2[2]

Die Angaben verstehen sich jeweils in Mill. DM (in Klammern in % des Geschäftsvolumens)
[1]) Zinsmarge [2]) in %

Scharfer Fall der Produktion

WILHELM FURLER, London

*Die Industrieproduktion in Groß*britannien ist im Februar scharf und völlig unerwartet gefallen. Nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes in London ging die gesamte Industrieproduktion, also verarbeitende Industrie einschließlich Energieproduktion, im Februar gegenüber dem Vormonat um 1,6 Prozent zurück, während in der verarbeitenden Industrie allein ein Produktions-Rückgang sogar um 1,9 Prozent hingenommen werden mußte.

Der stärkste Rückgang trat in den Bereichen Metallverarbeitung und Automobilproduktion ein, aufgrund gelegentliche Streiks und einer saisonal bedingten Auftragsflaute.

Regierungsbeamte beeilten sich zu betonen, daß der unerwartete Rückgang der Industrieproduktion zu einem erheblichen Teil auf das ungewöhnlich hohe Produktionsniveau in den vorausgegangenen zwei Monaten zurückzuführen sei.

In der Tat ergibt sich bei der dreimonatigen Betrachtungsweise ein Anstieg der Industrieproduktion zwischen Dezember und Februar um 1,5 Prozent gegenüber den vorausgegangenen drei Monaten.

RENTENMARKT / Leichter Zinsrückgang

Impulse aus den USA

Der Rentenmarkt präsentiert sich seit einer Woche mit einer freundlichen Grundtendenz und bewegt sich damit parallel zum amerikanischen Markt, der sich nach der *Diskonterhöhung* in der letzten Woche beruhigt und stabilisiert hat. Spiegelbild seines „großen Bruders" war der deutsche Rentenmarkt vor allem auch am Freitag, nachdem der Rückgang der US-Geldmenge, der von den „Fed-Watchers" nicht erwartet worden war, am Vorabend auf die amerikanischen Zinssätze gedrückt hatte. Zugleich nährt der Rückgang der Einzelhandelsumsätze im Februar Hoff*nungen auf eine* Konjunkturberuhigung, die zu einer Entspannung am US-Kapitalmarkt ebenso beitragen könnte wie eine Reduzierung des Budgetdefizits. *Die* festere Tendenz am Freitag schien jedoch am deutschen Markt auf noch etwas wackeligen Füßen zu stehen. Einige Beobachtungen sprachen dafür, daß die plötzlich recht lebhafte Nachfrage nicht von echten privaten oder institutionellen Anlegern stammte, sondern von Berufshändlern, die sich durch die jüngste Zinsentwicklung in den USA zu Meinungskäufen ermutigt fühlten. (cd.)

Emissionen	13.4. 84	6.4. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,35	7,45	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,43	7,48	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,46	7,46	7,83	7,61	10,28
Schuldverschreibungen *der Industrie*	7,91	7,97	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,46	7,48	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,13	7,15	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,08	8,10	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,46	7,48	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,77	7,74	8,08	8,45	10,33

FORTUNE-LISTE / Ölkonzerne unter den 500 Größten verloren an Boden

IBM rückte auf den fünften Platz vor

SAD, New York

Öl, Autos, Computer und Chemie – das ist der robuste Mix an der Spitze der „FORTUNE 500", der neuesten Rangliste der 500 umsatzstärksten Firmen der USA, die jetzt vom Wirtschaftsmagazin „FORTUNE" veröffentlicht wurde. Nummer eins ist immer noch der Ölgigant Exxon trotz eines um 8,6 Mrd. Dollar auf 88,56 Mrd. geschrumpften Umsatzes. Den zweiten Platz nimmt, wie im Vorjahr, der Autokonzern General Motors ein, der seinen Umsatz um 14,6 Mrd. auf 74,58 Mrd. Dollar steigern konnte. Auf Platz drei steht nach wie vor Mobil Oil mit 54,61 Mrd. Dollar.

Auf dem vierten Platz, den voriges Jahr der Ölkonzern Texaco einnahm steht jetzt Ford *(bisher fünfter)* mit 44,45 Mrd. Dollar. Die Computer-Firma IBM stieß mit 40,18 Mrd. Dollar Umsatz von Platz sechs auf Platz fünf vor, und Texaco ist mit 40,07 Mrd. Dollar auf Platz sechs abgerutscht. Der Chemiekonzern Du Pont rückte mit 35,38 Mrd. Dollar Umsatz von Platz acht auf Platz sieben. Achter ist jetzt Standard Oil of Indiana (bisher zehnter) mit 27,63 Mrd., und neunter *(bisher siebenter) ist Standard Oil of* California mit 27,34 Mrd.. Auf Platz zehn (bisher elf) steht General Electric mit einem Umsatz von 26,8 Mrd. *Dollar.*

Mehrere kleinere Computer-Firmen brachten Leben in den hinteren Teil der Liste. Apple Computer übersprang 112 andere Firmen und steht jetzt mit einem Umsatzzuwachs von 68,6 Prozent auf Platz 299. Die Rolm Corporation, die bisher nicht auf der Liste stand, landete auf Anhieb auf Platz 454, und ein anderer Neuling, Tandem Computers, bildet auf Platz 500 das Schlußlicht.

Das Vorrücken von IBM bestätigt, daß die Firma weiterhin den Computer-Weltmarkt beherrscht. Der Wirtschaftsberater John Diebold sagte schon Anfang der siebziger Jahre, daß es um 1990 nur noch zwei oder höchstens drei Computerproduzenten geben werde: „IBM, das japanische Imperium und vielleicht ein europäisches Konglomerat". Die Japaner sind auch auf dem amerikanischen Markt im Kommen, ohne allerdings IBM ernsthaft zu bedrohen. Apple allerdings kann es nicht lassen, *IBM herauszufordern. In wenigen* Wochen will Apple einen Mikro-Computer herausbringen, der angeblich nicht größer als eine Reiseschreibmaschine ist und nur 3,2 *Kilogramm* wiegt.

Größere Verschiebungen wird die nächste „FORTUNE"-Liste bringen. Denn in ihr werden sich die Zusammenschlüsse der letzten Monate als Umsatzerhöhungen niederschlagen und die Rangordnung der großen Ölkonzerne durcheinanderbringen.

Die zehn Größten

Gesellschaft	Umsatz (in Mrd. Dollar)
1. (1.)Exxon	88,56
2. (2.)General Motors	74,58
3. (3.)Mobil Oil	54,61
4. (5.)Ford	44,45
5. (6.)IBM	40,18
6. (4.)Texaco	40,07
7. (8.)Dupont	35,38
8. (10.)Standard Oil of Indiana	27,63
9. (7.)Standard Oil of California	27,34
10. (11.)General Electric	26,8

SULZER / Gedämpfte Zuversicht

Belebung im Inlandsgeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei den deutschen Unternehmen des schweizerischen Maschinenbaukonzerns Sulzer zeigen sich insbesondere im Inlandsgeschäft leichte Auftriebstendenzen. So verfügt die Sulzer Anlagen- und Gebäudetechnik GmbH, Stuttgart, über einen Auftragsbestand von derzeit 262 Mill. DM Volumen mit einer statistischen Reichweite von etwa 5 Monaten. Beklagt wird allerdings, daß die öffentliche Hand im Bereich der Energietechnik, der Fernleitungen, Heizwerke nur zögernd investiere, größere Erwartungen setze man aber *in* die Nachfrage der Industrie. Nach einem ausgesprochen schwachen ersten Halbjahr 1983 besserte sich der Geschäftsverlauf in den folgenden Monaten deutlich, so daß mit 224 Mill. DM ein Umsatz erzielt wurde, der lediglich um 2,8 Prozent unter dem Resultat von 1982 lag.

Der Auslandsanteil am Umsatz verringerte sich auf 11 (14) Prozent. Aufgrund von Kostensenkungsmaßnahmen (so wurde das Personal um 4 Prozent auf 1330 Beschäftigte reduziert), wurde ein auf 3,4 (2,8) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen, von dem 1 (1,3) Mill. DM auf die Gebrüder Sulzer Holding GmbH, Filderstadt, übertragen werden.

Trotz ungenügender Auslastung der Werkstätten und Gießereien und eines Umsatzrückgangs auf 292 (351) Mill. DM erreichte die zum Sulzer-Konzern gehörende Escher Wyss *GmbH, Ravensburg, deren Umsatz*schwerpunkte in den Sparten Papiermaschinen und Wasserturbinen liegen, wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Ergebnis. In den letzten Monaten registrierte das Unternehmen in der Papiertechnik einen ausgesprochen regen Auftragseingang, wobei Escher Wyss (1900 Beschäftigte) sich zugute hält, mit verbessertem Verfahren für den Einsatz von Altpapier gute Erfolge erzielt zu haben. Investiert wurden 10,6 (5) Mill. DM bei 8,4 Mill. DM Abschreibungen.

Bei der in der Pumpenherstellung *für industrielle Zwecke tätigen* Sulzer Weise GmbH, Bruchsal, die gut 500 Mitarbeiter beschäftigt, lag der Umsatz in 1983 mit 65 Mill. DM um 7 Prozent unter dem Vorjahr. Der Auftragseingang verringerte sich sogar um 17 Prozent auf 66 Mill. DM, wobei der Auslandsanteil auf 43 (40) Prozent anstieg. Für 1984 sei man gedämpft optimistisch. Alles in allem beschäftigt der deutsche Sulzer-Teilkonzern rund 5000 Mitarbeiter. Der Umsatz blieb mit 675 *Mill. DM* in etwa auf Vorjahreshöhe. Unter dem Strich verbleibt ein Gewinn in der Größenordnung von 2 bis 3 Mill. DM.

IBM DEUTSCHLAND / Hürde der zehnten Umsatz-Milliarde klar übersprungen – Großes Innovationspotential

Aufbruch in neue Märkte mit externen Partnern

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Das gleiche Umsatzwachstum wie im Vorjahr" peilt die IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, nach Worten von Lothar Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung, in 1984 an. Man rechne mit einem anhaltend hohen Auftragseingang, vor allem auch bei Kleinsystemen wie dem Personal-Computer. Mit diesem Gerät habe *das Unternehmen im vergangenen* Jahr einen Umsatz von rund 100 Mill. DM erzielt, für das laufende Jahr sei eine wesentliche Steigerung zu erwarten. Mit dem Geschäftsverlauf im ersten Quartal dieses Jahres zeigt sich Sparberg „sehr zufrieden".

Das Innovationspotential, das sich in fast allen Bereichen der Volkswirtschaft mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung erschließen lasse, ist nach Einschätzung Sparbergs nahezu unbegrenzt. Die IBM Deutschland wolle der technologischen Entwicklung und den aus ihr resultierenden Veränderungen im Markt durch eigene frühzeitige strategische Anpassungsmaßnahmen stärker Rechnung tragen. Mit den zwei zu Jahresbeginn geschaffenen neuen Geschäftsbereichen „Neue Märkte" und „Vertrieb Informationssysteme" hofft man, effektiver arbeiten zu können. So eröffne beispielsweise das *im*mer stärkere Zusammenwachsen von Nachrichtentechnik und Informationsverarbeitung wie auch die Einführung neuer Techniken und Dienste durch die Post weitere Möglichkeiten. Zum Bildschirmtext-Projekt – hier ist das Unternehmen mit der Einrichtung der Btx-Zentrale engagiert – merkte Sparberg an, daß der seit Mitte Januar stattfindende „Live-Test" planmäßig verlaufe und der eigentli*che Betrieb ab Mitte Mai stufenweise* aufgenommen werden könne.

Bemerkenswert ist auch, daß die IBM zur Verfolgung ihrer Ziele stär*ker als bisher auf die Hilfe externer* Partner zurückgreift. Ein Beispiel dafür ist der Vertrieb der Personal-Computer, für den ein Vertragshändler-Netz aufgebaut wurde, das bislang über 120 Händler mit mehr als 150 Verkaufsstellen umfaßt. Parallel dazu wurden in sechs Städten eigene Läden eingerichtet. Getestet wird auch das „Shop in Shop"-System mit zwei Läden in Karstadt-Warenhäusern. Der Vorstoß auch auf dem Roboter-Sektor veranschaulicht die Erweiterung des Spektrums.

Ein weiteres Beispiel ist ein OEM (other equiment manufacturer)-Vertrag mit Siemens. Dieses Unternehmen bezieht von IBM Plattenspei*cher und -Steuereinheiten, um sie un*ter eigenem Namen zu vertreiben. Die IBM ihrerseits, die so auf größere Stückzahlen und damit auf eine kostengünstigere Fertigung kommt, nimmt von Siemens 64-K-Bit-Chips ab. Weiteren Kooperationen gegenüber zeigt sich Sparberg aufgeschlossen, „wenn sie in unsere Strategie hineinpassen".

Mit einem Wachstum von 15,2 Prozent auf 10,52 Mrd. DM übersprang die IBM Deutschland in 1983 recht deutlich erstmals die zehnte Umsatzmilliarde. Vom Inlandsumsatz, der auf 6,36 (plus 14,4 Prozent) angestiegen ist, entfielen bereits 52,5 (43,6) Prozent auf Verkäufe und nur noch 22,7 (31,3) Prozent auf Vermietungen. Dienstleistungen hielten ihren Anteil von etwa einem Viertel. Pauschal heißt es zur Entwicklung des Auftragseingangs – wie sich IBM überhaupt bezüglich des Geschäftsgangs in den einzelnen Produktsparten mit Detailangaben zurückhält –, daß Produkte des Großsystembereichs nach wie vor einen „entscheidenden Anteil" hätten. Investiert wurden in eigengenutzte Sachanlagen 726 (694) *Mill. DM.*

Glänzend fiel wiederum das Ergebnis aus. Der Jahresüberschuß erhöhte sich um 5,3 Prozent auf 681 Mill. DM. *An die amerikanische Mutter ausge*schüttet wurden 420 (294) Mill. DM, was bei 1,4 Mrd. DM Stammkapital einem Dividendensatz von 30 (21) Prozent entspricht.

In der Bilanz springt die Anreicherung der flüssigen Mittel auf 1,6 (0,7) Mrd. DM („für eine größere Flexibilität") sowie die kräftige Erhöhung der Position Andere Rückstellungen auf 1,24 (0,88) Mrd. DM ins Auge. Letztere wurde durch ein Sonderprogramm *verursacht: Den rund 1200 Mitarbei*tern mit mindestens 20jähriger Betriebszugehörigkeit im Alter zwischen 55 und 59 Jahren bietet IBM eine großzügige Vorruhestandsregelung an. Von dem bis Ende dieses Monats befristeten Angebot, das für den Mitarbeiter bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters je nach *Anzahl der Dienstjahre zwischen 65* und 75 Prozent der letzten Bezüge „bringt", wollen bislang 600 Mitarbeiter Gebrauch machen.

IBM Deutschland	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	10 523	+ 15,2
dav. Inlandsumsatz	6 360	+ 14,4
Exportumsatz	4 163	+ 16,4
Beschäftigte	27 290	- 1,2
Investitionen(Mill.DM)	1 282	- 7,5
Abschreibungen	952	- 8,1
Cash flow[1]	1 763	- 1,8
Jahresüberschuß	681	+ 5,4
Umsatzrendite (%)	6,5	(7,1)

[1] Jahresüberschuß plus Abschreibungen plus Zuführung zu Pensionsrückstellungen

DUROPAL

Planzahlen übertroffen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Gut dreimal so groß wie im Durchschnitt der letzten Jahre plant die Duropal-Werk Eberh. Wrede GmbH & Co. KG, Arnsberg, mit 17,5 Mill. DM für 1984 die Investitionssumme. Das Familienunternehmen, mit ei*nem Anteil von 38 Prozent zweitgröß*ter deutscher Produzent von Hochdruck-Schichtstoffplatten für Möbelindustrie und Innenausbau, will damit insbesondere sein Angebot an kompletten Bauelementen in der Kapazität vergrößern. Bereits in den letzten Jahren wurde dieses Elemente-Angebot, ursprünglich auf Küchenarbeitsplatten und Fensterbänke beschränkt, beträchtlich auf nun 66 Prozent Umsatzanteil ausgebaut.

Besser als gedacht und konträr zur noch flauen Absatzlage der deutschen Möbelindustrie verlief 1983 das Duropal-Geschäft. Mit 755 (774) Beschäftigten wurden der Umsatz um 9,2 Prozent auf 140 Mill. DM und der Absatz um 14 Prozent auf 8,5 Mill. qm Platten gesteigert. Dies vor allem durch einen auf nun 57 (55) Prozent des Umsatzes erhöhten Exportanteil. Der im Vorjahr bei 3 *Prozent* Umsatzminus „schlechte" Ertrag habe sich „deutlich verbessert". Für 1984 wird ein relativ bescheidenes Umsatzwachstum auf reichlich 142 Mill. DM erwartet.

Mit 5,5 (4,6) Mill. DM hat die Firma 1983 nochmals weniger als die Abschreibungen von 6,2 (6,5) Mill. DM *investiert. Stolz wird darauf* verwiesen, daß man die (überdurchschnittlich hohe) Eigenkapitalquote von 40 Prozent des Bilanzvolumens bewahrt habe, obwohl mit dem Eigentumsübergang von der dritten auf die vierte Unternehmergeneration (Paul Wrede starb 1982) „hohe steuerliche Belastungen zu bewältigen waren". Mitbeteiligt ist mit 20 Prozent des Kapitals die Beteiligungsgesellschaft der deutschen Wirtschaft, Frankfurt/Main.

Im bisherigen Verlauf von 1984 wurden bei Umsatz wie bei Auftragseingang die Planzahlen leicht übertroffen. Überdurchschnittliches Wachstum verspricht man sich vor allem vom Innenausbau-Geschäft.

TENGELMANN / Erstmals Mehrweggebinde

Pfandflasche vom Discounter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Dem Bundesinnenminister Zimmermann war es die Reise in eine Düsseldorfer Plus-Filiale des Tengelmann-Konzerns wert: Europas größter Lebensmittelfilialist (22 Mrd. DM Weltumsatz) feierte öffentlich seinen „umweltfreundlichen" Entschluß, auch in 470 der 1500 Filialen seiner deutschen Discount-Handelskette „Plus" (etwa 4,5 Mrd. DM Umsatz) seit 15. März neben der Getränke-Einwegverpackung „Mehrweggebinde" (Pfandflaschen) für Bier, Cola und Wasser anzubieten.

Man tue es als erster deutscher Dis*counter, verkündete* Tengelmanns Handelschef Schoneweg, und verwies auf Risiken wie Grenzen dieses Bremsbeitrages zum Vormarsch der Einweg-Verpackungen. Die Mehrkosten bekomme man im Verkaufspreis schon gar nicht wieder herein, solange nicht auch die große Konkurrenz mitmache „und uns alleine im Regen stehen *läßt". Die meisten der bisheri*gen Plus-Filialen seien überdies zu klein, um noch Platz für die raumaufwendige Leergutabwicklung zu schaffen.

Vor den gleichen „technisch nicht lösbaren Problemen", warnte Schoneweg, stehe die Massse der kleinen selbständigen Genossenschafts- und Kettenkaufleute, wenn die vom Innenministerium vorbereitete 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz mit Mehrweg-Einführungszwang für alle Realität werden sollte. Bei allem Lob für Tengelmanns Initiative zeigte sich der Minister zu Schonewegs Bedauern von solcher Argumentation „zu wenig beeindruckt".

Zimmermanns Petitum: „Freiwillig und marktwirtschaftlich" sollten „alle" Lebensmittel-Einzelhändler *die Pfandflasche im Getränkeange*bot führen – sonst werde die 4. Novelle bis hin zur Verpackungssteuer auf die Einweg-Artikel für Stabilisierung des Mehrwegsystems sorgen müssen. Vorerst einziges Zugeständnis des Ministers an die vom Endverbraucher anders diktierte Realität: Beim Milchverkauf habe die Mehrweg-Flasche *keine Zukunft*. Tengelmann war hier wie beim gleichfalls erfolglosen Versuch des Verkaufs „loser Milch" dabei und ist nun um eine (teure) Erfahrung reicher.

BERENBERG-BANK / Zumeist kurzfristige Kredite

Stetiges Wachstum erwartet

J. BRECH, Hamburg

Das Hamburger Bankhaus Berenberg, Gossler & Co hat auch im Berichtsjahr 1983 die vorsichtige und ertragsorientierte Expansionspolitik fortgesetzt. Das zufriedenstellende Geschäft, so betonten die persönlich haftenden Gesellschafter Joachim H. Wetzel, Peter Freiherr v. Kapherr und Joachim v. Berenberg-Consbruch, sei dabei von der einsetzenden konjunkturellen Belebung begünstigt gewesen. Die Bilanzsumme weitete sich um 7,3 Prozent auf 1,5 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 9,5 Prozent auf 2 Mrd. DM aus.

Zum Ergebnis wird lediglich mitgeteilt, daß es sich weiter verbessert habe. Bei einer von 2,19 auf 2,25 Prozent gestiegenen Zinsmarge überdeckt der im Vergleich zum Vorjahr abermals höhere Zinsüberschuß die Personal- und Sachkosten deutlich. Gestiegen ist auch der Provisionsüberschuß. Hier wirkt sich nach Angaben der Gesellschafter vor allem das höhere Provionsaufkommen im Wertpapier- und Vermögensberatungsgeschäft aus. Es sei im Berichtsjahr weiter gelungen, neue private Kunden sowie deutsche und internationale institutionelle Anleger in der *Vermögensverwaltung zu gewinnen.* Aus dem Ergebnis werden dem Kapital 5 Mill. DM zugeführt. Es beträgt 75 Mill. DM und macht knapp 5 Prozent der Bilanzsumme aus.

Das Kreditgeschäft der Bank stieg um 9,8 Prozent auf 1,24 Mrd. DM, wobei nach wie vor fast 90 Prozent aller Kredite innerhalb von 90 Tagen *fällig sind.* Bei der Auswahl der Risiken habe die Bank wiederum strenge Maßstäbe angelegt, heißt es. Engagements in Ländern, die von Umschuldungsverhandlungen betroffen sind, bestehen nicht. Im Passivgeschäft ist die gute Struktur von Banken- und Nichtbanken-Einlagen gewahrt geblieben. Die gesamten Einlagen von 1,28 Mrd. DM stammen zu 60 Prozent von Kunden. in diesem Jahr wird eine Verstetigung des bisherigen Wachstums erwartet. Der Geschäftsverlauf in den ersten Monaten sei er*folgreich* gewesen.

RHEINWESTKALK / Erfolgreiche Rückbesinnung aufs Kerngeschäft

Verlust-Tilgung wurde abgeschlossen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vor zwei Jahren mußte man aus *knapp* 800 Mill. DM Umsatz noch einen Verlust von 79 Mill. DM ausweisen. Für 1983 sind es aus halb so großem Umsatz und nach nochmals erheblichem Strukturbesserungsaufwand immerhin 5,8 (-) Mill. DM Jahresüberschuß. So charakterisiert Vorstandsvorsitzender Gerd Hörstensmeyer den drastischen Umschwung, den die *Rheinisch-Westfälischen* Kalkwerke AG (RWK), Dornap, mit dem Rückzug aus der in den 70er Jahren betriebenen Expansion zu einem breit diversifizierten europäischen Baustoffkonzern und mit der „Rückorientierung auf das Kerngeschäft Kalk und Kalkstein" geschafft hat.

Zur Hauptversammlung am 27. Juni wird der RWK-Chef dem Häuflein der nur noch mit wenigen *Prozenten* an 63 Mill. DM Aktienkapital beteiligten Streubesitzer allerdings auch Ernüchterndes bieten. Der Betriebsgewinn wird zwar für 1984 wiederum mit etwa 22 Mill. DM erwartet, muß aber nochmals (und letztmals) mit gut 10 Mill. DM für Strukturbereinigungsaufwand herhalten und soll im übrigen den restlichen Verlustvortrag von 10 Mill. DM tilgen. Und für die Jahre danach könnte bei dann noch etwa 66 Mill. DM steuerlichem Verlustvortrag *das Wiederauffüllen* der nur noch 6,3 Mill. DM Rücklagen sinnvollen Vorrang vor der Rückkehr zur Dividende haben.

Den Kurs-Höhenflug der RWK-Aktie, die mit derzeit 285 DM gut doppelt so teuer wie vor Jahresfrist ist, kann man sich in solcher Lage wohl nur mit Abfindungsspekulation erklären. Neues dazu gibt es nicht. Seit 1981, als der Dortmunder Hoesch-Konzern sein Mehrheitspaket verkaufte, liegen 49 Prozent vom Kapital bei der *Londoner Holding* des Readymix-Konzerns und 36,3 Prozent bei einer deutschen Bankengruppe mit bislang nicht ausgenutzter Kaufoption der deutschen Konzern-Mehrheitsbeteiligung Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen.

Herausragendes Sanierungsereignis war 1983 der Verkauf von zunächst 65 Prozent des Kapitals der immer noch verlustreichen RWK France an *die Londoner* Readymix-Holding. Das brachte 50 Mill. DM in die *Kasse*, kostete aber noch 16 Mill. DM „Bereinigungsaufwand", von dem weiteres auch 1984 (und dann letztmals) noch anfallen dürfte.

Die nicht nur durch diesen Verkauf gestraffte RWK-Gruppe hatte 1983 mit 1817 (1910) Beschäftigten einen Fremdumsatz von 400 (428) Mill. DM, wobei der Absatz in den beiden Hauptproduktgruppen Kalkstein und Kalk auf 3,64 (3,45) und 1,73 (1,62) Mill. t wuchs. Einziger Auslandsbereich der Gruppe ist nun noch RWK Nederland, der 1983 mit 619 (646) Beschäftigten und wiederum 113 Mill. DM Bruttoumsatz gleichfalls in die Gewinnzone zurückkehrte und 2 (-) Mill. DM an die RWK-AG ausschüttete.

Für 1984 rechnet der Vorstand ab Spätherbst mit einem Absacken der Baukonjunktur und stabilem Absatz an die Stahlindustrie. Mittelfristig soll der Ausgleich für die aus diesen zwei Bereichen erwarteten „Absatz-Dellen" aus dem kräftig aufblühenden Umweltschutz-Geschäft kommen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Präzisionswerkzeuge Lauchheim GmbH; Press-Grundstücksges. mbH & Co. KG; **Aschaffenburg:** Wolf GmbH, Baustoffe u. Bedachungen; **Berlin Charlottenburg:** Böhnke Elektro GmbH; Jung Schleifmaschinen H. Gaub GmbH; Kurt Borchert, Inh. d. Fa. Kurt Borchert Maschinenbau u. Montagebetrieb; Nachl. d. Welda Henning geb. Goldmann; Hubertus Sauvageot GmbH + Co. Garten- u. Landschaftsbau KG; Nachl. d. Ralf Dietmar Salzbert; **Betzdorf:** Patt + Dilthey GmbH; Nachl. d. Horst Fischbach; **Bielefeld:** Nachl. d. Heinz Homeier; **Biberach a. d. Riss:** Hans Aberle, Maurermeister, Laupheim-Baustetten; **Bonn:** Dienel & Jakob KG, Konservenfabrik, Bad Honnef; **Burgwedel:** Holtze Musterbuch GmbH, Wedemark; **Düsseldorf:** S. Veit GmbH; **Freudenstadt:** Gebr. Stoll GmbH & Co., Pfalzgrafenweiler; **Fürth:** Dieter Gumbrecht Hausbau GmbH; **Groß-Gerau:** Nachl. d. Hans Willi Waldschmidt, Redakteur; **Hannover:** KG in Fa. EEH Engelbrecht Eilers Handel GmbH & Co.; **Herford:** August Diekwisch KG, Herford-Elverdissen; **Hildesheim:** Nachl. d. Therese Lerch geb. Stelzel, Harsum; **Idar-Oberstein:** Hans-Jürgen Biegel; **Krefeld:** a) Roos GmbH & Co. KG b) Roos Verwaltungs GmbH; **Moers:** Karl Fredi Rohde, Neukirchen-Vluyn; **Montabaur:** Wilhelm Seck sen., Alleininh. d. Fa. Kreckel & Seck oHG, Stuck- u. Steinmetzbetrieb, Hachenburg; **München:** TUR Spedition Import-Export-Handels-GmbH; Nachl. d. Albert Peter Koch; Nachl. d. Wilhelm Hartmann; ALMÜ-Vertriebs-Ges. mbH; **Neustadt a. Rbge.:** Uwe Novak, Inh. d. Fa. Novak Bauelemente; **Nürnberg:** Elisabeth Braun; **Remscheid:** Spibo-Werkzeuge GmbH; Brueer Brot oHG, Solingen; Harald Breuer, Solingen; Winfried Bruer, Solingen; **Rottweil:** Nachl. d. Karl Haist, Schramberg-Sulgen; **Salzgitter:** Ewald Münz, Eisenbiege- u. Verlegebetrieb; **Siegburg:** Josef Müller, Kaufmann, Sankt Augustin; Müller GmbH & Co. KG, St. Augustin-Menden; **Siegen:** Schaubstahl-Werke-Behaco GmbH, Kreuztal; **Stuttgart:** RTS Reinigungs-Technologie u. Service GmbH, Holzgerlingen; Gaga GmbH, *Fleischwaren, Spezialitäten, Fellbach;* **Traunstein:** Nachl. d. Rainer Klug, Anger; **Wolfratshausen:** Kossek Rsina, *Benediktbeuren;* **Zweibrücken:** Buck Stahl- u. Rohrleitungsbau GmbH, Ramstein-Miesenbach.

Anschlußkonkurs eröffnet: Düsseldorf: Glesius Beteiligungen GmbH; Glesius-GmbH & Co. KG; **München:** turafilm Film- u. Fernsehproduktion.

Vergleich eröffnet: Hannover: Willi Luck, Inh. d. Gleichnamigen Gewerbebetriebes; **Siegen:** Günther Thieme, Galvaniseur u. Metallschleifermeister, Inh. e. Gewerbebetriebs f. Hartverchromung u. galvanische Verzinkung.

Vergleich beantragt: Cochem: Hama Stanzen GmbH & *Co. KG, Lützerath;* **Düsseldorf:** GECO General Contractor Baumanagement GmbH; **Kaufbeuren:** *Alpinakälte-Klimatechnik* GmbH; **Lübeck:** Ges. f. Industrie- u. Stahlbau mbH; **Mannheim:** höhr Fussbodenbau *GmbH & Co. KG*, Weinheim-Heiligkreuz; **Seligenstadt:** Wurzel Bauverwaltungsges.mbH, Hainburg.

Rhodia hat 1983 gut abgeschnitten

dpa/VWD, Freiburg

Der Chemiefaserhersteller Rhodia AG, Freiburg, hat 1983 gut abgeschnitten. Wie Vorstandsvorsitzender Gerhard Boos sagte, konnte das zur französischen Rhone-Poulenc-Gruppe gehörende Unternehmen vor allem bei den textilen Polyamid- und Polyester-*Filamentgarnen* seine Position festigen. Der Umsatz stieg 1983 um 1,7 Prozent auf 532,2 (523,3) Mill. DM. Die Exportquote stieg auf 45 (43) Prozent. Der Jahresüberschuß wird mit 9,9 (11,7) Mill. DM ausgewiesen, wovon 9,25 (11,8) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt wurden. Im 1. Quartal 1984 lag der Umsatz um 15 *Prozent höher als ein Jahr zuvor.*

Malerhandwerk ist optimistisch

dpa/VWD, München

Das Maler- und Lackiererhandwerk in der Bundesrepublik erwartet 1984 von einer belebten Bautätigkeit ein reales Umsatzwachstum von zwei Prozent und eine bessere Beschäftigung. *Dies erklärte* der Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Maler- und Lackiererhandwerks, Paul Schnitker, in München vor Beginn der internationalen Fachausstellung „Farbe 84". Im vergangenen Jahr mußten die Maler einen realen Rückgang von zwei Prozent auf 11,4 Mrd. DM hinnehmen. Die Zahl der Betrie*be hatte sich um 0,5 auf 33 500* und die Zahl der Beschäftigten um mehr als 4000 auf 178 200 verringert.

NAMEN

Karl Beisel, Mitglied des Verwaltungsrates der Nürnberger Diehl *GmbH & Co., vollendet heute das 80.* Lebensjahr.

Dr. **Albert Groß**, *Geschäftsführer* und Forschungsleiter von Kulzer & Co. GmbH, Wehrheim (Taunus), feiert heute den 60. Geburtstag.

Dr. **Hermann Datz**, Gründer und Inhaber der Maschinenfabrik Dr. Datz GmbH, Andernach, vollendet am 17. April das 80. Lebensjahr.

Wolfgang C. Mellinghoff (43), hat die Gesamtverantwortung für die Adia Deutschland übernommen. Er löst **Walter Rudolf** ab, der Direktor für Nord-Europa der internationalen Adia-Gruppe bleibt.

ERGEBNISSE

Bielefeld – Offenbach 3:1 (0:1)
Nürnberg – München 2:4 (2:1)
Hamburg – M'gladbach 2:1 (0:1)
Dortmund – Mannheim 4:1 (1:0)
Leverkusen – Bremen 0:0
Frankfurt – Köln 0:2 (0:0)
Uerdingen – Braunschweig 4:0 (3:0)
Stuttgart – Düsseldorf 6:0 (3:0)
K'lautern – Bochum 2:0 (0:0)

DIE SPIELE

Bielefeld – Offenbach 3:1 (0:1)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Büscher, Hupe – Geils, Dronia, Kühlhorn, Pagelsdorf (82. Butz), Pohl – Grillemeier (82. Westerwinter), Ozaki. – **Offenbach:** Reck – Trapp – Kutzop, Thiel – Grünewald (82. Dubovina), Franusch (75. Michelberger), Eichhorn, Bein, Sandner – Hofeditz, Höfer. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 0:1 Hofeditz (13.), 1:1 Büscher (46.), 2:1 Ozaki (50.), 3:1 Westerwinter (85.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Pohl (4/2), Dronia (3), Hupe, Trapp (7).

Dortmund – Mannheim 4:1 (1:0)

Dortmund: Immel – Zorc – Rüßmann, Konopka – Storck, Keser (58. Lusch), Bittcher, Raducanu, Klotz – Wegmann, Dreßel. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Knapp, Dickgießer – Remark (44. Linz), Quaisser, Scholz, Hein, Schön – Bührer, Walter. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Storck (39.), 2:0 Keser (48.), 2:1 Linz (49.), 3:1 Klotz (78.), 4:1 Lusch (86.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Keser (7), Bittcher (2), Hein (4/2), Schön.

Frankfurt – Köln 0:2 (0:0)

Frankfurt: Pahl – Fruck – Körbel, Kraaz (65. Sziedat) – Berthold, Sievert, Kroth, Falkenmayer, Trieb (67. Tobollik) – Mattern, Müller. – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin, Steiner – Lefkes, Littbarski, Mennie (89. Willmer), Engels, Hönerbach – Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 0:1 Allofs (83.), 0:2 Allofs (89.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Prestin (7), Steiner (4/2).

Hamburg – M'gladbach 2:1 (0:1)

Hamburg: Stein – Groh – Jakobs, Schröder – Kaltz, von Heesen, Magath, Rolff, Wehmyer – Milewski (20. Schatzschneider), Wuttke. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Borowka (65. Hannes), Herlovsen – Krauss, Matthäus, Rahn, Schäfer (75. Criens), Frontzeck – Mill, Lienen. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Mill (22.), 1:1 Wuttke (64.), 2:1 Schatzschneider (68.). – **Zuschauer:** 60 348 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Kaltz (2), Rahn (2).

Leverkusen – Bremen 0:0

Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Winklhofer, Geschlecht, Hermann (77. Pomp), Röber, Wojtowicz – Vöge, Tscha. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Sidka, Gruber – Schaaf, Meier (60. Siegmann), Neubarth, Möhlmann (88. Ordennewitz), Okudera – Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – Zuschauer: 12 000. – **Gelbe Karten:** Gruber (4/1), Sidka (2).

Nürnberg – München 2:4 (2:1)

Nürnberg: Kargus – Eder – Brunner, Reinhardt, Giske – Grahammer, Täuber (84. Heidenreich), Lieberwirth, Burgsmüller – Lottermann, Trunk. – **München:** Pfaff – Augenthaler (69. Martin) – Nachtweih, Maurer – Kraus, Grobe, Lerby, Pflügler – K.-H. Rummenigge, Hoeneß, M. Rummenigge (46. Mathy). – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Reinhardt (3.), 2:0 Lieberwirth (10.), 2:1 Pflügler (11.), 2:2 Mathy (48.), 2:3 Mathy (84.), 2:4 Nachtweih (90.). – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karte:** Martin.

K'lautern – Bochum 2:0 (0:0)

K'lautern: Hellström – Dusek – Lang, Briegel – Melzer (58. Loechelt), Geye, Allofs, Brehme – Eilenfeldt, Nilsson, Hübner (54. Hoos). – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Zugcic (35. Benatelli), Kree, Bönighausen – Schulz, Oswald, Lameck (80. Pater), Woelk – Schreier, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Nilsson (75.), 2:0 Allofs (87.). – **Zuschauer:** 13 080. – **Gelbe Karte:** Geye (4), Oswald (2), Schulz (2).

Stuttgart – Düsseldorf 6:0 (3:0)

Stuttgart: Jäger – Niedermayer – K.-H. Förster, B. Förster – Schäfer, Ohlicher, Allgöwer, Buchwald (76. Zietsch), Sigurvinsson – Reichert, Corneliusson (72. Müller). – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Bunte (60. Jakobs), Schmidkunz – Bockenfeld, bommer, Fach, Löhr, Weikl – Edvaldsson, Ormslev. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Reichert (29.), 2:0 Sigurvinsson (35., Foulelfmeter), 3:0 Ohlicher (45.), 4:0 Ohlicher (57.), 5:0 Buchwald (75.), 6:0 Müller (79.). – **Zuschauer:** 34 900. – **Gelbe Karten:** Ormslev (2), Bunte, Jakob.

Uerdingen – Braunschweig 4:0 (3:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Schwarz, von de Loo – Klinger, Buttgereit, Funkel (80. Gulich/85. Sackewitz), Thomas, Feilzer – Hofmann, Loontiens. – **Braunschweig:** Josef – Tripbacher – Geiger, Bruns, Ellmerich – Lux, Studzizba, Kindermann (56. Zavisic), Pahl – Geyer (76. Keute), Worm. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Trier). – **Tore:** 1:0 Loontiens (5.), 2:0 Hofmann (43.), 3:0 Buttgereit (45.), 4:0 Herget (79.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karte:** Herget (4/1).

VORSCHAU

Donnerstag, 19.4., 20 Uhr:
Offenbach – Nürnberg (0:4)

Samstag, 21.4., 15.30 Uhr:
Bielefeld – Hamburg (0:2)
Düsseldorf – Frankfurt (0:3)
Bremen – München (0:0)
Braunschweig – Köln (1:2)
Mannheim – M'gladbach (0:3)
Uerdingen – Dortmund (1:2)
Leverkusen – K'lautern (0:3)
Bochum – Stuttgart (2:4)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Prognose: „Der Meister kommt aus dem Süden" – Schwaches Spitzenspiel Hamburg gegen Gladbach

● Mönchengladbachs Nationalspieler Lothar Matthäus, in der nächsten Saison in Diensten des FC Bayern München, hofft offensichtlich, künftig beim Deutschen Meister zu spielen. Nach der Niederlage in Hamburg legte er sich fest: „Der Meister kommt aus dem Süden." Bayern München also – oder der VfB Stuttgart. Diese Alternative setzt sich immer deutlicher in den Köpfen der Experten fest. Horst Köppel, Assistent von Bundestrainer Jupp Derwall und in Hamburg Beobachter des Spiels, sagt: „Es geht wohl nur noch um die Bayern und den VfB." Und von diesen beiden Klubs macht zur Zeit Trainer Helmut Benthaus einen weitaus optimistischeren Eindruck als sein Kollege Udo Lattek. Benthaus: „Für die Meisterschaft waren unsere sechs Tore gegen Düsseldorf wichtig." Lattek sorgt sich dagegen um seine Mannschaft: „Es wird sehr schwer für uns, den Platz den wir haben, zu verteidigen." Eine Aussage, die sich hauptsächlich auf die vielen Verletzten in der Mannschaft bezieht. Dremmler fällt für den Rest der Saison aus, wann Beierlorzer wieder spielen kann, ist fraglich, jetzt kommt auch noch eine Knochenabsplitterung im Schultergelenk von Augenthaler hinzu. Die Abwehr der Münchner, das hat sich auch bei der schnellen Führung des 1.FC Nürnberg am Samstag gezeigt, ist verwundbar geworden. Bremen hat endgültig aufgegeben. Dieter Burdenski sagt: „Fünf Punkte Rückstand sind zu viel."

● Wichtige Vorentscheidungen sind in der Frage des Abstiegs und im Kampf um die Teilnahme am UEFA-Pokal gefallen. Um den sechsten Tabellenplatz, der dazu berechtigt, noch in einem internationalen Wettbewerb mitzuspielen, rangeln nur noch die beiden Nachbarn Köln und Leverkusen. Mit der Bilanz von 2:16 Punkten aus den letzten neun Spielen hat Fortuna Düsseldorf, einst auch als Favorit auf die Meisterschaft angesehen, seine Chancen im Sturzflug verloren. Am Tabellenende verspielte Eintracht Frankfurt einmal mehr in einem Heimspiel die Hoffnung, endlich vom 16. Tabellenplatz aufzusteigen. Der Zweikampf der Frankfurter und Bochumer gegen das Ausscheidungsspiel mit dem dritten der Zweiten Liga geht also weiter. Borussia Dortmund ist aus diesem Duell offensichtlich mit seinem klaren Sieg über Mannheim ausgeschieden. Trainer Franz: „Wir haben am Samstag gleich fünf Punkte gewonnen, zwei selbst, zwei durch die Niederlagen von Frankfurt und Bochum, einen durch die Verbesserung unserer Tordifferenz." Eine ungewöhnliche Rechnung, die aber den Realitäten entspricht: Dortmund ist nicht mehr zu den Abstiegskandidaten zu zählen. Dafür aber glaubt Frankfurts Trainer Dietrich Weise daran, daß sich erst am letzten Spieltag entscheiden wird, wer den sicheren 15. Tabellenplatz erreichen wird – Bochum oder seine Mannschaft.



Das Tor, das dem HSV noch die Titelverteidigung aus eigener Kraft ermöglicht: Schatzschneider trifft in der 69. Minute. FOTO: MÜLLER

Ernst Happel: „Solche Spiele" verderben Spaß am Fußball"

BERND WEBER, **Hamburg**

Vor zehn Tagen traten die Weltmeister von 1974 mit den alten Stars Franz Beckenbauer, Wolfgang Overath, Paul Breitner und Günter Netzer unter anderem in Dortmund bei einem Wohltätigkeitsspiel auf und wurden anschließend überschwenglich gefeiert. Da war von „Super-Fußball" die Rede, von „absolut erstklassigen Darbietungen, die die derzeitige Bundesligakost nur noch als faden Eintopf" auswiesen. Netzer, früher Genie und Rebell am Ball, inzwischen HSV-Manager, echauffierte sich mächtig über die Berichterstattung in den Medien. Sie sei „hochgradig unfair und in der Zielsetzung leicht durchschaubar". Netzer zur WELT: „Nichts wird von einigen Leuten mit größerer Leidenschaft betrieben als die Leistungen der heutigen Profis abzuqualifizieren. Ich aber lasse mir da nichts einreden, auch die können hervorragend Fußball spielen."

Mag sein, daß sie es können. Aber sicher ist, daß sie es zu selten demonstrieren. Mag sein, daß sich Netzer jetzt erneut massiv über die Medien ärgert. Der Kölner „Express" schrieb nach dem 2:1-Sieg des HSV über Borussia Mönchengladbach: „Das war alles andere als ein Spitzenspiel. Außer der Sonne glänzte fast nichts ..." „Bild am Sonntag" analysierte: „Vor großer Kulisse eine Durchschnittsbegegnung". Sicher ist, daß diese Beurteilungen noch milde ausgefallen sind gegenüber dem, was HSV-Trainer Ernst Happel später von sich gab. Er grantelte: „Solche Spiele verderben einem den Spaß am Fußball." Happels Spontan-Reaktion fand denn schließlich auch Netzers Zuspruch. „Es wurde leider nicht das erwartete große Duell", gestand der ein – und sollte sich nun einmal ein paar Gedanken mehr darüber machen, was denn tatsächlich geringer ist: die Fairneß der Medien oder das Leistungsvermögen unserer aktuellen Bundesliga-Spieler.

Die Happel-Schelte wiegt um so mehr als der Trainer nach dem Schlußpfiff eigentlich zufrieden sein konnte. Seine Mannschaft hatte gewonnen und damit ihre Ansprüche auf eine erfolgreiche Titelverteidigung erhärtet. Was letztlich zu dem Schluß führt, daß die Hamburger zumindest in der Beziehung immer noch ausgekochte Profis sind: Sie funktionieren, von gelegentlichen Ausrutschern wie zuletzt beim 3:2 zu Hause gegen Mannheim abgesehen, wenn sie funktionieren müssen. Und das ist durchaus beachtenswert, denn immerhin steht die HSV-Leistungsgesellschaft seit nunmehr sechs Jahren unter Leistungsstreß. Netzer meint zwar, daran sei sie inzwischen gewohnt und es würde ihr nichts mehr *ausmachen. Aber auch in diesem* Punkt irrt er wohl. Jedenfalls wurde er von HSV-Mannschaftskapitän Felix Magath widerlegt. Er begründete die dürftigen Leistungen am Samstag so: „Wir wußten, daß wir unbedingt gewinnen mußten, wenn wir die Hoffnungen auf eine erfolgreiche Titelverteidigung nicht vorzeitig aufgeben wollten. Das hat uns einer



Jubelsprünge – Plötzlich mögen alle Schatzschneider. FOTO: PERENEYI

seits gelähmt und zum anderen viel zu hektisch werden lassen."

Vor allem die Phase nach dem Mönchengladbacher Führungstor durch Frank Mill (22. Minute) hat es überdeutlich werden lassen. Statt mit Herz und Verstand zu spielen, legten sich die Hamburger mit Schiedsrichter Aron Schmidhuber an, traktierten ihn verbal und in der ersten Erregung fast körperlich, weil sie sich von ihm gleich zweifach betrogen fühlten. Schmidhuber habe völlig zu Unrecht ein Tor von Jürgen Groh wegen angeblicher Abseitsstellung nicht anerkannt, hingegen den Treffer von Mill gelten lassen, obwohl der deutlich im Abseits gestanden habe. Freilich, durch die Fernsehkameras wurde der Schiedsrichter klar bestätigt. An der Richtigkeit seiner Entscheidung gibt es inzwischen nichts mehr zu zweifeln. Wohl jedoch wieder einmal daran, ob DFB-Schiedsrichterobmann Johannes Malka das rechte Fingerspitzengefühl aufgebracht hat. Ausgerechnet ein Schiedsrichter aus München, also aus der Stadt des Bundesliga-Spitzenreiters Bayern, für das Verfolgerduell in Hamburg zu benennen, das kann man getrost als *Black out bezeichnen. Wer weiß, wie* das von den HSV-Spielern aufgeputschte Publikum reagiert hätte, wenn nicht Wolfram Wuttke und – ausgerechnet – der ungeliebte Dieter Schatzschneider das 0:1 mit einem Doppelschlag (64. und 69. Minute) in den 2:1-Sieg umgewandelt hätten.

Schatzschneider, der erst ins Spiel eingewechselt worden war, nachdem Jürgen Milewski wegen einer Oberschenkelverletzung vom Platz mußte, wurde von seinen Mannschaftskameraden vor Freude schier erdrückt. Den Frust über seine Position beim HSV konnte der Treffer aber nicht beseitigen. Der Mittelstürmer meinte: „Meine Position ist absolut unbefriedigend." Was die Gerüchte verstärkte, das er am Ende der Saison, aller Netzer-Dementis zum Trotz, zu Schalke 04 wechseln wird.

Wer zum HSV kommen wird, darüber wurde auch schon gesprochen. Es scheint, ohne das es auch dafür eine offizielle Bestätigung gibt, daß sich die Hamburger weitgehend mit Mittelfeldspieler Gerard Plessers von Standard Lüttich einig sind. Der Transfer wäre, käme er zustande, allerdings nicht ganz ungewagt: Plessers war in den belgischen Bestechungsskandal verwickelt und wurde zu einem Jahr Sperre verurteilt.

Um auf den Frust noch einmal zurückzukommen – der hatte nach dem Spiel vor allem auch den Mönchengladbacher Nationalspieler Lothar Matthäus erfaßt. Nie sei es leichter gewesen, im Volksparkstadion zu gewinnen, sagte er gestern morgen. Jedoch: „Einige Leute von uns waren viel zu ängstlich. Sie haben sich nach hinten verkrochen anstatt zu versuchen, die Führung auszubauen. Wir sind, ich habe es immer gewußt und jetzt noch einmal bestätigt bekommen, wirklich keine Spitzenmannschaft."

Im fernen Dudweiler ärgerte sich derweil Bundestrainer Jupp Derwall. Im ZDF-Sportstudio verfolgte er die Ausschnitte vom Spiel und den anschließenden Auftritt von HSV-Verteidiger Manfred Kaltz, der im Gespräch mit Moderator Dieter Kürten erneut sein Comeback in der Nationalmannschaft anbot. Derwall erklärte der WELT: „Ich fand den Auftritt blamabel und bin entschlossener denn je, auf Kaltz bei der Europameisterschaft zu verzichten. Erst hat er in der Nationalmannschaft mehrfach schlecht gespielt. Dann war er beleidigt als ich ihm das gesagt habe. In der Qualifikation, als ich noch bereit gewesen wäre mit ihm zusammenzuarbeiten, hat er mir mehrmals die kalte Schulter gezeigt. Nein, das Thema ist abgehakt." Dem sei hinzugefügt, daß Kaltz' Leistung am Samstag eher mäßig als eine Offenbarung war.

Cramer: „Kann verstehen, wenn alle neidisch werden"

Von ULRICH DOST

Daß der Kölner Nationaltorwart **Harald Schumacher** (30) zu den Weltbesten seiner Branche zählt, hat sich inzwischen bis zum letzten Fan in der Südkurve herumgesprochen. Schumacher gehört zu den wenigen Spielern, die über einen langen Zeitraum auf einem sehr hohen Niveau spielen können – das macht den Weltklassemann aus. Leistungssteigerungen werden bei ihm kaum für möglich gehalten, dennoch treten sie zuweilen ein. Wie am Samstag in Frankfurt, als dem 1. FC Köln ein Schumacher in Glanzform und ein **Klaus Allofs** (27), ebenfalls in glänzender Form und als zweimaliger Torschütze, schon ausreichten, um einen Auswärtssieg zu schaffen, durch den die Hoffnungen auf einen UEFA-Cupplatz vorläufig erhalten blieben.

„Die Kölner haben den lieben Gott im Tor", hat Otto Andres (61), Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), auf der Tribüne im Frankfurter Waldstadion über die Leistung von Schumacher gesagt. Ganz so war es nicht, Schumacher schien tatsächlich den siebten Sinn gehabt zu haben: Wo die Frankfurter den Ball auch hinschossen, der Kölner war schon da. Das mache die Stürmer einfach verrückt, meinte der Frankfurter Thomas Kroth (24), der früher selbst in Köln spielte: „Man versucht noch genauer zu zielen, um Schumacher zu überwinden, doch dann geht es meistens daneben."

Die Kölner wissen schon lange, bei wem sie sich zu bedanken haben, wenn sie tatsächlich im internationalen Geschäft vertreten sein werden.

In der letzten Woche hat **Peter Weiand** (64), Präsident des 1. FC Köln, noch herzhaft gelacht über ein Schumacher-Zitat in der „Sport-Illustrierten": „Ich will Präsident des 1. FC Köln werden." Weiand: „Das hat der Toni doch bestimmt nicht ernst gemeint. Ein Fußballklub muß wie ein Wirtschafts-Unternehmen geführt werden, davon versteht der Toni doch nichts."

Wer weiß das schon, Schumacher jedenfalls meint die Sache ernst und will sich davon auch nicht abbringen lassen. Nach dem Frankfurter Spiel hat er seine Vorstellungen sogar konkretisiert: „Ich will der Erste sein, der gleichzeitig Bundesligaspieler und Präsident ist." Mit 40 Jahren, so hat es sich Schumacher vorgenommen, will er noch immer im Tor stehen. In dem Alter kann man auch Präsident sein, glaubt er. Zuzutrauen ist ihm alles ...

Der sechste Platz wird dem 1. FC Köln durch eine Mannschaft streitig gemacht, die von der Konkurrenz immer häufiger naserümpfend betrachtet wird – Bayer 04 Leverkusen. Die WELT sprach mit Leverkusens Trainer **Dettmar Cramer** (59) über den deutschen Fußball allgemein und die Situation in Leverkusen.

WELT: Es gibt im deutschen Fußball keine Spitzenmannschaft mehr, sagen die einen Trainer. Andere meinen, die Kleinen hätten aufgeholt. Was ist Ihre Meinung?

Cramer: Wir haben, um das zu beurteilen, längst das Augenmaß verloren. Wenn ich als FIFA-Trainer nach Deutschland kam, habe ich mich im-



mer gewundert, wie gut die deutschen Klubs doch im Durchschnitt bewertet wurden. Sie wurden durch die Erfolge von München, Gladbach oder Hamburg überbewertet.

WELT: Der deutsche Fußball ist doch aber eindeutig schlechter geworden.

Cramer: Das ist richtig, aber so schlecht, wie er oft gemacht wird, ist er auch nicht. Ich schätze, in zwei bis drei Jahren sind wir aus der Talsohle raus.

WELT: Sie machen sich also keine Sorgen um die Zukunft des deutschen Fußballs?

Cramer: Wirklich nicht. Und zwar aus einem Grund: Zu viele Leute haben schon versucht, den Fußball kaputt zu machen, aber keinem ist es gelungen.

WELT: Am Mittwoch findet das Länderspiel gegen Frankreich statt. Möchten Sie in der Haut von Jupp Derwall stecken?

Cramer: Darüber zerbreche ich mir nicht meinem Kopf. Ich erwarte, daß Jupp Derwall nicht in meine Mannschaft reinredet. Also rede ich ihm auch nicht in seine Arbeit.

WELT: Es wurde der Vorschlag gemacht, daß Sie Derwall als Berater zur Seite stehen sollen.

Cramer: Das ist Blödsinn, das würde ich nie machen.

WELT: Reizt Sie denn der Posten des Bundestrainers überhaupt?

Cramer: Mit 59 Jahren bestimmt nicht mehr. Ich habe zu diesem Thema eine andere Meinung: Der DFB hat es versäumt, sich einen Kronprinzen aufzubauen. Ich könnte mir einen Spieler wie Franz Beckenbauer vorstellen, der nach dem Ende seiner Karriere in andere Länder geschickt wird, wo er Sprachen lernen kann, wo er sich weiterbilden kann. Ich bin sicher, da käme bestimmt eine große Trainerpersönlichkeit heraus.

WELT: Zu Ihrem Klub Bayer Leverkusen. Die Konkurrenz spricht von Wettbewerbsverzerrung, weil der Klub über die Millionen des Bayer Werks verfügen kann.

Cramer: Diese Diskussion erinnert mich immer so an die Politik: Wenn es innenpolitische Probleme gibt, wird die Diskussion einfach auf die nicht so wichtigen außenpolitischen Dinge gelenkt. So ist es bei uns. Viele Klubs wollen damit nur von ihren eigenen Fehlern der Vergangenheit ablenken. Ich kann verstehen, daß es viele Neider gibt, aber jeder muß sich zur Decke strecken. Ich würde mir wünschen, daß auch Düsseldorf oder der VfL Bochum Unternehmen im Rücken hätten, die es den Trainern erlauben würden, längerfristig zu arbeiten. Bayer 04 Leverkusen kauft nicht die Bundesliga auf, wir kaufen nur gezielt ein: Junge Leute, die nicht viel kosten.

WELT: Der Gladbacher Frank Mill soll in Hamburg gesagt haben, Leverkusen habe ihm ein garantiertes Angebot von jährlich 400 000 Mark gemacht.

Cramer: Diese Summe würde unser Gehaltsgefüge sprengen. So lange ich etwas zu sagen habe, wird so viel nicht gezahlt. Außerdem: Wir stehen weder mit Mill noch mit Borussia Mönchengladbach in Verhandlungen.

WELT: Derzeit brüsten sich aber viele Spieler mit Leverkusener Angeboten.

Cramer: Das machen sie nur, um mit ihren Klubs besser pokern zu können. Das haben wir in den letzten Wochen sehr oft festgestellt. Denn wir wissen ja effektiv, daß wir nicht mit ihnen gesprochen haben.

WELT: Einen Grund muß es doch dafür geben, daß immer der Name Leverkusen auftaucht.

Cramer: Sicherlich, das liegt daran, daß wir krisenfester sind. Mit dem Bayer-Werk im Rücken läßt es sich leichter leben. Für mich war diese Konstellation der einzige Grund, warum ich als Trainer zu Bayer 04 Leverkusen gegangen bin. Andere Vereine sollten sich auch viel mehr bemühen, Partner in der Wirtschaft zu finden. Die Zuschauer kommen aus den verschiedensten Gründen nicht mehr ins Stadion, also fehlen die Einnahmen. Deshalb müssen sich die Klubs etwas überlegen.

28. Spieltag in der Statistik: Zweitbeste Zuschauerzahl dieser Saison

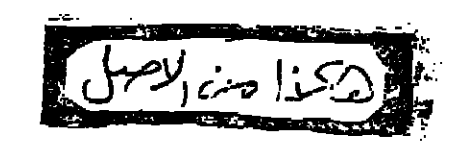
	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte	Heim		Auswärts	
1. München	28	17	6	5	69:31	40:16	48:10	25:3	21:21	15:13
2. Stuttgart	28	15	9	4	63:28	39:17	42:8	25:3	21:20	14:14
3. Hamburg	28	16	6	6	61:31	38:18	47:17	24:6	14:14	14:12
4. M'gladbach	28	16	6	6	62:38	38:18	41:13	26:2	21:25	12:16
5. Bremen	28	14	7	7	59:35	35:21	42:10	24:4	17:25	11:17
6. Leverkusen	28	12	7	9	46:43	31:25	29:13	22:6	17:30	9:19
7. Köln	28	13	4	11	52:43	30:26	31:17	19:9	21:26	11:17
8. Bielefeld	28	10	8	10	36:41	28:28	23:16	18:10	13:25	10:18
9. K'lautern	28	11	5	12	58:52	27:29	35:18	20:10	23:34	7:19
10. Düsseldorf	28	10	7	11	52:52	27:29	38:15	20:8	14:37	7:21
11. Uerdingen	28	10	7	11	52:59	27:29	30:21	19:9	22:38	8:20
12. Mannheim	28	7	11	10	33:47	25:31	20:16	15:11	13:31	10:20
13. Braunschweig	28	11	3	14	45:63	25:31	32:15	20:6	13:48	5:25
14. Dortmund	28	9	6	13	42:54	24:32	30:15	20:10	12:39	4:22
15. Bochum	28	7	7	14	45:62	21:35	28:20	17:9	17:42	4:26
16. Frankfurt	28	4	12	12	33:51	20:36	18:18	14:16	15:33	6:20
17. Offenbach	28	5	5	18	34:84	15:41	21:25	13:13	13:59	2:28
18. Nürnberg	28	6	2	20	33:61	14:42	28:25	14:14	5:36	0:28

● Der 700. Spieltag in der Geschichte der Bundesliga brachte mit 225 080 Zuschauern (Durchschnitt 25 009) den zweitbesten Besuch der laufenden Saison. Nur am ersten Spieltag kamen mehr: 229 400 Zuschauer. Das Hamburger Volksparkstadion war mit 60 500 Besuchern ausverkauft. In der Statistik der Zuschauerzahlen liegt der HSV (Durchschnitt 25 828) aber nur an vierter Stelle hinter München (33 024), Mannheim (29 077) und Stuttgart (27 758). Am Ende dieser Tabelle liegt Leverkusen, zu dessen Spielen nur 11 220 Zuschauer kamen, obwohl der Klub die Chance hat, den UEFA-Cup zu erreichen.

● Aus der Gruppe der erfolgreichsten Torschützen traf am Samstag nur der Mönchengladbacher Frank Mill. Sein Tor gegen den Hamburger SV war sein 16. Treffer während der laufenden Saison. Damit liegt er jetzt in der Torschützenliste auf dem zweiten Platz hinter Karl-Heinz Rummenigge, der noch vier Treffer Vorsprung hat. Es folgen drei Spieler mit 15. Treffern auf dem dritten Platz: Schreier (Bochum), Völler (Bremen) und Funkel (Uerdingen). Dieter Schatzschneider, der nur noch selten spielt und meist auf der Ersatzbank sitzt, kam immerhin auf 12 Treffer und liegt damit auf Platz acht.

● Fortuna Düsseldorf hat einen neuen Vereinsrekord aufgestellt: Die schlechteste Serie aller Zeiten. Die Düsseldorfer sind jetzt bereits seit neun Spielen ohne Sieg (2:16 Punkte). Fast noch erschreckender sind die 28 Gegentore in dieser Zeit – mehr als drei Treffer im Durchschnitt. Acht sieglose Spiele hintereinander leistete sich Kickers Offenbach mit einem Torverhältnis von 4:26. Alle vier Tore erzielte dabei Beppo Hofeditz, der seine Karriere dort fortsetzen wird, wo er sie begann – beim KSV Baunatal. Das letzte Offenbacher Tor, das nicht von Hofeditz geschossen wurde, erzielte Uwe Bein am 4. Februar.

● Gleich drei Spieler sahen am Wochenende zum siebten Mal die gelbe Karte und sind für das nächste Spiel automatisch gesperrt: Wolfgang Trapp (Offenbach), Erdal Keser (Dortmund) und Dieter Prestin (Köln). Nach der vierten gelben Karte gesperrt ist ebenfalls Reiner Geye (Kaiserslautern). Mit jeweils 46 Verwarnungen behaupten die Aufsteiger Mannheim und Offenbach die unrühmliche Spitzenstellung in der Verwarnungs-Statistik. Zum Vergleich: Borussia Dortmunds Spieler sind die fairsten der Bundesliga, sie wurden bisher insgesamt nur 23 Mal verwarnt.



LÄNDERSPIEL

Absagen für Jupp Derwall

DW./sid, Düsseldorf

Vor sieben Jahren spielte Franz Beckenbauer zum letzten Mal in der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Seitdem wird sein Nachfolger gesucht. Immerhin vierzehn Profis haben sich seitdem um die vakante Position des Liberos beworben – fest eingestellt wurde keiner. Libero der Nationalmannschaft zu sein, erscheint nur noch als Aushilfsjob. Am Mittwoch wird der nächste, der 15. Gelegenheitsarbeiter getestet: Hans-Günter Bruns. Er wird es genauso schwer haben, wie alle anderen vor ihm. Weil auch er mit Franz Beckenbauer verglichen werden wird, der Vergleich aber nicht mehr zeitgemäß ist.

Seit Beckenbauers Abschied hat sich zuviel verändert: Das Umfeld, die Mannschaft, der Trainer. So ist der Test von Hans-Günter Bruns als Libero einzuordnen in den immer noch nicht abgeschlossenen Prozeß der Mannschaftsbildung. Das Länderspiel gegen Frankreich in Straßburg (20.30 Uhr/live im ZDF) sollte eigentlich schon eine Generalprobe für die Europameisterschaft (17.–27. Juni) sein, doch angesichts mehrerer Absagen eingeladener Spieler werden konkrete Aussagen über den aktuellen Leistungsstand schwerfallen. Schuster, Stielike, Waas, Milewski, Roleder und Allofs fehlen in jedem Fall. Allofs erlitt eine schwere Rippenprellung, Milewski leidet an einer Oberschenkelzerrung. Rummenigge und Meier sind leicht verletzt.

Für den Fall einer möglichen Blamage sind Bundestrainer Derwall die Entschuldigungen quasi schon vorweggenommen – auf dem Weg zur Bildung einer harmonisierenden Mannschaft kommt er damit aber keinen Schritt vorwärts. Umstrittene Nachnominierungen der Kölner Spieler Strack (lange verletzt) und Littbarski (Formkrise) helfen auch nicht weiter. Aufschlußreicher wird da schon das Verhalten des französischen Publikums gegenüber Torwart Schumacher in Erinnerung an dessen Foul an Patrick Battiston sein.

Die mögliche Mannschaft: Schumacher – Bruns – Bernd und Karl-Heinz Förster, Briegel – Matthäus, Meier, Rolff, Brehme – Rummenigge, Völler. – In Reserve: Burdenski, Otten, Strack, Littbarski, Herget, Bommer.

2. Liga

Darmstadt vor Ruin

sid, Darmstadt

Der SV Darmstadt 98 spielt mit dem Gedanken, sich selbst aufzulösen. Hans-Joachim Schmitt aus dem vierköpfigen Führungsgremium des Vereins sagte nach dem mageren 1:1 gegen Rot-Weiß Essen: „Im Falle eines Abstiegs machen wir Schluß." Dieser Abstieg droht im doppelten Sinne. Sportlich, weil der Verein noch mindestens sechs Punkte zur Rettung braucht, und durch einen Spruch des Kontrollausschusses des Deutschen Fußball-Bundes. Wegen Nichterfüllung der Lizenzierungsauflagen 1982/83 ist der Klub mit einer Vertragsstrafe in Höhe von 60 000 Mark belegt worden. Kann er nicht zahlen, werden ihm zwei Punkte abgezogen. Bis zum 26. April müssen die Darmstädter erklären, ob sie zahlen oder den Punktverlust hinnehmen wollen.

DIE ERGEBNISSE

Freiburg – Saarbrücken	1:1	(0:1)
Köln – SCC Berlin	1:1	(1:0)
Hertha BSC – Ulm	1:0	(1:0)
Karlsruhe – Oberhausen	4:2	(0:0)
Wattenscheid – Lüttringh.	2:1	(1:1)
Duisburg – Kassel	3:0	(1:0)
Hannover – Schalke	1:4	(1:0)
Darmstadt – Essen	1:1	(1:0)
Aachen – Stuttgart	0:1	(0:1)
Osnabrück – Solingen	3:1	(1:0)

DIE TABELLE

1.Karlsruhe	31	20	6	5	75:39	46:16
2.Schalke	31	18	8	5	76:37	44:18
3.Duisburg	31	15	10	6	54:31	40:22
4.Kassel	31	17	5	9	58:24	39:23
5.Aachen	31	15	8	8	43:31	38:24
6.Solingen	31	13	9	9	57:46	35:27
7.Köln	31	13	9	9	61:51	35:27
8.Hertha BSC	31	12	9	10	60:48	33:29
9.Freiburg	31	9	14	8	41:46	32:30
10.Stuttgart	31	10	10	11	40:41	30:32
11.Saarbrücken	31	11	8	12	50:53	30:32
12.Wattenscheid	31	11	8	12	50:56	30:32
13.Ulm	31	9	10	12	52:50	28:34
14.Hannover	31	9	9	13	41:56	27:35
15.Darmstadt	31	9	9	13	39:65	27:35
16.Essen	31	7	11	13	41:51	25:37
17.Osnabrück	31	9	5	17	36:52	23:39
18.SCC Berlin	31	7	9	15	32:56	23:39
19.Oberhausen	31	6	8	17	37:58	20:42
20.Lüttringh.	31	5	5	21	29:71	15:47

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Dienstag, 17.4., 18.15 Uhr: SCC Berlin – Essen, 20.00 Uhr: Oberhausen – Wattenscheid, Solingen – Hertha, Osnabrück – Darmstadt. – Donnerstag, 18.15 Uhr: Lüttringhausen – Aachen, Stuttgart – Köln, Kassel – Freiburg, Ulm – Hannover, 19.30 Uhr: Saarbrücken – Karlsruhe, 20.00 Uhr: Schalke – Duisburg, Samstag, 15.30: Darmstadt – SCC Berlin.

TURNEN / Auf dem Weg nach Olympia gibt es nur immer neuen Ärger

Verständnis für Protest der Turner: Ein Bundestrainer war betrunken

sid/dpa, Pforzheim

Im Deutschen Turnerbund (DTB) geht es offensichtlich nicht ohne Ärger. Bei der Olympia-Qualifikation der Kunstturner in Pforzheim beschwerte sich Aktiven-Sprecher Jürgen Geiger im Namen seiner Kameraden über den in Hannover stationierten Bundestrainer Ulrich Ott und fand bei Bundesfachwart Herwig Matthes volles Verständnis. Matthes: „Bei einem so wichtigen Wettkampf im betrunkenen Zustand zu betreuen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich werde Ott schriftlich abmahnen und ihm klarmachen, daß er im Wiederholungsfall mit einer Kündigung zu rechnen hat."

Ärger hatte es auch vor einem halben Jahr gegeben, als der frühere Bundestrainer und heutige Koordinator im Bundesausschuß Leistungssport, Eduard Friedrich, die Leistungen der deutschen Turner bei den Weltmeisterschaften in Budapest (achter Platz) als „Frechheit" bezeichnet hatte. Prompt war nun in Pforzheim ein Leistungsanstieg unverkennbar. „Wenn man berücksichtigt, daß dieser Wettkampf aus dem vollen Training heraus geturnt wurde, waren die Leistungen zufriedenstellend. Viele Übungen sind schwieriger und international hochwertiger geworden", meinte Cheftrainer Philipp Fürst. Am Boden und Reck gibt es aber noch immer starke Defizite.

Der Oppauer, der seinerzeit die Kritik Friedrichs zum Anlaß genommen hatte, die Vertrauensfrage zu stellen, hatte die Turner unter erhöhten Leistungsdruck gesetzt. Wer in der Kür bestimmte Höchstschwierigkeiten wegließ, wurde mit Punktabzug bestraft.

Als sicherer Kandidat für Los Angeles kann zunächst nur der deutsche Zwölfkampf-Meister Jürgen Geiger gelten. Der 24jährige Herbolzheimer war seinen Konkurrenten deutlich überlegen und siegte mit 115,25 Punkten unerwartet klar. Wer ihn nach Los Angeles begleiten wird, bleibt bis zur zweiten und letzten Ausscheidung am 27./28. April in Oldenburg offen. Denn nur 2,2 Punkte lagen zwischen dem zweitplazierten Hannoveraner Andreas Japtok und Manfred Wittner aus Herbolzheim, der den zehnten Platz belegte. Olympia-Hoffnungen hegen außerdem Volker Rohrwick aus Oppau, der in Pforzheim wegen einer Fußverletzung vorzeitig aufgeben mußte, sowie der Hannoveraner Andreas Aguilar, der sich nach einem zweiten Kahnbeinbruch erst im Juni einem Leistungstest unterziehen kann.

Eine Klasse für sich waren die Sowjetrussinnen beim Wiesbadener Turnier in der Rhythmischen Sportgymnastik. Die Weltmeisterschafts-Zweite Galina Beloglasowa gewann wie im Vorjahr mit 39,95 Punkten nicht nur den Vierkampf, sondern war mit drei von vier Geräten, nämlich Band, Ball und Reifen, die Beste. Lediglich die Keulen-Wertung ging an Dalia Kutkaite, die mit Rang zwei in der Vielseitigkeitswertung (38,40) den sowjetischen Triumph perfekt machte. Regina Weber kam trotz Heimvorteil nur auf den sechsten Platz, nur 0,05 Punkte vor Claudia Scharmann (beide Wattenscheid).

Die deutsche Meisterin Regina Weber patzte mit Keule und Reifen derart gewaltig, daß Bundestrainerin Livia Medilanski am liebsten die Vertrauensfrage gestellt hätte. Immerhin kündigte sie für die nächsten Monate eine „harte Welle" an. Livia Medilanski: „Ich habe es lange im guten versucht." Die Enttäuschung ist verständlich, schließlich war ihre Lieblingsschülerin Regina Weber von Krause, Dittrich (beide „DDR"), Dragan und Staiculescu (beide Rumänien) abgehängt worden. Das ging der Bundestrainerin offensichtlich an die Nerven.

Platz zwei für Regina Weber im Bandfinale sowie Rang drei mit dem Ball und drei Finalteilnahmen von Claudia Scharmann waren nicht mehr als ein Trostpflaster für die gestreßte Bundestrainerin. „Daß ich das noch erleben durfte", entfuhr es ihr, als Regina Weber zur Siegerehrung gebeten wurde. Für die Wattenscheiderin war es der erste internationale Start nach ihrem verheilten Muskelriß. Korrekterweise sollte auch nicht unterschlagen werden, daß die 20jährige mitten im Abitur steht. Die schriftliche Prüfung ist vorbei, Anfang Mai folgt die mündliche.

Als Entschuldigung wollte sie die Reifeprüfung nicht akzeptieren, dafür war sie selber zu enttäuscht. Ähnlich wie Dalia Kutkaite, die Weltmeisterschafts-Fünfte, die so herb von ihrer Trainerin kritisiert wurde, daß die Tränen flossen. Es war eben nicht ein Turnier von vielen, sondern eine Etappe auf dem Weg nach Olympia, sofern es ihn für die Sowjetrussinnen überhaupt noch gibt.

SPORT-NACHRICHTEN

Watford im Finale

London (dpa) – Mit einem 1:0-Sieg über das drittklassige Plymouth qualifizierte sich der FC Watford für das englische Pokalfinale am 19. Mai gegen Everton. Der von Popstar Elton John geführte FC Watford steht damit erstmals in seiner 93jährigen Vereinsgeschichte im Pokal-Endspiel.

Engländer dominierten

Preston (sid) – In vier von fünf Wettbewerben bei den Badminton-Europameisterschaften gewannen Teilnehmer aus England die Titel. Nur im Herren-Einzel setzte sich der dänische Weltranglistenerste Morten Frost durch. Das Damen-Einzel gewann Helen Troke, das Damen-Doppel Gillian Clark/Karen Chapman, im Herren-Doppel siegten Martin Dew/Mike Tredgett und den Titel im Mixed holten sich Martin Dew/Gillian Gilks.

Keine Sanierung

München (dpa) – Die Olympia-Reitanlage von München wird vorläufig nicht saniert und bleibt damit für große internationale Reitsportveranstaltungen geschlossen. Die Münchner Turniergemeinschaft sieht keine Möglichkeit mehr, die nötigen Gelder für die rund acht Millionen Mark teure Sanierung zu erhalten, nachdem die Weltmeisterschaft der Springreiter 1986 nicht an München sondern nach Aachen vergeben wurde.

Kohde im Endspiel

Hilton Head Island (sid) – Claudia Kohde (Saarbrücken) erreichte beim mit 250 000 Dollar dotierten Turnier in Hilton Head Island (South Carolina) das Finale. Nach dem 6:4, 6:0-Sieg über die Kanadierin Carling Bassett trifft sie im Endspiel auf die amerikanische Weltranglistenzweite Chris Evert-Lloyd.

Einreise verweigert

London (sid) – 15 nordkoreanischen Sportlern, die an der Taekwondo-Weltmeisterschaft in Glasgow teilnehmen wollen, wurde die Einreise nach Großbritannien verweigert. Die Briten erkennen Nordkorea als unabhängigen Staat nicht an.

Sieg für Sean Kelly

Lüttich (sid) – Der irische Radprofi Sean Kelly gewann das klassische belgische Rennen Lüttich-Bastogne-Lüttich. Zweiter wurde der Australier Phil Anderson vor dem amerikanischen Weltmeister Greg Lemond. Kelly hatte vor einer Woche bereits bei Paris-Roubaix gesiegt.

Doping-Vorwurf

Madrid (sid) – Eine einmonatige Sperre droht dem 24jährigen spanischen Radprofi Julian Gorospe. Eine Dopingkontrolle nach der Baskenland-Rundfahrt hatte ihn in den Verdacht gebracht, die stimulierende Substanz Nortestosteron eingenommen zu haben.

Erster Sieg als Britin

Dartford (sid) – Die 17 Jahre alte Südafrikanerin Zola Budd gewann in Dartford ihr erstes Rennen als britische Staatsbürgerin. Über 3000 m lief sie mäßige 9:02,06 Minuten, ihre persönliche Bestzeit liegt bei 8:37,50 Minuten. Die britische Olympianorm unterbot sie allerdings deutlich.

TISCHTENNIS / Europameisterschaften in Moskau – Die deutschen Damen können noch immer eine Medaille gewinnen

Herren schwach wie selten, Böhm konnte zehn Matchbälle nicht verwerten

sid/dpa, Moskau

Die Frauen-Mannschaft des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) ist auf dem besten Weg, den Erfolg der Europameisterschaft von 1982 zu wiederholen. Sie wurde damals nur durch die Niederlage gegen Gastgeber Ungarn Zweiter der Titelkämpfe. Bei den Meisterschaften in Moskau konnte die deutsche Auswahl am Wochenende an die damalige Leistung anknüpfen.

Kirsten Krüger (Kiel) und Susanne Wenzel (Kronshagen), die die weibliche DTTB-Auswahl bilden, gewannen zwei ihrer drei Vorrundenspiele gegen Jugoslawien und Polen klar mit jeweils 3:0. Nur gegen die CSSR mußten sie nach einem unerklärlichen Leitungseinbruch mit 0:3 beide Punkte abgeben. Trotzdem hielt Coach Istvan Korpa, der eine Medaille mit seiner Mannschaft holen will, an den beiden Spielerinnen fest.

Das gegensätzliche Bild bietet sich bei den Männern. In seiner Herrenmannschaft setzte Bundestrainer Charles Roesch inzwischen in den drei Begegnungen fünf Spieler ein. Trotzdem gingen alle Spiele verloren: 3:5 gegen Jugoslawien, 4:5 gegen die CSSR und 1:5 gegen die UdSSR.

Nach seinen drei Niederlagen im Auftaktspiel gegen Jugoslawien wurde zunächst Ralf Wosik (Düsseldorf) aus der Mannschaft genommen und durch Engelbert Hüging (Jülich) ersetzt. Nach der folgenden 4:5-Schlappe gegen die CSSR machte dann Peter Stellwag (Reutlingen) dem Altenaer Wilfried Lieck Platz.

Beständigster Spieler war noch der jüngst entthronte ehemalige deutsche Meister Georg Böhm (Saarbrücken), der allerdings Pech hatte, als er beim Stande von 2:2 im fünften Spiel der Begegnung mit der CSSR zehn Matchbälle gegen Vladislav Broda nicht verwerten konnte. Bundestrainer Roesch hatte die beiden Begegnungen vorab zu „Schlüsselspielen" erklärt.

Das folgende 1:5-Debakel gegen Gastgeber UdSSR, der überraschend auch die CSSR schon mit 5:2 bezwungen hatte, machte gestern deutlich, daß selbst der sechste Platz, den die deutschen Herren 1982 bei der EM in Budapest belegt hatten, kaum zu erreichen ist.

HANDBALL

Sepp Wunderlich kehrt zurück – zu Milbertshofen

sid, München

Handball-Nationalspieler Erhard Wunderlich (100 Einsätze) wird aller Voraussicht nach seine ursprünglich auf drei Jahre festgelegte Vereinbarung mit dem FC Barcelona frühzeitig beenden und schon in der nächsten Saison das Trikot des Münchner Vorortvereins TSV Milbertshofen anziehen. In München deutet jedenfalls vieles darauf hin, daß der Zweitliga-Aufsteiger wahrscheinlich schon heute das Engagement des 27 Jahre alten ehemaligen Gummersbachers offiziell bekanntgeben wird.

„Die Weichen sind gestellt," bestätigte Abteilungsleiter Ulrich Backeshoff, „es sind allerdings noch einige Formalitäten mit Barcelona zu klären." Gestern abend traf sich Backeshoff mit Wunderlich an einem nicht bekannten Ort zu letzten Verhandlungen. Seine Bereitschaft zum baldigen Wechsel hat der 2,04 Meter große Wunderlich gegenüber einem Journalisten seiner Heimatstadt Augsburg bereits bestätigt: „Ich spiele in der nächsten Saison für den TSV Milbertshofen."

Laut Backeshoff hat der TSV Milbertshofen Wunderlich den Einsatz in der Zweitklassigkeit durch die Absicherung seiner beruflichen Existenz schmackhaft gemacht. Ein japanischer Sponsor des Vereins will Wunderlich langfristig als Generalvertreter beschäftigen.

Allein das Veto aus Barcelona könnte den Wechsel verhindern. Doch Backeshoff, der kürzlich in Spanien verhandelte, ist zuversichtlich: „Ich glaube, daß die Spanier Wunderlich freigeben werden." Es bedarf wahrscheinlich eines finanziellen Kraftaktes, um Wunderlich nach nur einjähriger Spielzeit aus einem Vertrag freizukaufen, der ihm binnen drei Jahren Einnahmen in Höhe von 2,5 Millionen Mark sichern sollte.

PROFIBOXEN / Weller verteidigte seinen Titel

3091 Meter gelaufen, 80 000 Mark kassiert

HEINZ STUMM, Hagen

Müde zupfte er an den Saiten einer Gitarre. Seinen Freunden zuliebe, mit denen er seine (Schmuck-)Geschäfte macht und ohne die das Berufsboxen hierzulande mausetot wäre, spielte René Weller noch ein bißchen den Entertainer. Und vielleicht hätte er nach dem Sieg über den Spanier José Antonio Garcia auch noch gesungen. Doch die verräucherte Luft in der Hagener Ischelandhalle und diverse Interviews hatten dem Europameister die Stimme geraubt. René konnte nur noch krächzen.

Was er fast sprachlos an den Mann zu bringen versuchte, bezog sich vorwiegend auf Nebensächliches. So beteuerte er flüsternd, daß er seinen Titel gern mit goldenen Schuhen und goldenem Lederhöschen verteidigt hätte, doch sei das so kurzfristig nicht machbar gewesen. Und da auch Silberschuhe nur aus Stoff lieferbar gewesen seien, habe er sich wohl oder übel auf diesen Kompromiß eingelassen, um nicht die schnöden Lederstiefel tragen zu müssen, die Hinz und Kunz im Boxring tragen. „Dadurch bin ich umgeknickt und zu Boden gegangen", versuchte er den Niederschlag in der ersten Runde zu entschuldigen.

Andere, so zum Beispiel der frühere Kölner Fußball-Nationalspieler Heinz Flohe, hatten das anders gesehen: „Das war Schlagwirkung", meinte der Ex-Profi, der sich verdrückte, als der Sprecher die anwesende Sportprominenz in den Ring bat.

Was sich da vor dem Haupt- und Schlußkampf (Weller gegen den Spanier José Antonio Garcia) durch die Seile quetschte – die Ex-Europameister Bubi Scholz, Heinz Neuhaus und Willi Quator, die Ex-Kicker Norbert Nigbur und Hannes Bongartz – waren samt und sonders vom Veranstalter, einem Hagener Luxusauto- und Immobilienhändler namens Jürgen Medenbach (37), eingeladen und zum Teil bezahlt worden.

Heinz Flohe freilich, Stammgast bei jedem Weller-Kampf, war auf eigene Rechnung, großkotzig angekündigte Filmgrößen („Von Eddie Constantin bis Alain Delon") waren überhaupt nicht gekommen.

Auch sonst ging einiges durcheinander. So wippte statt der Ulknudel Ingrid Steeger ein Playmate des Männermagazins „Penthouse" in den Rundenpausen des Titelkampfes mit knappen Corsagen und einem Werbeplakat in den zarten Händen über die Bretter, und statt des gewünschten Mohamed Ali saßen vorwiegend Mitglieder der Halb- und Unterwelt am Ring. 300 Mark pro Platz, ein Klacks für diese Klientel und ihre Damen. Spaziergänger vor der Halle, bestaunten die aufgemotzten Karossen dieser Herrschaften, Fahrzeuge, genauso aufgedonnert wie die Begleiterinnen ihrer Besitzer, unter 100 000 Mark nicht zu haben; Karossen aus dem Hause Medenbach.

Das Programmheft konnten die Besucher (2800) getrost wegwerfen. Die meisten der genannten Kämpfer blieben weg, einige Ersatzleute nicht bis zum Schluß auf den Beinen. Dem Publikum wurde so ein auf sechs Stunden angesetztes Marathon-Boxen erspart; und die Ehrengäste konnten sich eine Stunde früher aufs kalte Büffet stürzen.

René Weller räkelte sich gegen 23.45 Uhr auf dem silberseidenen Bademantel. 35 Minuten später wurde er als alter und neuer Europameister gefeiert. Der Spanier Garcia, angeblich mit viel Dynamik in den Fäusten, hatte sein Pulver nach drei Runden verschossen. Für Weller, immer ein bißchen Bruder Leichtfuß, fing da der Kampf erst an. In der neunten Runde brach der französische Ringrichter Raimond Bachelet ab.

Weller warf erst Kußhändchen in die Halle, dann einen Blick auf seinen Computer im Boxstiefel. Laut Meßzahlen hatte er in knapp neun Runden 3091 Meter zurückgelegt und 3800 Kalorien verbraucht, um zwei Kilo leichter, aber um 80 000 Mark reicher; nicht schlecht für eine halbe Stunde Arbeit.

Schlecht war dafür die Stimmung bei dem hochgelobten Halbschwergewichtler Rolf Rocchigiani (21) aus Berlin. In seinem sechsten Profikampf mußte er gegen den Amerikaner Mike McCoy mußte er über die vollen sechs Runden gehen und zeigte dabei, daß er für einen Kampf um die deutsche Meisterschaft gegen Manfred Jassmann noch lange nicht reif ist.

MARATHONLAUF

Meistertitel für Ex-Skiläuferin Susi Riermeier

dpa/DW. Kandel

Der Frankfurter Ralf Salzmann gewann in Kandel zum fünften Mal hintereinander die deutsche Meisterschaft im Marathonlauf. Der Titelverteidiger verwies mit 2:14:25 Stunden auf der klassischen Distanz von 42,195 Kilometer Herbert Steffny von Jahn Freiburg mit 2:24:3o Stunden auf den zweiten Platz. Der Verdener Michael Spöttel belegte mit 2:14:38 Stunden den dritten Platz.

Bei den Frauen siegte überraschend die Fürtherin Susi Riermeier mit 2:38:13 Stunden. Die ehemalige Ski-Langläuferin und Olympia-Teilnehmerin 1980 in Lake Placid setzte sich in Abwesenheit von Titelverteidigerin Monika Lövenich (verletzt) und der erkrankten deutschen Rekordhalterin Charlotte Teske aus Darmstadt durch.

Der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) wollte das Rennen von Kandel als entscheidende Olympia-Qualifikation für Los Angeles angesetzt wissen. Doch nun fehlten bei den Frauen, deren Start in Los Angeles eine Olympiapremiere sein wird, mit Monika Lövenich und vor allem mit Charlotte Teske die beiden besten deutschen Marathon-Spezialistinnen. Auch die Wuppertalerin Christa Vahlensick, eine der schnellsten Marathonläuferinnen der Welt, war in Kandel nicht dabei. Susi Riermeier aber, die die Gunst der Stunde nutzte, hatte gar keine Olympia-Ambitionen gehegt. Die Freundin von Christoph Herle läuft nur zum Spaß.

MOTORRAD/ Grand Prix von Italien in Misano

„Wunder von Zamora": 85. Sieg für Angel Nieto

DW./sid, Misano

Der 37 Jahre alte spanische Motorrad-Weltmeister Angel Nieto bleibt in der Klasse bis 125 ccm weiterhin das Maß aller Dinge. Beim Großen Preis von Italien in Misano holte der zwölfmalige Titelträger auf einem Garelli-Motorrad überlegen seinen 85. Grand-Prix-Sieg. Zweiter wurde der Italiener Maurizio Vitali auf MBA vor dem früheren italienischen Weltmeister Eugenio Lazzarini (Garelli).

Der zweimalige deutsche Meister Gerhard Waibel (Schorndorf) kam auf Real als bester Deutscher als Zehnter ins Ziel, was ihm einen WM-Punkt einbrachte. Der italienische Grand Prix ist der zweite Lauf der Weltmeisterschafts-Saison, aber der erste für die Klasse bis 125 ccm.

Angel Nieto, der Sieger von Misano, hat mit seinem 85. Grand-Prix-Sieg längst den früheren englischen Weltmeister Mike Hailwood überholt (76 Siege). In der sogenannten ewigen Siegerliste rangiert jetzt nur noch der Italiener Giacomo Agostini (122 Siege) vor dem Mann aus Zamora. „Agostini der kleinen Klassen" oder „El Niño" nennen sie in der Branche den nur 1,65 m großen und lediglich 60 Kilogramm wiegenden Weltmeister. Er sei mit diesen Körpermaßen geradezu prädestiniert für die kleinen Motorrad-Klassen, wird Angel Nieto unterstellt. Doch der wehrt sich dagegen. „Wenn ich meine ersten Schritte in den kleinen Klassen tat, so nur deshalb, weil Derbi und Bultaco Werksverträge dafür angeboten hatten. Und weil ich sogleich erfolgreich war, wurde ich gezwungen, dieses – ungerechte – Etikett zu tragen. Zu meiner Enttäuschung wissen nur wenige, daß ich trotz meines Körperwuchses und der damit ständigen Unterstellungen in der spanischen Meisterschaft mehrere Jahre eine 750er-Yamaha gefahren habe."

Aber auch die Fahrerei mit den kleineren Motorrädern hat Angel Nieto längst zu einem wohlhabenden Mann werden lassen – und zu einem, der in seinem Lande ganz besonders verehrt wird. „Die Legende von Zamora" nennen die Spanier den noch aktivsten, erfolgreichsten Motorrad-Rennfahrer aller Zeiten. Der private Fuhrpark des mehrmaligen Weltmeisters besteht übrigens aus einem BMW 635 CSi, einem 1952er Bentley, einem Fiat 500 und einer Suzuki GS 1100 – also einem ganz schweren Motorrad. Eigentlich wollte sich Nieto auch noch ein Wohnmobil zulegen, doch das ging nicht, weil er die Führerschein-Prüfungen für Lastwagen nicht geschafft hat. Nieto konnte nicht alle Fragen zur Mechanik des Lastwagens beantworten, und deshalb ließen die gestrengen spanischen Prüfer den Herrn Weltmeister durchrasseln. Auch, als er beteuerte, er benötige dieses Papier berufshalber, nämlich zum Steuern seines eigenen Motorrad-Transporters.

Das Rennen der Klasse bis 500 ccm gewann Freddie Spencer auf Honda vor seinem amerikanischen Landsmann Eddie Lawson auf Yamaha.

GALOPP

Der sechs Jahre alte Orofino klar überlegen

K.GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Deutschlands 23maliger Galopper-Championtrainer Heinz Jentzsch (64) aus Köln ahnte es schon vor dem Rennen. Er hatte Orofino beim Training beobachtet. Der Eindruck von Jentzsch über die Verfassung des sechsjährigen Hengstes war korrekt. Vor über 6000 Zuschauern degradierte Orofino mit Jockey Peter Alafi (48) die Konkurrenz des Großen Preises von Gelsenkirchen (51 000 Mark, 30 000 Mark dem Sieger, 3400 m, Europa-Gruppe III) zu Statisten. Im Ziel hatte er zwar nur eine Länge Vorsprung vor seinem Trainingsgefährten und Vorjahressieger Belesprit (Peter Schade), aber der Zielrichter charakterisierte den Erfolg zu recht als überlegen.

Sven von Mitzlaff (69), der Trainer von Orofino und Belesprit, plant nun mit Deutschlands Galopper Nummer eins erneut Ausflüge nach Frankreich: Entweder am 12. Mai den Grand Prix von Evry (2400 m) oder der Prix Dollar (1950 m) in Paris-Longchamp, in dem er im Vorjahr den zweiten Platz belegt hatte.

Orofino absolvierte gestern den 20. Start seiner Laufbahn, er gewann zum 13. Mal. Insgesamt hat der Ausnahmehengst aus dem Gestüt Zoppenbroich aus Mönchengladbach nun 1 121 425 Mark gewonnen. Hinter Orofino (14:10) und Belesprit kam Junior Lombard mit Manfred Hofer noch vor dem 36:10-Mitfavoriten El Arco ins Ziel.

EISHOCKEY / Landshut glich nach Siegen aus

Kühnhackel wurde wütend

dpa, Landshut

Eishockey-Meisterschaft und kein Ende - der deutsche Meister 1984 wird frühestens zu Ostern feststehen: Titelverteidiger EV Landshut revanchierte sich gestern durch einen 6:4-Erfolg über den Kölner EC für die 4:5-Niederlage vom ersten Finalspiel. Damit wird der Titel frühestens am Samstag vergeben, wenn es nach dem dritten Spiel am Gründonnerstag in Köln zum vierten Spiel kommt. Denn erst drei Siege sichern den Titel.

Die Nervosität machte beiden Teams in einem niveauarmen Spiel vor 8200 Zuschauern am meisten zu schaffen. Die gespannte Atmosphäre in Landshut übertrug sich auch auf den ansonsten sicheren Schiedsrichter Jupp Kompalla, der nach einer Auseinandersetzung mit Erich Kühnhackl zur Zielscheibe zahlreicher Wurfgeschosse wurde. Nach der dritten Strafzeit gegen Kühnhackl zertrümmerte der Mannschafts-Kapitän wütend seinen Schläger auf dem Eis und schlug anschließend mit dem Schlittschuh Linienrichter Lichtenecker die Stockreste aus der Hand, die dieser gerade aufgesammelt hatte.

Selbst Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer wurde zum erregten Fan und rief von der Ehrentribüne: „Kompalla ist eine Katastrophe." Bundestrainer Unsinn und der frühere Landshuter Trainer Gut übereinstimmend: „Der Schiedsrichter ließ den Kölnern zuviel durchgehen."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 22. Spieltag: Dynamo Berlin – Magdeburg 2:0, Riesa – Jena 2:2, Frankfurt – Karl-Marx-Stadt 4:1, Erfurt – Chemie Leipzig 1:0, Rostock – Union Berlin 3:2, Aue – Dresden 1:2, Lok Leipzig – Halle 4:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 53:26/32:10, 2. Dresden 48:20/32:12, 3. Lok Leipzig 46:27/29:15. – **Englische Meisterschaft:** Birmingham – Queens Park 0:2, Coventry – Wolverhampton 2:1, Ipswich – Nottingham 2:2, Leicester – Aston 2:0, Stoke – Liverpool 2:0, Tottenham – Luton 2:1, Bromwich – Norwich 0:0, West Ham – Sunderland 0:1, Notts – Manchester United 1:0. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 69, 2. Manchester United 67, 3. Nottingham 61. – **Englischer Pokal,** Halbfinale: Plymouth – Watford 0:1, Southampton – Everton 0:1 n.V. – **Länderpokal der Damen,** Halbfinale: Mittelrhein – Niedersachsen 4:0, Hessen – Bayern 3:1.

EISHOCKEY

Play-Off-Runde, 1. Finalspiel: Köln – Landshut 5:4, zweites Spiel um Platz drei: Kaufbeuren – Mannheim 2:4.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 24. Spieltag: Hüttenberg – Bergkamen 22:18, Günzburg – Lemgo 26:24, Reinickendorf – Nürnberg 24:23, Göppingen – Essen 14:21, Dankersen – Gummersbach 15:14, Großwallstadt – Schwabing 22:16, Hofweier – Kiel 19:18. – **Bundesliga,** Damen, Gruppe Nord, Nachholspiel: Oldenburg – Engelskirchen 22:17.

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Herren, Gruppe Süd: Stuttgart – Berliner HC 1:0, München – TK Berlin 0:0. – Gruppe Nord: Uhlenhorst – SW Köln 0:3, Gladbach – Leverkusen 3:3, RW Köln – Kahlenberg 3:1, Hamburg – Hannover 0:0. – **Bundesliga,** Damen, Gruppe Nord: Krefeld – Düsseldorf 1:0, Großflottbek – BW Köln 0:5, Duisburg – Braunschweig 1:3, Hamburg – Leverkusen 2:1, Großflottbek – Leverkusen 0:3, Duisburg – Krefeld 0:0, Düsseldorf – Braunschweig 0:1, Hamburg – BW Köln 2:1. – Süd: Brandenburg Berlin – Hanau 2:1, Stuttgart – Berliner HC 2:1, Charlottenburg Berlin – Frankfurt 1:1, München – Berliner HC 0:0, Brandenburg Berlin – Frankfurt 0:1, Charlottenburg Berlin – Hanau 1:1.

VOLLEYBALL

Länderspiel der Damen in Hamburg: Deutschland – Peru 1:3.

WASSERBALL

Bundesliga, 11. Spieltag: Offenbach – Düsseldorf 4:9, Hamm – Duisburg 98 7:6, Hannover-Linden – Fulda 13:5, Cannstatt – Braunschweig 13:10, ASC Duisburg – Würzburg 13:6, Esslingen – Spandau 3:14.

KUNSTTURNEN

1. Olympia-Qualifikation der Herren in Pforzheim, Endstand: 1. Geiger (Herbolzheim) 115,25 Punkte, 2. Japtok (Hannover) 113,80, 3. Groß (Lebach) 113,10, 4. Winkler (Heusenstamm) 113,00, 5. Simmelbauer (Mühldorf) 112,85, 6. Wagner (Amberg) 112,70, 7. Jorek (Wolfsburg) 112,55, 8. Nigl (Stuttgart) 111,85.

BOXEN

Kampftag in der Ischelandhalle in Hagen: Juniore-Weltergewicht: Hauser (Frankfurt) PS – Dietzel (Koblenz); Super-Feder: Sichula (Sambia) – Rubin (Mülheim) Unentschieden; Halbschwer: R. Rocchigiani (Berlin) PS – McCoy (USA); Welter: Munduga (Köln) K.o.-Sieger 4. Rd. – Horne (USA); Mittel: Steinherr (München) Techn. K.o.-Sieger 4. Rd. – Hamdi (Algerien); Superwelter: Varela (Rüsselsheim) K.o.-Sieger 2. Rd. – Gutierrez (Spanien); Schwer: Kabassu (Zaire) Techn. K.o.-Sieger 3. Rd. – Jakab (Ungarn).; EM im Leichtgewicht: Weller (Pforzheim) K.o.-Sieger 9. Rd. – Garcia (Spanien).

TISCHTENNIS

14. Europameisterschaften in Moskau, erster Tag, Mannschaftswettbewerbe, Herren, erste Kategorie, Gruppe B: CSSR – Deutschland 5:4. – Einzelergebnisse: Broda – Stellwag 21:9, 17:21, 17:21, Pansky – Hüging 21:16, 22:20, Dvoracek – Böhm 21:17, 16:21, 20:22, Pansky – Stellwag 21:12, 21:13, Broda – Böhm 22:20, 21:8, Dvoracek – Hüging 13:21, 10:21, Pansky – Böhm 17:21, 21:14, 13:21, Dvoracek – Stellwag 21:17, 21:19, Broda – Hüging 23:21, 21:13. – Jugoslawien – Italien 5:0, Polen – UdSSR 5:0. – Gruppe A: Ungarn – England 5:2, Schweden – Norwegen 5:0, Frankreich – Bulgarien 5:2. – Damen, erste Kategorie, Gruppe B: CSSR – Deutschland 3:0. – Einzelergebnisse: Hrachova – Krüger 21:13, 21:12, Pelikanova – Wenzel 21:4, 12:21, 21:14, Hrachova/Pelikanova – Krüger/Wenzel 19:21, 22:20, 21:20. – Ungarn – Polen 3:0, Jugoslawien – Rumänien 3:0. – Gruppe A: Schweden – Dänemark 3:0, Ungarn – Finnland 3:0, Holland – England 3:1.

LEICHTATHLETIK

Stadtlauf „Rund um die Murnegg" in Luzern: Männer (7,8 km): 1. Wirz (Schweiz) 23:22,1 Min., 2. Oestreich (Deutschland) 23:27,8, 3. Nemeth (Österreich) 23:29,9, 4. Weyel (Deutschland) 23:59,9. – Damen (3,9 km): 1. Bürki (Schweiz) 13:06,2, 2. Michallek (Deutschland) 13:38,1, 3. Cosma (Schweiz) 14:32,0. – **Marathonlauf** von Rotterdam (42,195 km): Männer: 1. Shahanga 2:11:12 Std., 2. Barie (beide Tansania) 2:11:47, 3. Vainio (Finnland) 2:13:05, 4. Masong (Tansania) 2:14:09, 5. Parmentier 2:14:16, 6. Marc de Blander (beide Belgien) 2:14:32. – Damen: 1. Beurskens (Holland) 2:34:56 Std., 2. Keskitalo Finnland) 2:36:14, 3. Palm (Schweden) 2:38:59. – **Deutsche Meisterschaften der Geher** in Bad Krozingen, Männer, 50 km: 1. Schwoche (Hildesheim) 3:57:26 Std., 2. Schubert (Duchroth) 3:59:47, 3. Matern (Fürth) 4:03:45. – Damen, 5 km: 1. Adam (Düsseldorf) 24:12,1 Min., 2. Schwoche (Hildesheim) 24:30,3, 3. Knäringer (Esslingen) 25:03,3. – Junioren, 20 km: 1. Scholz (Berlin) 1:33:02 Std. 2. Neuner (Eckental) 1:35:32, 3. Jerosel (Siegen) 1:35:49.

SPORTGYMNASTIK

Vierkampf in Wiesbaden, Endstand: 1. Beloglasowa 39,05 Punkte, 2. Kutkaite (beide UdSSR) 38,40, 3. Krause 37,50, 4. Dittrich (beide „DDR") 37,35, ... 6. Weber (Deutschland) und Staiculescu (Rumänien) je 37,05, 8. Scharmann 37,00, 9. Ziburski (beide Deutschland) 36,85. – Gerätefinals: Reifen: 1. Beloglasowa 19,85, 2. Staiculescu 19,10, 3. Staccioli (Italien) 18,90, ...7. Scharmann 18,70. – Ball: 1. Beloglasowa 19,75, 2. Kutkaite 19,70, 3. Weber 19,20. – Keulen: 1. Kutkaite 19,75, 2. Beloglasowa 19,60, 3. Staiculescu 19,15, ... 6. Krause („DDR") und Scharmann 18,75. – Band: 1. Beloglasowa 19,55, 2. Weber 19,20, 3. Staiculescu und Kutkaite bei 19,10, ... 6. Scharmann 18,60.

MOTORRAD

Großer Preis von Italien in Misano, zweiter Lauf zur Weltmeisterschaft: Klasse bis 125 ccm (30 Runden = 102 km): 1. Nieto (Spanien) Garelli 44:30,67 Min., 2. Vitali (Italien) MBA 44:31,74, 3. Lazzarini (Italien) Garelli 44:34,18, eine Rd. zur. 10. Waibel Real, ... 16. Lichtenberg MBA, ... 19. Hupperich MBA, 20. Abold (alle Deutschland) MBA.

BADMINTON

Europameisterschaft in Preston/England, Finale, Herreneinzel: Frost – Nierhoff (beide Dänemark) 15:8, 15:2; Doppel: Dew/Tredgett (beide England) – Frost/Nierhoff 15:8, 15:10. – Dameneinzel: Troke – Podger (beide England) 11:5, 11:2. – Doppel: Chapman/Clark – Beckman/Gilks (alle England) 15:17, 15:12, 15:2.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 16, 20, 21, 32, 47, Zusatzzahl: 3. – Spiel 77: 8 1 9 8 4 0 6. – Toto, Elferwette: 1, 2, 2, 1, 1, 0, 0, 2, 0, 1, 1. (Ohne Gewähr).

Pankraz, G. Bernanos und der Posaunenengel

Als Georges Bernanos, gläubiger Katholik, Chefredakteur des „Figaro" und einer der besten Schriftsteller Frankreichs, gestorben war, fand man in seinem Nachlaß die Verfügung, man möge an seinem Grab ein Hinweisschild aufstellen mit folgender Aufschrift: „Der Engel des Jüngsten Gerichts wird gebeten, seine Posaune recht kräftig zu blasen, da der Verstorbene schwerhörig ist!" Leider sind die Angehörigen der Bitte nicht nachgekommen. Sie glaubten, es handle sich um einen der bekannten bodenlosen Scherze des Dichters, denn „so naiv" könne man die Botschaft der Karwoche und des Ostergeschehens ja gar nicht verstehen.

Die Geschichte ist typisch für die mißliche Situation, in der sich ein Kernpunkt des christlichen Dogmas, die Auferstehung der Toten und des Fleisches, heute befindet. Die Entwicklung der modernen Naturwissenschaft hat zwar den Materialismus schwer erschüttert, aber davon profitieren konnten nur die großen Ostreligionen, das Manichäertum und der Buddhismus. Deren Überzeugung, daß die menschliche Seele keine bloße Funktion der Materie sei, daß sie ablösbar sei von der Materie, um in höheren Regionen zu schweifen und dem „Licht" der Wahrheit näher zu kommen, wurde ungemein gestärkt, so daß ein Modephysiker wie Capra geradezu die „Einheit" von Naturwissenschaft und östlicher Weisheitslehre postulieren kann, ohne Widerspruch bei Christen zu finden.

Die manichäisch-buddhistische Versuchung war freilich schon im Frühchristentum groß. Hans-Joachim Klimkeit, der Bonner Ordinarius, der die erste Begegnung von (nestorianischem) Christentum, zarathustrisch beeinflußter Gnosis und Buddhismus im von den Mongolen und vom Islam noch unbehelligten Zentralasien der Spätantike untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, daß diese Begegnung ganz überwiegend auf Kosten der christlichen Dogmatik zu Synthesen führte. Während die Nestorianer zu Anfang noch mit Vehemenz auf der Auferstehung der Toten beharrten, paßten sie sich später zumindest terminologisch den Gnostikern und Buddhisten immer mehr an. Darstellungen von Jesus als gutem Hirten lassen ihn nun als Buddha-Nachfolger, als „Bodhisattva" erscheinen, die eine Hand in der Haltung der Lehre erhoben.

Für die Manichäer war Jesu Kreuzigung nicht das Präludium zur Auferstehung, sondern das große Paradigma für das Leiden der an die Materie des Leibes gehefteten menschlichen Seele. Für die Buddhisten war Auferstehung = Wiedergeburt, also Rückfall der Seele in niedere Gefilde, Verewigung körperlicher Passion. Beide, Manichäer wie Buddhisten, machten sich über die Körpergläubigkeit der Nestorianer lustig. Welcher Körper sollte denn wiederauferstehen? Der junge, drahtige, saftstrotzende, dieses Instrument der Lust und der Eitelkeit, der die Seele immer wieder in niedere Abenteuer verstrickte und vom Eigentlichen abzog? Oder der alte, hinfällige, kranke, der den Menschen zum Sklaven des Schmerzes machte, zum Objekt der Demütigung und Entwürdigung? Darauf wußten die Nestorianer keine zureichende Antwort. Sie verwiesen auf den „verklärten Leib" des wiederauferstandenen Christus. Doch eben diese „Verklärung", wurde ihnen erwidert, könne nur Entleiblichung bedeuten, die Abkehr von der Materie als einem Machwerk niederer Dämonen.

Heute bezeichnet man den Körper zwar nicht mehr als Machwerk von Dämonen, doch tut man fast alles, um seine Billigkeit, Käuflichkeit und Austauschbarkeit zu beweisen. In Hochglanz-Illustrierten reduziert man ihn auf primäre und sekundäre Geschlechtsmerkmale, Nationalökonomen rechnen aus, wieviel die „Körpermasse" eines einzelnen Menschen „wert" sei (wobei sie auf putzigste Minimalwerte kommen), und auf medizinischen Fachkongressen wird gezeigt, welche Organe bereits durch technische Konstruktionen ersetzt werden können. Die Liste reicht vom Kunststoffherzen bis zur Kunststoff-Aorta, von der Beinprothese bis zur Zahnprothese, vom künstlichen Kehlkopf bis zur künstlichen Niere, und noch ist kein Ende der diesbezüglichen Entwicklung abzusehen. Kein Wunder also, daß die Pastoren in ihren Osterpredigten höchst vorsichtig mit der Auferstehung des Fleisches umgehen; schließlich soll der Jüngste Tag nicht zur Kunststoff-Müllhalde mißraten. Und doch …

Und doch, meint Pankraz, enthält der Glaube an die Auferstehung des Fleisches ein Moment der Großartigkeit, das man bei Zarathustra und Buddha vergeblich suchen wird. Es ist der Glaube, ja, das Urvertrauen in Gottes Schöpfung, so wie sie nun einmal ist, der unverwirrbare Blick für die Schönheit, Harmonie und Einmaligkeit der Schöpfung, in der man sich grundsätzlich wohlfühlen kann und in der man Solidarität üben kann mit allen übrigen Geschöpfen Gottes. Gewiß, das „Licht" der Manichäer, die „Leere" der Buddhisten – sie sind ehrfurchtgebietend und möglicherweise der Wahrheit näher als unsere arme Welt der Körper. Aber sie sind auch schrecklich in ihrem erhabenen Anspruch, von einer unendlichen Fremdheit und Verhaltensferne, so daß wir viel Mühe haben würden, uns dort jemals wirklich heimisch zu fühlen.

Es steckt große Weisheit darin, daß Georges Bernanos auf seinem Hinweisschild für den Posaunenengel nicht geschrieben haben wollte: Der Verstorbene „war" schwerhörig, sondern daß er auf dem Präsens beharrte: Der Verstorbene „ist" schwerhörig. So sehr war ihm das körperliche Gebrechen der Schwerhörigkeit zur Heimat geworden, daß er auch am Jüngsten Tag nicht darauf verzichten wollte und daß er sich auch nicht vorstellen konnte, daß er darauf würde verzichten müssen. Denn die Gnade, so dachte er wohl, meint gerade das Unvollkommene.



Hans Sahl in Landshut

Hausmusik in Preußens Bankviertel

Wie muß ihm zumute gewesen sein, als oben auf der Bühne seine eigene tragische Lebensgeschichte in Deutschland aufgerollt wurde, seine innigsten Verwandten – Vater, Mutter, Schwester – auftraten, von ihm selbst zum Bühnenleben wiedererweckt? Doch der 82jährige Hans Sahl, der eigens aus New York in die niederbayerische Provinz gekommen war, um der deutschsprachigen Erstaufführung seines Stücks beizuwohnen, saß ganz ruhig in der ersten Reihe. Ort: das Theater der Stadt Landshut; Titel des Dramas: „Hausmusik, eine Szenenfolge".

Uraufgeführt worden war das Stück 1981 in New York (vgl. die WELT vom 3. 12. 81). Es spielt 1945 in Berlin. Ein Mann kehrt zurück an die Stätte seiner Kindheit, seiner Jugend, die er unter Zwang verlassen mußte. Der Mann ist Jude. Seine Eltern, seine Schwestern, seine Freunde sind tot. Im Hof seines Elternhauses träumt sich der einst Verbannte in die Vergangenheit zurück.

Der Vater war ein wohlhabender jüdischer Bankdirektor, „preußisch" bis ins Mark; die Mutter eine glühende Wagner-Verehrerin. Die Freunde, die sich wöchentlich zur Hausmusik trafen, hatten längst an die Stelle des Talmud und der chassidischen Legenden Goethe und Schiller, Schumann und Brahms gesetzt. Sahl zeichnet ein sehr typisches Bild jenes Bürgertums jüdischer Provenienz, das den Prozeß der Eindeutschung bis zur Selbstaufgabe betrieb, um dann angesichts von Auschwitz aus einer Illusion zu erwachen.



Das Leid im Drama aufgehoben: Hans Sahl FOTO: FELICITAS TIMPE

Mit der „Hausmusik" scheint sich Sahl selbst „erlöst" zu haben. Man spürt während des ganzen Abends: Hier ist einer endlich „angekommen". Wut, Zorn und Bitterkeit sind verraucht, sind „aufgehoben". Liebevoll wird jede Figur ausgepinselt. Mehrmals fragt man sich: Wie wird der Autor den Bogen halten können? Doch er hält. Dazwischen liegen Freude, Trauer, die Irrungen und Verwirrungen einer ganzen Generation als Grundmuster deutscher Geschichte, der höllische Abgrund, der viel verschlungen hat, aber doch nicht alles.

Es ist eine gute Aufführung. Regisseur Friedrich Fink riskiert klug seine Möglichkeiten, baut eine Arena auf für ausgezeichnete Schauspieler. Stellvertretend seien Maria Peschek als Mutter genannt, die glaubhaft die seelischen Brüche dieser Figur über die Rampe zu bringen versteht, und Karl Heinz Knaup, anrührend und ergreifend als „preußischer" Jude in friedloser Welt.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER





Aus den Pioniertagen der amerikanischen Malerei: Rembrandt Peales „Porträt von Rubens Peale mit Geranie" (1801) und Arthur Fitzwilliam Taits „Kritische Situation" (1856). Aus der Pariser Ausstellung. FOTO: KATALOG

„Eine neue Welt" – Das Pariser Grand Palais präsentiert Amerikanische Malerei von 1760 bis 1910

Den Blick auf das alte Europa gerichtet

Man spricht von italienischer oder holländischer Malerei, von der französischen oder der deutschen Schule, und jeder versteht, worum es geht: um Jahrhunderte umfassende, spezifische und mehr oder weniger national geprägte Kunstrichtungen. Mit „amerikanischer Malerei" dagegen assoziiert man die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg, Namen wie Rothko, Jackson Pollock oder Andy Warhol. Wer aber kennt die Maler John Singleton Copley, Benjamin West, Charles Wilson Peale, Homer oder Eakins? Nicht einmal in dem Propyläen-Band zur Kunst des 19. Jahrhunderts sind sie zu finden.

Umso aufschlußreicher deshalb die stattliche Überblicksausstellung „Amerikanischer Malerei von 1760 bis 1910", die die Amerikaner nach Europa herübergeschickt haben und die jetzt zunächst im Grand Palais in Paris zu sehen ist. Hundertzehn sorgfältig zusammengestellte Gemälde veranschaulichen die künstlerischen Anfänge, die Entstehung und Ausbildung einer uns bislang fast unbekannten malerischen Tradition: die Malerei der USA. Der Reiz der Neuheit, der von den Bildern ausgeht, ist fast noch größer als das spezifisch ästhetische Vergnügen, das man bei ihrer Betrachtung empfindet.

Am 4. Juli 1776 unterzeichneten in Philadelphia die Vertreter der einzelnen Kolonien die amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Auf künstlerisch-kulturellem Gebiet wurde die Kolonialzeit damit allerdings noch lange nicht beendet. Kunst galt ja in dem neuen Staat zunächst einmal als „überflüssiger Luxus", Künstler waren vorab „Repräsentanten der Alten Welt". So verwundert es kaum, daß der Besucher der Ausstellung spezifisch Amerikanisches über weite Strecken vergeblich sucht.

Porträts und Historienbilder, wie sie aus der englischen Malerei des späten 18. Jahrhunderts bekannt sind, werden abgelöst von Genre- und Landschaftsbildern mit einem Hauch von Romantik. Liest man die Biographien der einzelnen Maler im Katalog, so ist kein einziger unter ihnen, der nicht einen mehr oder weniger längen Aufenthalt in Europa aufzuweisen hätte. Viele geborene Amerikaner, Benjamin West etwa oder Copley, kehrten von ihrem Europaaufenthalt nicht mehr in die Heimat zurück.

Anders als im südlichen Amerika, wo sich indianische Elemente mit spanischen vermischten und sich schnell zu einem unverwechselbaren „Kolonialstil" entwickelten, blickten die US-Künstler, von allem Folkloristisch-Autochthonem sich abwendend, allein nach Europa. Nichts lag ihnen ferner, als einen eigenen amerikanischen Stil zu suchen. Im Gegenteil, die Aneignung der europäischen Traditionen war erklärtes künstlerisches Ziel.

Das Londoner Atelier von Benjamin West, Hofmaler Georgs III. und Nachfolger Reynolds an der Royal Academy, entwickelte sich inoffiziell zur ersten amerikanischen Akademie. Es war eine Akademie britischer Observanz. Erst eine volle Generation später, bei den Enkeln Wests gewissermaßen, war das nationale Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl so weit entwickelt, daß man sich für spezifisch amerikanische Themen zu interessieren begann. Die obligate Europa-Reise amerikanischer Künstler wurde erstmals in Frage gestellt. Die Großartigkeit der amerikanischen Landschaft wurde entdeckt, ihre Unberührtheit und Wildheit. Frederic Edwin Church hielt auf einem Riesenformat und in furchterregender Nahsicht erstmals die Niagara-Fälle fest und einen gewaltigen Eisberg, dem er auf einer Reise an den Nordatlantik begegnete.

Künstlerisch reichte das noch nicht an die europäischen Vorbilder heran. Zwar gaben Church, Cole und die anderen alle Einzelheiten der Landschaft in nahezu perfekter Beherrschung der malerischen Technik getreu wieder, doch verglichen mit den virtuosen Balanceakten zwischen Natur und Kunst, die zur gleichen Zeit Courbet oder Waldmüller vorführten, bleibt das alles recht bieder. Gewichtiger dann schon George Caleb Bingham mit seinen Missouri-Veduten. Auf silbrig-gläsernem, fast entrücktem Grund baut sich da eine landschaftliche Kulisse auf, vor der sich die Menschen in ihren Booten und Flößen vergnüglich fortbewegen wie auf den Veduten Canalettos. Es sind ehrliche, unprätentiöse und ruhige Bilder ohne die etwas aufdringliche Bedeutungshuberei, die die meisten Arbeiten seiner zeitgenössischen Landsleute bedroht. Nicht zufällig lockt eines seiner Werke als riesiges Poster zum Besuch der Ausstellung.

„Provinzialismus", das war die Folge einer absichtlichen Isolation von Europa, gegen die die zweite amerikanische Malergeneration in aller Form aufbegehrte. Erneut wird der Blick über den großen Teich zur Inspirationsquelle. Diesmal aber ist nicht mehr London allein der Anziehungsort, sondern ebenso Paris, Düsseldorf und München. Ein präimpressionistisches Landschaftsbild von Eastman Johnson (1880), der an der Düsseldorfer Akademie ausgebildet wurde, erinnert an Oswald Achenbach, während die Bilder des begehrten Gesellschaftsporträtisten John Single Sargent in ihrer eloquenten Rhetorik denen von Lenbach verwandt sind. Auffallend ist der „konservative" Geschmack der Künstler aus der Neuen Welt. Statt Renoir oder Cézanne wahrzunehmen, stürmen sie die Ateliers der Akademiker wie Gleyre, Gérôme oder Couture.

Die große Ausnahme bildet James McNeill Whistler, wahrscheinlich der einzige Künstler von Weltrang in dieser Ausstellung. Das Bildnis seiner Mutter (1871) ist ein eindrucksvolles Beispiel seiner einsamen Größe. In dem Verzicht auf anekdotisches Beiwerk und in der vom Japonismus beeinflußten Sehweise tritt uns hier das erste „moderne" Bild eines amerikanischen Malers entgegen. Doch sind weder Whistler, der 1863 im „Salon des Refusés" ausstellte, noch Childe Hassan oder Mary Casatt (Schülerin von Degas) mit ihrer Plein Air Malerei repräsentativ für die amerikanische Kunst der Jahrhundertwende.

Zwei größere Werkgruppen der Maler Eakins und Homer schließen die Schau ab. In ihnen findet man die letzte Konsequenz der realistischen amerikanischen Schule des 19. Jahrhunderts. Mit der legendären Armory Show von 1913 begann dann ein neues Kapitel amerikanischer Kunst, das den neuen Kontinent letztlich an die Spitze der Avantgarde führen sollte (Paris, Grand Palais, bis 11. Juni, Katalog 150 F.).

MARIANA HANSTEIN

Bielefeld spielt Thea Musgraves Oper „Mary"

Purpur steht für Blut

Der 1928 geborenen Schottin Thea Musgrave kann man getrost nachsagen, daß sie als Komponistin ihren Mann steht. Mit der deutschen Erstaufführung in Bielefeld erlebte jetzt ihre 1977 beim Edinburgh-Festival uraufgeführte Oper „Mary, Queen of Scots" bereits ihre vierte Einstudierung. Auf der Suche nach ähnlich Spektakulärem in der durchgehend männlich dominierten Musik, gar Opernmusik, muß man auf dem Kontinent lange zurückgehen, Spötter werden sagen: bis zu den Schäferspielen der Medici-Komponistin Francesca Caccini. Engländer können immerhin die Opern ihrer Dame Ethel Smyth ins Feld führen.

„Nach England, nur dort seid Ihr sicher", beschwört am Ende der treue Gordon seine Königin in ziemlicher Verkennung der Sachlage. Thea Musgraves Oper hört also da auf, wo Schiller erst beginnt, mit der Flucht Maria Stuarts nach England. Davor liegen Marias schottische Regierungsjahre von 1561 bis 1567, davor liegen Mord und Totschlag: Ihr Gatte Darnley ersticht ihren vermeintlichen Liebhaber Riccio, Bothwell macht Darnley nieder, James tötet Bothwell, Gordon den James, schließlich erschlagen Soldaten Gordon. Für Thea Musgrave, die sich ihr Libretto selbst schrieb nach dem Schauspiel „Moray" von Amalia Elguera, ist Maria Stuart eine tolerante, gebildete Frau, die es aus dem kultivierten Frankreich unter die barbarischen schottischen Clans verschlägt.

In John Dews Bielefelder Inszenierung (Bühne: Axel Schmitt-Falckenberg) weiß man sich auch gleich in Schottland. Weiße Nebel wallen über die Bühne, und davor steht die katholische Königin wie im Scherenschnitt, gerade aus Frankreich gelandet und unschuldig in die Ränke der schottischen Lords geraten. Auch sonst wird Farbsymbolik groß geschrieben. Das Kardinalspurpur der hier einigermaßen überflüssig scheinenden ersten Szene drapiert irgendwann Marias Bettstatt und wird schließlich Marias Halbbruder, den Bastard James, in seine blutige Königswürde hüllen, bevor dieser selbst unterm Dolch fällt. Schwarz steht für Archaisches, Weiß für Marias französischen Kulturimport. Im übrigen wird schlüssig erzählt, wenn auch manchmal etwas ungeschickt. Das Volk drängelt sich an den Seiten des Zuschauerraums, und Maria singt vom ersten Rang herab: Das macht aus der Bühnenenge keine Tugend.

Thea Musgraves Partitur ist praktisch die Verdopplung des Librettos, die musikalische Verdeutlichung, die reine Theatermusik. Aber was die angeht, bedient sie sich so effektvoll wie hemmungslos im Magazin der Musikgeschichte. Seit Britten hat das Tradition. Das Vokabular moderner vokaler Ausdrucksmöglichkeiten handhabt sie virtuos, vom rhythmisierten Sprechen bis zur ariosen Linie. Inhaltlich, satztechnisch und in der Instrumentierung nimmt sie, was ihr für die Situation passend erscheint: wörtliche Renaissancemusik-Zitate für das höfische Element, harte Schlagzeug-Eruptionen und exaltierte Blechgewalt für schottische Zivilisationsferne; Marias Wiegenlied hätte Humperdinck eingefallen sein können. Harmonisch (oder unharmonisch) wird nichts ausgelassen.

GMD Rainer Koch hat dafür das Bielefelder Orchester mit Verve mobilisiert. Christine Weidinger sang die Titelrolle mit beeindruckender Kraft, nur in der tiefen Lage triumphierte schon mal das Orchester. Neben ihr ein angelsächsisches Männerquartett von durchweg akzeptabler Stimmlichkeit: Richard Malone (James), John Pickering (Bothwell), James O'Neal (Darnley), Robert Smith (Riccio). Man kann den Bielefeldern kaum anhängen, daß sie Angst vorm Risiko hätten: Nach ihrer Ausgrabung von Max Brands „Maschinist Hopkins", auf die das Abonnementspublikum auch nicht gerade abgefahren sein soll, nun Musgraves „Maria Stuart", bei der schon zur Premiere Plätze frei blieben. Der Beifall machte das allerdings wett.

DIETER SCHÜREN

Stuttgart: Die Matthäus-Passion unter N. Marriner

Choral in neuem Licht

Obwohl Neville Marriner schon im Herbst vergangenen Jahres zum Chefdirigenten des Radio-Sinfonie-Orchesters Stuttgart gekürt wurde, hat er seinen eigentlichen Einstand erst jetzt gegeben und zwar mit Bachs Matthäus-Passion.

Unter den Augen der in Stuttgart ansässigen internationalen „Bach-Akademie" und ihrem künstlerischen Leiter Helmuth Rilling, der zur Zeit mit seiner Johannes-Passion internationale Erfolge verbucht, hat sich Marriner für seine „Premiere" gewiß keine leichte Aufgabe gestellt. In den letzten Jahren hat sich nämlich das Problem der Interpretation von Bachs oratorischen Werken nach zwei Seiten hin zugespitzt; gegenüber dem angeblich romantischen Bach Helmuth Rillings weiß man von Nicolaus Harnoncourt, daß er bei seinen Aufnahmen sich am liebsten wenn schon nicht das Autograph, zumindest aber ein Faksimile aufs Pult legen würde. Der Versuch Marriners vor einigen Jahren, sich in dieser Situation mit der Einspielung einer eigenen h-Moll-Messe zu profilieren, ist damals von der Presse sehr kritisch beurteilt worden, und Marriner hatte seitdem in Sachen Bach bis auf den heutigen Tag Zurückhaltung geübt.

Die Stuttgarter Aufführung war also in mehrfacher Hinsicht eine Premiere und dementsprechend grassierte das Premierenfieber. Im ersten Teil der Passion gab es noch Verständigungsschwierigkeiten zwischen Instrumentalisten und „Vokalisten". Und der Südfunk-Chor war zu diesem Zeitpunkt alles andere als ein homogener Klangkörper. Einzig der Routinier Peter Schreier hob sich zu diesem Zeitpunkt wohltuend von seiner Umgebung ab; er lieferte eine glänzende Partie und ließ die anderen Solisten (Edith Mathis, Carolyn Watkinson, Berthold Possemeyer und Theo Adam) im matten Licht bloßer Pflichterfüllung erscheinen. Das änderte sich dann aber und nach der Pause hörte man die Matthäus-Passion so, wie Marriner sie sich vorgestellt haben dürfte. Gewissermaßen als sein Beitrag zur Geschichte der Bach-Rezeption.

Marriner sieht sich als Dirigent zunächst nicht befugt, den Stimmungsgehalt der „Szene" zu beeinflussen. Den gerade in dieser Hinsicht äußerst heiklen Übergang zwischen der Sopranarie „Aus Liebe will mein Heiland sterben" und dem Chor „Laß ihn kreuzigen" meisterte beispielsweise einzig und allein Peter Schreier, der als Evangelist übrigens seine Erzählung erneut so überzeugend vortrug, daß auch eingefleischte Atheisten jedes Wort glauben würden.

Marriner dagegen kümmerte sich wenig um Glaubensinhalte. Was ihn und seine Academy of St. Martin in the Fields zu internationalem Ruhm geführt hat, das konnte er in seiner Matthäus-Passion getrost verwerten, weil er, anders als etwa in Händelschen Oratorien, nicht große Klangmassen zu bewegen hatte, sondern zwei exakt symmetrisch aufgestellte Kammerorchester mit zugehörigen Chören vor sich sah. Da gab es dann auch in Stuttgart die feinen Artikulationsnuancen, die nach satztechnischer Wichtigkeit abgestufte Dynamik zwischen den einzelnen Stimmgruppen und die überlegte metrische Gestaltung. Das kam besonders den Arien zugute, so daß Streichungen, die vor allem jene wegen ihrer berüchtigten Langatmigkeit gefürchteten Da-capo-Sätze treffen, für Marriner kein Thema waren.

Während bei ihm die Volkschöre entsprechend internationaler Gepflogenheiten mit rhythmisch klanglicher Wucht ertönten, wagte er sich bei den Chorälen, indem er sie mit einer signifikanten Außendynamik versah, auf neuen Boden.

Neville Marriner, der in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag feiert, hat sicher keine revolutionären Einsichten eröffnet, aber da, wo Helmuth Rilling seine Passionen zu sehr als Protestant dirigiert und Nicolaus Harnoncourt zu mikrobiologisch vorgeht, bringt er englische Gelassenheit und musikalische Souveränität ins Spiel.

RICHARD LORBER

JOURNAL

Fortschritte in der Kniegelenk-Chirurgie

dpa. **Berlin**

Für Kniegelenkschäden steht nun eine neue Methode der Diagnostik und Operation zur Verfügung, die dem Patienten wesentliche Erleichterung verspricht. Mit Hilfe der Arthroskopie, der optischen Kniegelenk-Spiegelung, ist es möglich geworden, über Glasfiberkabel, die in das Gelenk eingeführt werden, Untersuchungen und Operationen am Knie durchzuführen, ohne daß das Knie dazu aufgeschnitten werden muß. Die Diagnose ist, wie der Unfallchirurg Peter Hertel anläßlich des ersten Kongresses der Europäischen Gesellschaft für Kniechirurgie und Arthroskopie (ESKA) in Berlin erläuterte, sehr viel sicherer, die Krankheitsdauer wird verkürzt, die subjektiven Beschwerden werden geringer und eine Narbe ist fast nicht zu sehen. Interessant sei die neue Diagnose und Operationsmethode insbesondere für Sportler, sie werde aber auch nach Arbeits- und Verkehrsunfällen sowie bei rheumatischen Erkrankungen und bei Meniskuserkrankungen eingesetzt.

Künstleraustausch mit der Dritten Welt

dpa. **Braunschweig**

Für einen verstärkten Künstleraustausch zwischen der Bundesrepublik und der Dritten Welt und für eine Förderung der Partnerschaften im Bereich von Kunsthochschulen sprachen sich in Braunschweig Teilnehmer eines von der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste in Zusammenarbeit mit der örtlichen Hochschule veranstalteten Symposiums aus. Künstlerverbände und Kunsthochschulen erwarten neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung in Zukunft auch verstärkte Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Beratungs- und Entscheidungsgremien, die in diesen Bereichen tätig sind, darunter auch die zuständigen Bundesministerien und die ständige Kultusministerkonferenz der Länder.

Emigrantenorchester unterstützt Sacharow

SAD. **London**

Die Kampagne für die Freilassung des nach Gorki verbannten Sowjetdissidenten Andrej Sacharow erhält neue Unterstützung, wenn das in New York ansässige „sowjetische Emigrantenorchester" im Mai seine Europa-Tournee beginnt. Die von Lasar Gosman (dem Gründer des Leningrader Kammerorchesters) geleiteten Musiker wollen ihre Konzertreise dazu benutzen, erneut auf das Schicksal des Atomphysikers und seiner schwerkranken Ehefrau Elena Bonner aufmerksam zu machen. Das „sowjetische Emigrantenorchester" besteht aus früheren Mitgliedern der Philharmonien von Moskau, Leningrad und Odessa sowie des Bolschoi-Orchesters, die sich in den Westen abgesetzt haben.

Elton John bereitet Deutschlandtournee vor

DW. **Köln**

Pop-Star Elton John kommt im Mai zu einer kurzen Tournee durch die Bundesrepublik. Start ist am 11. Mai in Köln, die weiteren Stationen sind Essen am 12. und 13. Mai, Bremen am 14. 5., Stuttgart am 15. 5., Hannover am 17. 5., Berlin am 18. 5. und Bad Segeberg am 20. Mai.

Brüssel zeigt vierzig „Medien-Filme"

J. B. **Brüssel**

Ihr dreißigjähriges Bestehen feiert die belgische „Vereinigung der Filmkritiker" mit der Aufführung von vierzig Filmen, die im Presse-, Rundfunk- oder Fernsehmilieu spielen. Sie werden im Brüsseler „Musée du Cinéma" im Palast der Schönen Künste vorgeführt. Unter ihnen sind Filme wie „Citizen Kane", die in Verlegerkreisen spielen, aber auch Streifen, die das angeblich abenteuerliche Metier eines Reporters zu beschreiben versuchen.

Mit der Scala für Bitter werben?

Die Scala verklagte die Aperitivfirma Ramazotti, weil sie ohne Genehmigung ein neues Produkt mit dem Titel „Bitter Scala" und einem Bild des Opernhauses versehen hat. Die Firma meint dagegen, sie habe nur einen alten Stich verwendet, auf dem unter anderen Gebäuden zufällig auch die Scala zu erkennen sei. Das Erzbistum Mailand habe schließlich auch nie protestiert, wenn auf der Verpackung des „Panettone", Mailands traditionellem Weihnachtskuchen, der Dom abgebildet wurde. Antwort des Generalsekretärs der Scala, Francesco Ernani: „Wir wollen dem Verbraucher klarmachen, daß wir die Verbindung eines Magenbitters mit der Scala nicht wünschen." Die Geschichte des neuen Bitters droht nun mit einem Rencontre vor dem Kadi zwischen einer italienischen Kulturinstitution und einem dringend erwünschten Sponsor recht bitter zu werden.

M. v. Z.

Haariger Kampf um kahle Stellen

AFP, Tokio

Amerikanische Showstars tun es, Baseballspieler und bekannte japanische Golfspieler auch: Sie alle werben täglich zur besten Sendezeit im japanischen Fernsehen für Toupets.

Wer sich früher noch stolz zu seinem „Schiebedach" bekannte, merkt heute, daß sich die Schönheitsideale in Japan radikal geändert haben. Und ehe sich der erfolggewohnte Manager an den Kopf und dabei ins Leere faßt, unterwirft er sich lieber dem Schönheitsdiktat, das einen dichten Haarwuchs propagiert. Außerdem weiß er, daß er es für Japan tut: Die Perückenindustrie des Landes ist eine der wenigen Branchen, die heute noch zweistellige Zuwachsraten verzeichnet.

Für umgerechnet rund 700 Millionen Mark falsche Haare haben japanische Männer im vergangenen Jahr erworben. Und ein Ende des Booms ist nicht abzusehen. In die Ecke geworfen haben dagegen die japanischen Frauen ihre Zöpfe und andere Kunstfrisuren.

5 800 Mark für Vollperücke

Beim größten Hersteller für Männer-Toupets, „Aderan's" in Tokio, haben sich die Umsatzzahlen zwischen 1980 und 1983 verdreifacht. Die Preise liegen zwischen 580 Mark für ein kleines Toupet bis hin zum Zehnfachen für Vollperücken aus Echthaar.

Mehr als 60 Prozent der Kundschaft ist zwischen 20 und 30 Jahre alt. Neun von zehn Kunden schämen sich, mit schütterem Haar in der Öffentlichkeit gesehen zu werden. Neben der Eitelkeit sind es jedoch oft direkte soziale Diskriminierungen, die Männer zum Perückenmacher treiben. So berichtete ein 34jähriger Kunde, er sei mehrfach bei traditionellen Hochzeitsfeierlichkeiten aufgefordert worden, doch aus dem Bild zu gehen, wenn die glücklichen Brautleute fotografiert wurden. Und einem 30jährigen glatzköpfigen Bankangestellten passierte es, daß er bei Kundenbesuchen in Begleitung seines Chefs für dessen Vorgesetzten gehalten wurde, was zu Peinlichkeiten für alle Beteiligten führte.

Den Männern gehen nach neuesten japanischen Untersuchungen vor allem wegen des hohen Berufsstreß' früher als üblich die Haare aus. Doch ist dies nicht der einzige Grund. Experten machen darüberhinaus das westliche Essen für mangelnde Haarpracht schon in jungen Jahren verantwortlich. Diese Nahrung enthält mehr Fett als traditionelle Speisen und läßt die Kopfhaut schneller altern.

Doch trug man früher das Schicksal, noch viel im Kopf, aber nichts mehr auf demselben zu haben, gefaßter als heute. Das hat vor allem die Entwicklung des Toupets vorangetrieben. Heute, so meint ein Vertreter des Perückenhauses „Art-Nature", sind künstliche Haarteile *höchstens* auf den dritten oder vierten Blick als solche auszumachen.

Kundendienst inbegriffen

Seit neuestem sucht sich nun auch der führende europäische Hersteller von Männerperücken, die deutsche Firma „Svenson und Co.", in Japan zu etablieren, wo man herausgefunden haben will, daß die japanischen Männer den inländischen Produkten ablehnend gegenüberstehen. Zwar sind auch die neuen japanischen Haarteile bequemer, aber dennoch kann man mit ihnen nicht unbedenklich Sport treiben. Und genau dies wollen die Deutschen den Japanern ermöglichen. Allerdings muß sich auf dem Kopf wenigstens noch ein Rest von eigenen Haaren befinden. Dann nämlich kann das Kunsthaar eine *glückliche Verbindung mit den Haar*ruinen eingehen. Im Preis von 4500 Mark sind bei den Deutschen auch Kundendienst und Inspektion mit inbegriffen.

Ende der „Steinzeit" im teuersten Bad der Welt

Im Kampf gegen Nierensteine ist Durchbruch gelungen

JOCHEN AUMILLER, München

Es ist schon zur Floskel geworden: Die Medizin taugt deshalb nichts, weil sie sich zu sehr auf Maschinen verläßt und darüber die persönlichen Nöte des Patienten vergessen hat. Eine 3,5 Millionen Mark teuere Großapparatur, von deutschen Medizinern und Technikern gemeinsam entwickelt, beweist jetzt das Gegenteil. Sie befreit die Patienten von einem Übel, das die schwersten Schmerzen verursachen kann: Nierensteine. Steinkoliken gehören sicher zum Unerträglichsten und Quälendsten, was einem Menschen zustoßen kann.

Die neue Waffe gegen Nierensteine ist zu einem Welterfolg geworden. Vor vier Jahren erstmals an der Universität München eingesetzt, gibt es heute keinen Zweifel mehr, daß der „Nieren-Lithotripter" – er zertrümmert die Steine mit Stoßwellen – einen segensreichen Durchbruch in der Therapie dieses Leidens gebracht hat. Dies veranschaulicht eine Zahl:

An der Münchener Urologischen Universitätsklinik erreichte man bei den mehr als 1000 nach der neuen Methode behandelten Nierensteinkranken eine Erfolgsquote von 92 Prozent. Der sensationelle Triumph hat sofort neue Probleme geschaffen. Die Wartezeit in München für eine Lithotripter-Behandlung beträgt nach Angaben von Professor Christian Chaussy schon etwa eineinhalb Jahre. Die Herstellerfirma (Dornier-System Friedrichshafen) kann die weltweite Nachfrage nicht befriedigen. Installiert wurden die Stoßwellen-„Kanonen" außer in München bislang erst in Berlin-Charlottenburg, Mainz, Wuppertal und Stuttgart. Bis 1985 sollen weitere 20 Geräte in Betrieb genommen werden. Erst dann kann man von einer flächendeckenden Versorgung sprechen. Ins Ausland, nach Japan und in die USA, sind bereits 36 Lithotripter geliefert worden: einer der besten Verkaufsschlager auf medizinisch-technischem Gebiet.

Heute werden immer mehr Steinpatienten in diese berühmte „teuerste Badewanne der Welt" gelegt: die Stoßwellen werden unter Wasser gezündet und mit Hilfe von Reflektoren auf die röntgenologisch lokalisierten Steine gerichtet. Stoßwellen spürt man nicht, man hört sie nur.

Zerschoß man mit den Stoßwellen vor wenigen Jahren nur Steine, die im Nierenbecken lagen und keine Infektion ausgelöst haben durften, so getraut man sich heute sogar an große Ausgußsteine, die das Nierenbecken regelrecht zumauern können, wie auch an Harnleitersteine. Prof. Chaussy in der „Ärztlichen Praxis": „Trotz einer deutlichen Ausweitung der Indikationen konnten die zuvor unter restriktiven Kriterien erhaltenen Ergebnisse erreicht werden. So fanden wir bei einer drei Monate nach Behandlung durchgeführten Kontrolle 90 Prozent der Patienten steinfrei und bei 9,3 Prozent noch röntgenologisch erkennbare Restkonkremente. Bei zwei Prozent dieses Kollektivs verursachten die zurückgelassenen Steine weiterhin Symptome, so daß eine zweite Behandlung nach drei Monaten durchgeführt wurde. In allen Fällen konnte hierdurch vollkommene Steinfreiheit erreicht werden, so daß einschließlich dieser Gruppe bei 92 Prozent der behandelten Patienten röntgenologisch keine Steine mehr nachweisbar waren."

Diese Zahlen markieren einen der größten praktischen Fortschritte der Medizin. Zwar kann die Behandlung die Ursache der Steinkrankheit nicht ausschalten, aber doch das quälende Endresultat, und alles ohne Operation, in einer großen Badewanne bei *Musikberieselung*.

Inzwischen wird bereits daran gearbeitet, mit den Stoßwellen auch Gallensteine so zu pulverisieren, daß sie reizfrei über die Gallengänge abgehen. Das Verfahren muß allerdings modifiziert werden. Gallensteine haben eine andere Beschaffenheit als Nierensteine.

Barbara Hutton – das „Kleine, arme, reiche Mädchen"; hier an einem seiner besseren Tage in den 40er Jahren: Am Strand des Pazifik – in der Rolle der „Liegenden". FOTO: DPA

Der große Bluff um Barbara Hutton

AP/WK, New York/Hamburg

Fünf Jahre nach ihrem Tod teilt die Woolworth-Erbin Barbara Hutton posthum das Los vieler berühmt-berüchtigter Prominenter. *Die vor Weihnachten 1983 als authen*tisch vermarktete Biographie des „Poor little rich girl" stellt sich jetzt als eine mit Fälschungen aufgeblähte Kolportage dar.

Primitives Machwerk?

Charles Hamilton, der als einer der Ersten die im April '83 vom Hamburger Magazin „Stern" vorgelegten *Hitler-Tagebücher als Fälschung er*kannt hatte, stufte jetzt nun auch die angeblichen Briefe Barbara Huttons an den Autor C. David Heymann als ähnliches Machwerk ein. In Hamiltons Erklärung sieht der New Yorker Verlag Random House seine Entscheidung vom 12. Dezember 1983 bestätigt, als er das Buch vom Markt zurückzog. Der „Stern" aber veröffentlichte im selben Monat noch eine *Hutton-Serie unter dem Titel* „Armes reiches Mädchen", die er erst mit der dritten Folge am 29. Dezember 1983 beendete.

Autor Heymann hatte den Vorschlag einer Biographie Barbara Huttons (1912–1979) bei Random House mit Briefen und Notizen der Kaufmannstochter begründet. Dabei behauptete er, er sei von der Hutton dazu inspiriert worden, nach endlosen Klatschgeschichten endlich die authentische Biographie der Nachwelt vorzulegen.

Die als Quasivermächtnis der Woolworth-Erbin von der Werbung hochgejubelte Ermutigung des Briefempfängers, den Lebensweg der Amerikanerin nachzuzeichnen, zerstörte Charles Hamilton jetzt als Legende. Der angesehene Autographen-Händler und Handschriftenexperte ging noch weiter und bezichtigte Heymann, die „Hutton-Handschriften" selbst angefertigt zu haben. Dies teilte Hamilton in einem der WELT vorliegenden „*Statement*" mit.

„The big book that went bad", schrieb die „Washington Post" im Frühjahr über diese turbulente Affäre, in die also auch der „Stern" involviert ist. „Fiel der 'Stern' auf falsches Material herein?" fragte „Bild" am 16. Februar dieses Jahres. Das wäre immerhin innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal. „Bild"-Reporter hatten nach Vergleichen des Hutton-Buches *von Heymann mit der „Stern-Serie"* festgestellt, daß die Illustrierte – im Gegensatz zu ihren Behauptungen – an mindestens 20 Stellen das Buch zitiert habe. Barbara Huttons Ex-Ehemann Gary Grant und viele ihrer Freunde, die angeblich mit authentischen Notizen ihres Intimlebens konfrontiert gewesen seien, versicherten jedoch, sie habe nie „Aufzeichnungen" gemacht. Vergeblich versuchten „*Stern*"*-Anwälte gegen die* „*Bild*"-Recherchen Gegendarstellungen bei Gericht durchzusetzen. Ein Sprecher des „Stern" schließlich zu „Bild": „Wir haben eine eigene Serie gemacht. Dabei haben wir auch Teile des Buches verwendet. Wir prüfen jetzt, welche."

Den ersten Eklat um das Buch hatte es Anfang Dezember gegeben. Der Autor hatte den Hutton-Arzt Edward E. Kanton erwähnt. Dieser habe seiner Patientin 1941 große Mengen an Beruhigungsmitteln verschrieben. Das Peinliche daran: Zu diesem Zeitpunkt war der Mediziner ganze 14 Jahre alt. In der High Society der amerikanischen Ostküste brach ein homerisches Gelächter aus. Während der Verfasser nach Rechtfertigungen suchte, zog sein Verlag die Konsequenzen und stampfte 58 000 Exemplare ein. Kurz darauf meldete sich ein amerikanischer Schriftsteller und wies nach, daß eine Passage in dem Buch abgeschrieben war. Nur den „Stern"-Lesern wurde weiter die Story vom „Armen reichen Mädchens" serviert.

Autor Heymann, der einen Vorschuß von umgerechnet 182 000 Mark von seinem New Yorker Verlag bezogen hatte, war, seit die Affäre ruchbar wurde, für plötzlich nicht mehr zu erreichen. Über seinen Anwalt ließ er am Wochenende zu den neuen harten Anschuldigungen von Hamilton lapi*dar erklären, es müsse sich alles um* ein Mißverständnis handeln. Keineswegs, wie der 70jährige Fachmann dem Reporter der Associated Press (AP), Rick Hampson, jüngst erst bestätigte. Es sei wie im Fall der „Hitler-Tagebücher": „A forgery", eine Fälschung.

Die Tageszeitung „USA today" berichtete jetzt, die Rechte für „Poor little rich girl" seien inzwischen vom Verlag „Lyle Stuart" erworben worden, der die Herausgabe einer korrigierten Fassung plane. Auf dem Buchmarkt der Sensationen ist das Motto des Boxsports vom „Never Comeback" offenbar ein Fremdwort.

Synonym des Kapitalismus

Eine Reprise der rührseligen Story vom Leben und Sterben einer Frau, die im Jahre *1919* von Opa Woolworth 26 Millionen Dollar geerbt hatte und sieben Ehemänner verschliß, hat auch das Interesse linker Medien in Deutschland geweckt. Die Erbin des Konzerns, das ideenreich mit Pfennigartikeln seine Kaufhauskette aufbaute, soll offenbar als Synonym des Kapitalismus erneut zu Grabe getragen werden.

Zwei Segler der „Golden Spring" tot angeschwemmt

Internationale Rettungsaktion nach verschollener Yacht

AP, Cagliari

Zwei Segler von der seit Anfang vergangener Woche verschollenen deutschen Jacht „Golden Spring" sind ertrunken. Wie die Polizei in Cagliari am Wochenende mitteilte, handelt es sich bei den zwei Toten, die im Norden Sardiniens an Land geschwemmt wurden, um den 40 Jahre alten Architekten Ernst Rogler aus Scharbach und die 42jährige Nürnbergerin Gote Kelber, die Frau des Skippers und Sportjournalisten Hildebrand Kelber. Die Leiche Roglers *wurde schon am Donnerstag im Ha*fen von La Colba entdeckt, die der Frau am Samstag bei Santa Teresa di Gallura. Es hat Tage gedauert, bis die Behörden die Ertrunkenen identifizieren konnten. Zunächst war man nicht auf die Idee gekommen, daß es sich bei ihnen um Mitglieder der „Golden Spring" handeln könnte. Bei der Autopsie wurde Tod durch Ertrinken festgestellt.

Das Zwölf-Meter-Boot „Golden Spring" befand sich nach Angaben einer Yachting-Firma aus Tuttlingen, die das Schiff nach Jugoslawien verkauft hat, auf einer Überführungsfahrt vom südfranzösischen Port Camargue über Reggio di Calabria und die Straße von Messina nach Portoroz, wobei in Ajaccio auf Korsika eine Wartung am Motor vorgenommen werden sollte. Nach Angaben der sardischen Behörden brach die „Golden Spring" am 31. März von Nordsardinien aus nach Ajaccio auf und wurde seither vermißt.

Die Tuttlinger Firma hatte am Donnerstag mitgeteilt, die Suche konzentriere sich auf das Seegebiet zwischen Port Camargue und Ajaccio. Möglicherweise trieben Kelber – ein erfahrener Segler, der schon häufiger Überführungsfahrten unternommen hatte – und seine Crew auf der Rettungsinsel des Bootes vor Sardinien. An Bord der Jacht befanden sich neben Kelber, der bei dem in Nürnberg erscheinenden Sportmagazin „Kikker" tätig ist, seine Frau, Rogler und zwei weitere Freunde: Richard Heider aus Hersbruck und Kjell Johansson aus Stockholm.

Über die international vorgesehenen Maßnahmen hinaus hat sich inzwischen auch das Bonner Verteidigungsministerium in die Suche nach den übrigen Vermißten eingeschaltet. Wie das Ministerium gestern mitteilte, wurden die französische und die amerikanische Botschaft in Bonn sowie die deutsche Vertretung in Rom um Unterstützung gebeten. Verfügbare *Einheiten der italienischen und* französischen Marine und Luftwaffe verstärkten die Suche von Crossmed, der französischen Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger. Die auf Sardinien stationierten deutschen Phantom-Aufklärungsflugzeuge flögen ebenfals Einsätze.

In der Bundesrepublik Deutschland koordiniert die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in *Bremen* alle Maßnahmen. Regelmäßig senden Radio Norddeich und Radio Marseille Seenotrufe und fordern alle Schiffe und Flugzeuge im Unglücksgebiet zur Suche auf.

Kempen kauft Stadtrechte zurück

Die seit 1945 verschwundene Urkunde tauchte unter dubiosen Umständen wieder auf

AP, Kempen

Für einen Preis von 4000 Dollar hat die Stadt Kempen ihre Stadtrechte zurückerhalten. Die seit Kriegsende verschollene Urkunde, in der der Kölner Erzbischof Siegfried der Gemeinde am Niederrhein vor 690 Jahren die Stadtrechte verliehen hat, ist wieder an ihren alten Platz zurückgekehrt. Wie der Verwalter des städtischen Kramer-Museum in Kempen, Werner Beckers, am Wochenende mitteilte, wurde das wertvolle Pergament nach jahrzehntelanger vergeblicher Suche in den Vereinigten Staaten aufge*spürt* und vom Museumsdirektor unter „verschwörerischen Umständen" nach Hause gebracht.

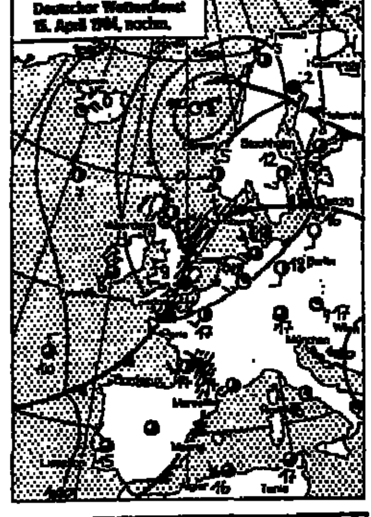
Nach Beckers Angben war das aus dem Jahr 1294 stammende Dokument im März 1945 aus einem Tresor im Rathaus verschwunden, der von in Kempen einrückenden amerikanischen Soldaten gesprengt worden war. *Obwohl die Stadt am Nieder*rhein, Geburtsort des mittelalterlichen Mystikers Thomas von Kempen, auch mehrfch amtliche amerikanische Stellen einschaltete, blieb die Suche nach dem spurlos verschwundenen „Beutegut" ergebnislos. Überraschung löste dann Anfang März dieses Jahres im Kempener Rathaus ein unerwarteter Brief aus Birmingham im US-Staat Michigan an Stadtdirektor Klaus Hülshoff aus. In dem Schreiben bot ein Buchhändler aus *Birmingham die* mittelalterliche Urkunde zum Rückkauf an.

Daraufhin flog Museumsdirektor Carsten Sternberg kurzentschlossen in die Vereinigten Staaten. Auf dem Flughafen von Detroit – „Erkennungszeichen: deutsche Zeitung" – *traf er sich mit dem Händler. Man* sei sich schnell einig geworden, erklärte Beckers. Gegen Aushändigung eines Schecks, der von der örtlichen Sparkasse gestiftet wurde, erhielt der Museumsdirektor für umgerechnet rund 10 000 Mark das Dokument zurück.

Recht wortkarg zeigte sich der Verkäufer allerdings, als der Kempener Abgesandte wissen wollte, wie die Urkunde in seine Hände gekommen sei. *Der Museumsdirektor* konnte lediglich erfahren, daß ein Immobilienhändler, der als „Slim, der Dealer" bekannt sei, das Dokument zum Kauf angeboten habe.

WETTER: Deutlich kühler

Wetterlage: Eine Kaltfront überquert Deutschland von Westen her. Auf ihrer Rückseite gelangt kühle Meeresluft nach Mitteleuropa.



Vorhersage für Montag

Bundesrepublik und Berlin: In den östlichen und südlichen Landesteilen bedeckt und Regen. Im Tagesverlauf hier wie schon im Westen und Norden wechselnd bewölkt und einzelne Schauer. Höchste Temperaturen 10 bis 13, im Bergland 6 Grad. In der kommenden Nacht gebietsweise klar und Abkühlung auf 3 bis null Grad, stellenweise leichter Frost. Schwacher bis mäßiger Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten:

Wieder freundlicher, zögernder Temperaturanstieg.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	18°	Kairo	22°
Bonn	19°	Kopenh.	9°
Dresden	18°	Las Palmas	20°
Essen	18°	London	9°
Frankfurt	18°	Madrid	9°
Hamburg	18°	Mailand	17°
List/Sylt	10°	Mallorca	14°
München	17°	Moskau	14°
Stuttgart	19°	Nizza	17°
Algier	17°	Oslo	5°
Amsterdam	13°	Paris	17°
Athen	16°	Prag	15°
Barcelona	14°	Rom	16°
Brüssel	16°	Stockholm	12°
Budapest	18°	Tel Aviv	24°
Bukarest	18°	Tunis	17°
Helsinki	8°	Wien	17°
Istanbul	13°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.22 Uhr, **Untergang:** 20.22 Uhr; **Mondaufgang:** 22.51 Uhr, **Untergang:** 7.19 Uhr.
*in MESZ, zentraler Ort Kassel

Hamburger Taxi-Fahrer mit Herz für Umsiedler

ULRICH SCHMIDLA, Hamburg

*Vierzehn beigefarbene Taxen roll*ten gestern in gemütlicher Fahrt durch Hamburgs Innenstadt. Ein ganz ungewöhnlihes Bild, wähnt man Droschken doch meist mit hoher Geschwindigkeit durch enge Straßen brausen. Diesmal aber ging es nicht um Schnelligkeit, sondern um Sehenswürdigkeiten. Das ganze war eine vierstündige Stadtrundfahrt. Bei heutigen Beförderungstarifen eigentlich ein teures Vergnügen. Doch für die etwa 50 neuen Mitbürger der Hansestadt war die Rundreise kostenlos. Sie sind im Zuge der Ausreisewelle in den vergangenen vier Wochen aus der „DDR" herübergekommen, leben zum größten Teil noch im Übergangswohnheim Billstedt und wollen sich in der Stadt an der Elbe eine neue Existenz aufbauen.

„Man muß sich doch um die Neuankömmlinge kümmern und sie freundlich in Hamburg begrüßen", sagt Taxifahrer Erich Dangschat, der Initiator der Veranstaltung unter dem Motto „Deutsche helfen Deutschen". Wie dreizehn andere Kollegen opferte auch er seinen freien Sonntag, setzte sich ans Steuer und kutschierte die Teilnehmer bei strahlendem Sonnenschein durch die Stadt.

Viele junge Familien mit ihren Kindern hatten das Angebot angenommen und fanden sich um 13 Uhr vor Dangschats Wohnung in Hamburg-Horn ein.

Jeweils zu viert wurden die ehemaligen Bewohner der „DDR" auf die Autos verteilt. Für den Kinderwagen der zweijährigen Zwillinge Thomas und Thorsten Klotz war sogar ein *Mercedes-Kombi bestellt worden.* Die beiden Jungen aus Dresden waren die jüngsten Teilnehmer der Rundfahrt.

Neben dem Hafen und der sündigen Meile von St. Pauli, der Reeperbahn, gehörte auch ein Besuch bei Hamburgs einziger computergesteuerten Taxi-Vermittlung zum Besichtigungsprogramm. Hier gab's zur Begrüßung einen Schluck Sekt, für die Kinder Limonade und Schokolade. Dadurch, daß sich die Funkzentrale bereit erklärt hatte, die Kosten für den Flüssigkeitsverbrauch zu übernehmen, wurde das Unternehmen erst möglich. „Allein hätte ich das auch gar nicht bezahlen können", weiß Erich Dangschat die Unterstützung zu schätzen.

Die Stadtrundfahrt ist eine von vielen Ideen, die sich der Hamburger Taxifahrer als Hilfestellung für seine neuen Mitbürger ausgedacht hatte. Die wenigsten davon kann er verwirklichen. Seine freie Zeit ist zu begrenzt.

Ein Schlüsselerlebnis während eines „DDR"-Urlaubs 1972 in Usedom an der Ostsee brachte den Familienvater auf diesen Weg. Bei einem abendlichen Spaziergang kam er mit *einem „Ostzonalen" (Dangschat)* ins Gespräch, der recht unbefangen über seine Lebenssituation berichtete. Irgendwann fragte dieser den Besucher aus dem Westen: Was machst Du als Taxifahrer eigentlich für uns. Ihr habt uns doch bestimmt alle vergessen."

Dieser leichte Vorwurf löste bei Dangschat die Entscheidung aus, etweas für die Menschen im anderen Teil Deutschlands zu tun. Bereits nach zwei Jahren brauchte er einen neuen Reisepaß, weil kein Blatt mehr Platz für die Einreisestempel bot. Fast jedes zweite Wochenende war er nach „drüben" gefahren, stand Ausreisewilligen mit Rat und Tat zur Seite, kümmerte sich um Fra und Kinder von Inhaftierten. An alle möglichen Adressen, offizielle wie inoffizielle, wandte er sich mit der Bitte um Hilfe. „Es fehlt nur noch", sagt der 47 Jahre alte Mann, „daß ich an den Papst schreibe."

Seit dem Frühjahr 1981 reist der Vater von drei Kindern allerdings nicht mehr in die „DDR". Damals hatte ihn der Staatssicherheitsdienst auf seiner Heimfahrt von Ost-Berlin gleich zweimal verhaftet und für mehrere Stunden festgehalten, angeblich wegen Verkehrsdelikten. Trotz der vielen Schikanen der „DDR"-Behörden hat das Engagement von Erich Dangschat nie nachgelassen.

Wie wichtig für die Übersiedler ein vertrauensvoller Ansprechpartner in ihrer neuen Umgebung ist, bewies die Vorbereitung der Stadtrundfahrt. Einige Leute, die sich bei Dangschat's telefonisch informierten, wollten zuerst nicht ihren Namen nennen. Zur *Begründung hieß es dann: „Das Tele*fon könnte ja abgehört werden."

Obwohl die Teilnehmer der Stadtrundfahrt begeistert waren und viele lobende Worte fanden, fühlt sich Erich Dangschat noch lange nicht am Ziel. „Mein Traum wäre", erzählt der Idealist, „die Leute kämen hier an und hätten gleich eine Patenfamilie, die sie betreute."

Darwins Theorie setzt sich auch in Texas durch

rtr, Dallas

Die 125 Jahre alte Theorie von Charles Darwin über die evolutionäre Entwicklung des Lebens darf künftig auch in texanischen Schulbüchern ausführlich behandelt werden. Allerdings wird den Schöpfungsgläubigen, die die Erde und ihr Leben nach biblischer Darstellung in sieben Tagen entstanden wissen wollen, noch ein Zugeständnis gemacht: Schulbuchautoren haben mit „Überzeugungskraft im Wort" auszuführen, daß es sich bei Darwins Lehre um eine Theorie, nicht eine Darstellung von Tatsachen handelt. Das beschloß am Wochenende der texanische Bildungsausschuß. Nach einem Gesetz von 1974 wurde in Schulbüchern, die in dem US-Bundesstaat im Naturkundeunterricht gelesen werden, die Evolutionstheorie zwar dargestellt, aber mit dem Hinweis abgeschwächt, sie sei nur eine von mehreren Erklärungen zur Entstehung menschlichen Lebens. Außerdem mußte die Beschreibung des Darwinismus so verfaßt sein, daß sie andere Theorien nicht unmöglich erscheinen ließ. Aber jetzt hat der 27köpfige Ausschuß nach Worten des Mitgliedes Will Davis erkannt, daß diese Vorschrift das Gremium „lächerlich machte". Nicht nur das. Der texanische Generalstaatsanwalt Jim Mattox hält sie für verfassungswidrig.

Kampfgas eingeatmet

dpa, Arras

Ein 61jähriger Franzose und sein 18jähriger Sohn sind in Nordfrankreich nach dem Einatmen von Phosphen-Giftgas aus dem Ersten Weltkrieg gestorben. Wie gestern bekannt wurde, hatten die beiden am Freitag bei Arras eine von den deutschen Truppen stammende Gaspatrone gefunden und in ihrer Garage geöffnet. Erst vier Stunden nach dem Einatmen des nicht sehr stark riechenden Gases wurde ihnen schlecht. Beide Männer starben an Lungenödem.

Drei schwere Unfälle

dpa, Spaichingen

Bei einem Verkehrsunfall auf einer Kreisstraße zwischen Spaichingen und Schura in Baden-Württemberg sind gestern drei Menschen ums Leben gekommen. Der Personenwagen war in einer leichten Rechtskurve ins Schleudern geraten und gegen einen Baum geprallt. Ebenfalls drei Tote gab es bei einem Verkehrsunfall am Samstag in Emstek (Kreis Cloppenburg), als auf einer Kreuzung zwei Wagen zusammengestoßen waren. Einer der Fahrer hatte die *Vorfahrt* mißachtet. Zwei Bundeswehrsoldaten starben Samstagabend in ihrem Fahrzeug am Möhnesee. Vermutlich war der mit mehreren Soldaten besetzte Pkw wegen überhöhter Geschwindigkeit beim Überholen ins Schleudern geraten und in den Gegenverkehr gerast.

Ende einer Flucht

DW, New York

Eine der größten Verbrecherjagden, die 14 000 Kilometer quer durch die USA führte und bei der Tausende von Polizisten einem wegen Mordes und Entführung von jungen Frauen gesuchten Millionär und Rennfahrer immer hart auf der Spur waren, endete mit dem Selbstmord des Gesuchten. Der 39 Jahre alte Christopher Wilder erschoß sich Freitagabend bei einem Handgemenge mit der Polizei, die ihn in einem Dorf an der kanadischen Grenze aufgespürt hatte. Wilder, ein gebürtiger Australier und reicher Playboy, stand im Verdacht, sieben Frauen ermordet und elf entführt zu haben.

Drittgrößtes Telefonnetz

dpa, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt das drittgrößte Telefonnetz der Welt. Nur die USA und Japan verfügen über mehr Telefone. Von den rund 530 Millionen Telefonanschlüssen in der Welt gibt es in den USA 182 Millionen, in Japan 60 Millionen und in der Bundesrepublik Deutschland 30 Millionen.

Stadtführer für Blinde

dpa, Saarbrücken

Die Stadt Saarbrücken hat – nach eigenen Angaben als erste in der Bundesrepublik Deutschland – einen Orientierungsplan für Blinde und hochgradig Sehbehinderte herausgegeben.

Zum Tode verurteilt

AFP, San Angelo

Der Amerikaner Henry Lee Lucas, der mindestens 360 Menschen umgebracht haben will, wurde Freitagabend von einem Gericht der texanischen Stadt San Angelo wegen Mord an einem unbekannten Autostopper im Jahr 1979 zum Tode verurteilt. Der heute 47 Jahre alte Angeklagte war bereits in verschiedenen anderen Mordprozessen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Behörden gehen nicht mehr davon aus, daß die Taten dieses Mannes jemals voll aufgeklärt werden.

ZU GUTER LETZT

„Gartenzwerge entführt und als Geiseln festgehalten." Meldung des Springer Auslandesdienstes.